



► BERICHT

des **P**arlaments der **D**eutschsprachigen **G**emeinschaft über
seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode **2021-2022**

▶ INHALT

DIE ABGEORDNETEN	3	BESUCHER, GÄSTE UND VERANSTALTUNGEN	54
DIE BERATENDEN MANDATARE	6	BESUCHERGRUPPEN	54
DIE FRAKTIONEN	7	GÄSTE	54
DIE PARLAMENTSORGANE	8	VERANSTALTUNGEN	56
DER PARLAMENTSPRÄSIDENT	8	POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT	56
DAS PRÄSIDIUM	10	PREISE DES PARLAMENTS	59
DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM	12	PARLAMENT INTERNATIONAL, GRENZ- ÜBERSCHREITEND UND INTERREGIONAL	60
DIE AUSSCHÜSSE	12	Gesetzgeberische Tätigkeit	60
DIE PARLAMENTSVERWALTUNG	13	Subsidiaritätskontrolle	60
Verwaltungsstruktur	13	Vertretung des Parlaments in Gremien	60
Der Haushalt des Parlaments	14	Vernetzung des Parlaments	71
Bibliothek und Archiv	15	Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung	71
Digitales Parlament	16	PERMANENTER BÜRGERDIALOG IN OSTBELGIEN	72
DER OMBUDSDIENST	17	Sachstand	72
AUFGABEN DES PARLAMENTS	18	Die Sitzungen des Bürgerdialogs im Überblick	76
ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	18	AUSWIRKUNG DER COVID-19-PANDEMIE AUF DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT	77
ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN	20	50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE	78
Ausschuss I	20	DIE PROJEKTE	78
Ausschuss II	25	ANLAGE I - REGIERUNGSKONTROLLE	81
Ausschuss III	29	Mündliche Fragen	81
Ausschuss IV	34	Schriftliche Fragen	93
Ausschuss V	38	Interpellationen	96
Sonderausschuss	39		
ARBEIT IM PLENUM	42		
BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG	48		
Mündliche Fragen	50		
Schriftliche Fragen	51		
Interpellationen	52		
Begründete Anträge	53		
Entwicklung der Kontrollinstrumente	53		

► DIE ABGEORDNETEN

Auch in der Sitzungsperiode 2021-2022 veränderte sich die Besetzung der Mandate.

Am 24. Januar 2022 traten Petra Schmitz, Joseph Hilligsmann und Alfons Velz (ProDG) zurück.
Am selben Tag wurden Kathy Elsen, Lisa Göbbels und Raymond Heiners vereidigt.



Eidesleistungen von Kathy Elsen, Lisa Göbbels und Raymond Heiners



Gemeinschaftssenator Alexander Miesen (PFF) trat am 19. April 2022 von seinen Ämtern zurück. Seine Nachfolge im Parlament trat am 25. April 2022 mit der Eidesleistung im Plenum Shayne Piront an. Gregor Freches (PFF) wurde in derselben Plenarsitzung zum Gemeinschaftssenator gewählt.

Eidesleistung von Shayne Piront

Auch Céline Kever (SP) erklärte am 21. April 2022 ihren Rücktritt aus dem Parlament. Für sie rückte Parteikollegin Kirsten Neycken-Bartholemy nach. Sie wurde 25. April 2022 vereidigt.



Eidesleistung von Kirsten Neycken-Bartholemy

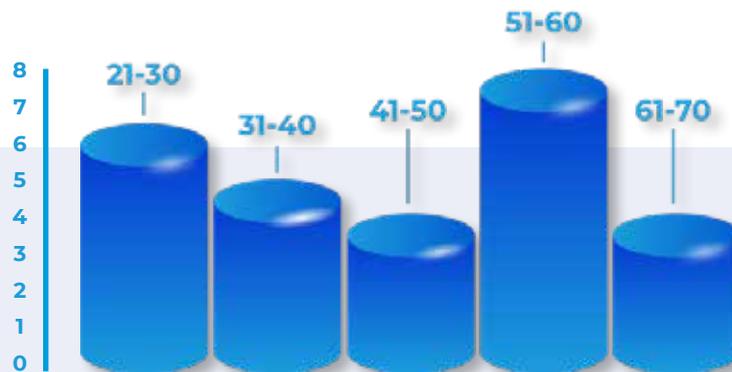
**Mitglieder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft:
(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 1. September 2022)**

Vorname	Name	Fraktion	Funktion
Michael	Balter	VIVANT	3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Freddy	Cremer	ProDG	6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Patricia	Creutz-Vilvoye	CSP	1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
Kathy	Elsen	ProDG	Abgeordnete
Gregor	Freches	PFF	Gemeinschaftssenator
Lisa	Göbbels	ProDG	Abgeordnete
José	Grommes	ProDG	1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
Raymond	Heiners	ProDG	Abgeordneter
Sandra	Houben-Meessen	CSP	Abgeordnete
Jolyn	Huppertz	CSP	2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
Evelyn	Jadin	PFF	5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
Andreas	Jerusalem	ECOLO	Abgeordneter
Colin	Kraft	CSP	Abgeordneter
Karl-Heinz	Lambertz	SP	Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
Alain	Mertes	VIVANT	Abgeordneter
Freddy	Mockel	ECOLO	4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
Robert	Nelles	CSP	Abgeordneter
Kirsten	Neycken-Bartholemy	SP	Abgeordnete
Stephanie	Pauels	CSP	Abgeordnete
Shayne	Piront	PFF	Abgeordnete
Liesa	Scholzen	ProDG	2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
Charles	Servaty	SP	Fraktionsvorsitzender
Patrick	Spies	SP	Abgeordneter
Diana	Stiel	VIVANT	Abgeordnete
Inga	Voss-Werding	ECOLO	Abgeordnete

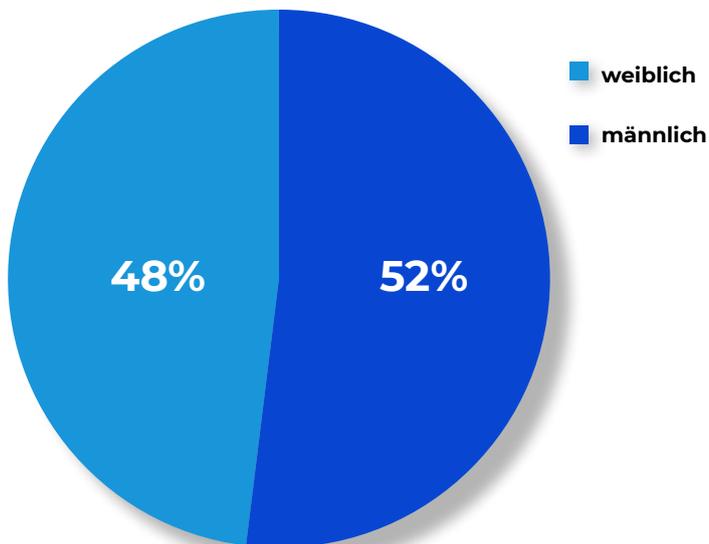


Altersprofil der Abgeordneten des Parlaments

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in der Sitzungsperiode 2021-2022 liegt bei 44,8 Jahren.



Aufteilung nach Geschlecht



13 Männer und 12 Frauen bilden das direkt gewählte Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese quasi paritätische Situation wurde bedingt durch den Wechsel in den Mandaten in dieser Sitzungsperiode.

► DIE BERATENDEN MANDATARE

Die beratenden Mandatäre können an den Plenarsitzungen und an den Ausschusssitzungen teilnehmen. Sie verfügen allerdings über kein Initiativrecht oder Kontrollrecht.

Beratende Mandatäre sind¹:

- die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenkammer, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die Mitglieder des Wallonischen Parlaments, die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle in Deutsch geleistet haben;
- die im Wahlbezirk Eupen gewählten Provinzialratsmitglieder;
- das im deutschsprachigen Wahlkreis gewählte Mitglied des Europäischen Parlaments, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Am 26. Januar 2022 trat Michel Neumann (ECOLO) von seinem Mandat als Provinzabgeordneter zurück. In der Sitzung des Provinzrates vom 24. Februar wurde an seiner Stelle Odette Threinen vereidigt.

Beratende Mandatäre in der Sitzungsperiode

Pascal Arimont	CSP	Europäisches Parlament
Katrin Jadin	PFF	Abgeordnetenkammer
Anne Kelleter	ECOLO	Wallonisches Parlament
Christine Mauel	PFF	Wallonisches Parlament
Yves Derwahl	PFF	Provinzialrat Lüttich
Odette Threinen	ECOLO	Provinzialrat Lüttich
Alfred Ossemann	SP	Provinzialrat Lüttich
Jacques Schrobiltgen	CSP	Provinzialrat Lüttich



Odette Threinen (ECOLO)

¹ Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Art. 8 §4.

► DIE FRAKTIONEN

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählt nach den Wahlen von 2019 insgesamt sechs Fraktionen. Alle Fraktionen haben mindestens 3 Mitglieder und sind deshalb als „anerkannte Fraktionen“ eingestuft.

Die Fraktionen bezeichnen einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, der bei Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Befugnisse ausübt.

Jede Fraktion kann ein Fraktionssekretariat einrichten und dazu Mitarbeiter anstellen. Unter diesen Mitarbeitern kann jede Fraktion einen oder mehrere Fraktionssekretäre bezeichnen, die nach entsprechender Anerkennung des Präsidiums gemäß Artikel 8 den geheimen Sitzungen der Parlamentsorgane beiwohnen dürfen. (Geschäftsordnung des Parlaments, Artikel 19).



6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48
info@csp.pdg.be | <http://www.csp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzende: Patricia Creutz-Vilvoye
patricia.creutz-vilvoye@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74
info@vivant.pdg.be | <http://www.vivant-ostbelgien.org/>
Fraktionsvorsitzender: Michael Balter
michael.balter@pdg.be



Die freie Bürgerliste für Ostbelgien

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56
info@prodg.pdg.be | <http://www.prodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Cremer
freddy.cremer@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78
info@ecolo.pdg.be | <http://www.ecolodg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel
freddy.mockel@pdg.be



4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62
info@sp.pdg.be | <http://www.sp-dg.be/>
Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty
charles.servaty@pdg.be



3 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien
T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68
info@pff.pdg.be | <http://www.pff.be/>
Fraktionsvorsitzende: Evelyn Jadin
evelyn.jadin@pdg.be

► DIE PARLAMENTSORGANE

DER PARLAMENTSPRÄSIDENT

Der Präsident des Parlaments leitet die Aktivitäten des Parlaments. Im Gegensatz zu den Mandaten der übrigen Abgeordneten ist das Mandat des Parlamentspräsidenten ein Vollzeitmandat. Seine Aufgaben sind vielfältig und werden in der Geschäftsordnung geregelt.

„Artikel 32 – Aufgaben des Präsidenten

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe. Insbesondere:

- leitet er die Sitzung bei Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- eröffnet, schließt oder unterbricht er die Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ordnung und erteilt das Wort während der Aussprachen in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- formuliert er die Punkte, über die in den Sitzungen der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien ein Beschluss gefasst werden muss, und verkündet er das Abstimmungsergebnis,
- unterzeichnet er jeden Beschluss der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- gewährleistet er die Ausführung der Beschlüsse der Plenarversammlungen, Präsidien und erweiterten Präsidien,
- überwacht er die Einhaltung der Geschäftsordnung und der Beschlüsse der Plenarversammlungen, erweiterten Präsidien und Präsidien,
- nimmt er alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit, insofern dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Parlamentsorgans fällt,
- bringt er der Plenarversammlung alle eingegangenen Mitteilungen, Briefe und sonstigen Dokumente zur Kenntnis, mit Ausnahme der anonymen und beleidigenden Schreiben,
- leitet er alle Dokumente und Informationen an die Parlamentsorgane weiter, insofern diese in deren Zuständigkeitsbereich fallen,
- vertritt er das Parlament nach außen.“

Die sichtbarste Aufgabe des Parlamentspräsidenten ist die Leitung von Sitzungen. So leitet er die Plenarsitzung, in der er den geregelten Ablauf sichert, den Abgeord-

neten und Regierungsmitgliedern das Wort erteilt und gemeinsam mit der 1. Sekretärin des Präsidiums die Abstimmungen durchführt. Der Parlamentspräsident ist ebenfalls Vorsitzender des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums, des Ausschusses I und des Ausschusses V. Zur Vor- und Nachbereitung der Arbeiten der Parlamentsgremien plant er in Absprache mit der Regierung und öffentlichen Einrichtungen die vorzunehmenden Schritte und lässt sich über die Entwicklungen in Fachbereichen und über Sachstände informieren. Darüber hinaus konsultiert er Sachverständige und fördert die Meinungsbildung.

Der Parlamentspräsident ist auch Vorsitzender der Jury zum Preis des Parlaments.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Die auswärtigen Beziehungen des Parlaments, die in einem weiteren Kapitel näher umschrieben werden, umfassen die Teilnahme an innerbelgischen und internationalen Netzwerken. Im Austausch mit Amtskollegen werden Herausforderungen erörtert und gemeinsame Standpunkte erarbeitet.

Als protokollarisch höchster Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt er diesbezügliche Aufgaben wahr. Er repräsentiert die Deutschsprachige Gemeinschaft und das Parlament bei offiziellen Feiern, Staatsakten und Gedenkveranstaltungen im In- und Ausland.

Durch seine hauptberufliche Tätigkeit ist er ebenfalls erster Ansprechpartner für Besucher und Gruppen, denen er in Vorträgen die Arbeitsweise des Parlaments erläutert.

Der Parlamentspräsident hat die Polizeigewalt im Parlament inne (siehe Artikel 9 der Geschäftsordnung):

„Art. 9 – Polizeigewalt im Parlament und Ordnungsmaßnahmen

§1 – Die Polizeigewalt im Parlament wird vom Präsidenten oder in dessen Auftrag vom Vorsitzenden des jeweiligen Parlamentsorgans ausgeübt, der die notwendigen Anweisungen zur Beachtung derselben erteilt.“

Seit dem 17. Juni 2019 ist Karl-Heinz Lambertz (SP) Parlamentspräsident.

Der Parlamentspräsident informiert das Präsidium in regelmäßigen Abständen über seine Tätigkeiten.



Auszug aus dem Terminregister:

Datum	Gegenstand des Termins	Ort
Dezember 2021		
01.-02.12.2021	Plenarsitzung - ADR	Brüssel
03.12.2021	High Level Group Conference on European Democracy (ADR)	Brüssel
04.12.2021	GFGZ-Straßburger Gespräche zum Thema Rhein	Videokonferenz
06.12.2021	KGRE-Präsidium	Videokonferenz
07.12.2021	Austausch mit dem Ministerpräsidenten	PDG
	FES - Tech-Talk über KI auf dem Europäischen Arbeitsmarkt	Videokonferenz
08.12.2021	CCE - Austausch mit dem Gouverneur der Nationalbank - Webinaire finances publiques	Videokonferenz
	FES-Nachrichten- und Informationskompetenzen in politischen Krisensituationen	Videokonferenz
09.12.2021	Web'Actu du Conseil "Décoder l'info : comment décrypter les fake news ?", - CESE Wallonie	Videokonferenz
	AG EU-DG	Videokonferenz
10.12.2021	Webinar B-Solutions - AGEG	Videokonferenz
12.12.2021	KGRE - Activité d'accompagnement des femmes marocaines nouvel- lement élues	Videokonferenz
13.12.2021	SEDEC (ADR)	Videokonferenz
14.12.2021	Austausch mit dem Geschäftsführer der AGEG	PDG
	IPKD Debriefing COP 26	Videokonferenz
16.12.2021	Besprechung zum Beschwerdemanagement	PDG
	Austausch mit der Präsidentin des Flämischen Parlaments	Videokonferenz
17.12.2021	Verwaltungsrat - KBS	Brüssel
Januar 2022		
05.01.2022	Besuch der Sternsinger	PDG
06.01.2022	Interview Cooperation with the CoE	Videokonferenz
07.01.2022	Besprechung Endbericht Wohnungswesen	Ministerium
13.01.2022	Austausch zur Planung der Abschlusssitzung der Bürgerversamm- lung Pflege	PDG
14.01.2022	IPR - Ausschuss 1	Videokonferenz
	Austausch mit dem BRF-Direktor	PDG
	Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik-Hinweise bzgl. Aktivitäten in 2022	Videokonferenz
17.01.2022	Austausch mit der Präsidentin der Abgeordnetenkommer	Videokonferenz
	Austausch mit Wissenschaftler zur Staatsreform	PDG
	Austausch mit dem Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa sowie Internationales des Landes NRW	PDG
18.01.2022	Austausch mit der Ombudsfrau	PDG
	Austausch mit dem Präsidenten des Parlament der Wallonie	Videokonferenz

19.01.2022	Austausch mit dem Präsidenten des Brüsseler Parlaments	Videokonferenz
21.01.2022	COR COFE delegation preparatory meeting	Videokonferenz
	Austausch mit der Präsidentin des Senats	Videokonferenz
	Conference on the Future of Europe-COFE	Videokonferenz
22.01.2022	Conference on the Future of Europe	Videokonferenz
24.01.2022	Europa-Konferenz der deutsch-österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz	Videokonferenz
	Debriefing nach der Plenartagung der Konferenz zur Zukunft Europas	Videokonferenz
	Klimadialog Kammer	Videokonferenz
28.01.2022	Konzertierung Fraktionsvorsitzende KGRE	Videokonferenz
	Antrittsbesuch Ungarischer Botschaft	Regierung
	Austausch mit dem Präsidenten des Rates der Flämischen Gemeinschaftskommission	Videokonferenz
	IPR Ständiger Ausschuss	Videokonferenz
	AG DG EU	Videokonferenz
31.01.2022	Neujahrsempfang im Königshaus	Videokonferenz

DAS PRÄSIDIUM

Das Präsidium regelt die administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments und seiner Organe. Es ernennt das Personal der Verwaltung und gewährleistet durch strategische Entscheidungen das gute Funktionieren des parlamentarischen Geschehens. Das Präsidium wird einmal pro Legislaturperiode von der Plenarversammlung gewählt.

Das Präsidium wird gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jedoch gewährleistet werden muss, dass jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten ist.

Darüber hinaus gilt,

- dass die Mitglieder von Rechts wegen zunächst aus den Reihen der Vorsitzenden der Fraktionen gemäß Artikel 23 §4 und den Reihen der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse gemäß Artikel 36 §4 Absatz 4 gestellt werden,
- dass der 1. Vizepräsident von der stärksten Oppositionsfraktion gestellt wird, wenn der Präsident einer der an der Mehrheit beteiligten Fraktionen angehört, und

- dass der Präsident nicht gleichzeitig das Amt eines Fraktionsvorsitzenden bekleiden darf².

Das Präsidium des Parlaments wird für die Dauer der Legislaturperiode gewählt. In der Legislaturperiode 2019-2024 umfasst es 9 Personen: den Präsidenten, 2 Vizepräsidenten und 6 Sekretäre.

Die Sitzungen des Präsidiums werden aus praktischen Gründen in der Regel mit den Sitzungen des erweiterten Präsidiums zusammengelegt.

Im Laufe der Sitzungsperiode kam es zu folgenden Neubesetzungen:

- Liesa Scholzen übernahm das Amt der 2. Vorsitzenden von Alfons Velz;
- José Grommes übernahm das Amt des 1. Sekretärs vom Petra Schmitz;
- Jolyn Huppertz übernahm das Amt des 2. Sekretärs von Robert Nelles;
- Evelyn Jadin übernahm das Amt des 5. Sekretärs von Gregor Freches.

² Art. 22 der Geschäftsordnung.

Das Präsidium



Zusammensetzung des Präsidiums, Stand 01.09.2022

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Zusammensetzung des Präsidiums, Stand 01.09.2022:

- **Karl-Heinz Lambertz**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
- **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
- **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- **Jolyn Huppertz**, 2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
- **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
- **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- Der Greffier, **Stephan Thomas**, nimmt von Amts wegen an den Sitzungen teil

DAS ERWEITERTE PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich zusammen aus den Präsidiumsmitgliedern sowie den Vorsitzenden der Fraktionen und Ausschüsse, die nicht dem Präsidium angehören.

Das erweiterte Präsidium entscheidet über die Arbeitsplanung des Parlaments. Es legt den Terminkalender der parlamentarischen Arbeiten fest und entscheidet über die Tagesordnungen. Darüber hinaus werden auch Studien- und Informationsreisen im erweiterten Präsidium besprochen und genehmigt.

An den Sitzungen des erweiterten Präsidiums kann auch die Regierung teilnehmen.

Zusammensetzung des erweiterten Präsidiums, Stand 01.09.2022:

- **Karl-Heinz Lambertz**, Parlamentspräsident und Ausschussvorsitzender
- **Patricia Creutz-Vilvoye**, 1. Vizepräsidentin und Fraktionsvorsitzende
- **Liesa Scholzen**, 2. Vizepräsidentin und Ausschussvorsitzende
- **José Grommes**, 1. Sekretär und Ausschussvorsitzender
- **Jolyn Huppertz**, 2. Sekretärin und Ausschussvorsitzende
- **Michael Balter**, 3. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Freddy Mockel**, 4. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Evelyn Jadin**, 5. Sekretärin und Fraktionsvorsitzende
- **Freddy Cremer**, 6. Sekretär und Fraktionsvorsitzender
- **Charles Servaty**, Fraktionsvorsitzender

- **Stephan Thomas**, Greffier

DIE AUSSCHÜSSE

Vier Ausschüsse gestalten auch in der Legislaturperiode 2019-2024 die Arbeit des Parlaments in wöchentlich stattfindenden Sitzungen. In der Sitzungsperiode 2021-2022 kam es zu Umverteilungen in den Zuständigkeitsbereichen der Ausschüsse und zu Änderungen in ihrer Benennung:

- **Ausschuss I** für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit;

- **Ausschuss II** für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung;
- **Ausschuss III** für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung;
- **Ausschuss IV** für Gesundheit und Soziales.

Der fünfte Ausschuss „zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungsspflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien“ tagt bei Bedarf.

Die Besetzung der Ausschüsse wurde von der Plenarsitzung am 17. Juni 2019 gemäß dem System der verhältnismäßigen Vertretung festgelegt: ProDG erhält drei Sitze, die CSP zwei Sitze, die SP einen Sitz, VIVANT einen Sitz, ECOLO einen Sitz und die PFF ebenfalls einen Sitz in jedem Ausschuss.

Die Verteilung der Vorsitze zwischen den Fraktionen erfolgt verhältnismäßig und gemäß Artikel 36 §4 der Geschäftsordnung. Das Parlament hat folgende Mandatsverteilung vorgenommen: ProDG zwei Vorsitze, die CSP einen Vorsitz und einen stellvertretenden Vorsitz, die SP einen Vorsitz sowie VIVANT, ECOLO und die PFF je einen stellvertretenden Vorsitz. Der Verteilungsmodus wurde im Rahmen der Anpassung der PDG-Geschäftsordnung am 17. Mai 2021 angepasst. Allerdings tritt diese Anpassung erst nach den nächsten Wahlen zum Parlament im Jahr 2024 in Kraft.

Die derzeitige Mandatsverteilung sieht wie folgt aus:

- Ausschuss I: Vorsitzender: Karl-Heinz Lambertz (SP), stellvertretender Vorsitzender: Robert Nelles (CSP);
- Ausschuss II: Vorsitzender: José Grommes (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Gregor Freches (PFF);
- Ausschuss III: Vorsitzende: Liesa Scholzen (ProDG), stellvertretender Vorsitzender: Andreas Jerusalem (ECOLO);
- Ausschuss IV: Vorsitzende: Jolyn Huppertz (CSP), stellvertretende Vorsitzende: Diana Stiel (VIVANT).

Am 20. Juli 2020 setzte das Parlament zudem einen Sonderausschuss „zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ein, der sich mit den Auswirkungen der Corona-Epidemie befasst. Den Vorsitz hat Gregor Freches (PFF) inne. Der Ausschuss stellte in der Plenarsitzung vom 28. März 2022 seinen Abschlussbericht vor.

DIE PARLAMENTSVERWALTUNG

Stand 01.07.2022

Verwaltungsstruktur

Auch in der Parlamentsverwaltung gab es 2021-2022 Veränderungen. So ist die Verwaltung seit dem 01.01.2022 in fünf Dienste aufgeteilt.

- Dienst 1:** Ausschüsse
- Dienst 2:** Expertise und Publikationen
- Dienst 3:** Finanz- und Personalwesen
- Dienst 4:** Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
- Dienst 5:** Infrastruktur

Die Verwaltung steht unter der Leitung des Greffiers.

Mitarbeiter pro Stufe (VÄ)	Anzahl
Stufe 1	14,3
Stufe 2+	6,6
Stufe 2	8,5
Stufe 3	8,26
TOTAL	37,66

Mitarbeiter pro Kategorie	Anzahl
Beamter	35
Vertraglich	7
TOTAL	42

Mitarbeiter pro Geschlecht	Anzahl
Männlich	11
Weiblich	31
TOTAL	42

Der Referent des Parlamentspräsidenten und der Referent des Gemeinschaftssenators, beide Mitarbeiter in der Stufe I, werden außerhalb des Stellenplans eingestellt und ihr Beschäftigungsverhältnis ist an die Mandatsdauer ihres Dienstherrn gebunden.



Ausschuss III, Besuch Grundschule Bütgenbach

Der Haushalt des Parlaments

Das Präsidium des Parlaments verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan. Mit den dort eingetragenen Mitteln werden die Ausgaben zur Gewährleistung des Parlamentsbetriebs bestritten. Die Haushaltsausführung und die Rechnungslegung des Parlaments werden vom Rechnungshof geprüft.

A. Einnahmen:

Die Haupteinnahmequelle des Parlaments ist die Dotation der Gemeinschaft, die in eine Kapitaldotations (zur Rückzahlung der Anleihe für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes und zur Finanzierung von Investitionen) und in eine Dotation für die laufenden Ausgaben aufgeteilt ist.

Übersicht der Einnahmen in den Jahren 2020-2022

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2020*	2021**	2022***
10	00 Verwaltung allgemein	06.01	Sonstige Einnahmen	13.152	8.851	7.000
		16.11	Verkauf von Gütern und Dienstleistungen	2.303	2.329	3.000
		26.10	Zinserträge	9	16	0
		38.30	Erstattungen durch Versicherungen	1.194	0	0
		46.10	Dotation der Gemeinschaft	6.824.000	6.475.000	6.578.000
		66.11	Kapitaldotation der Gemeinschaft	1.177.284	1.177.284	1.228.000
		76.32	Verkauf Immobilien	140.000	0	0
		96.70	Leasingverträge	0	0	75.000
TOTAL				8.157.942	7.663.480	7.891.000

* endgültige Abrechnung 2020, ** vorläufige Abrechnung 2021, *** Haushaltsplan 2022

B. Ausgaben:

Die Ausgaben des Parlaments umfassen vor allen Dingen die Gehaltskosten der Mitarbeiter, die Entschädigungen und Pensionsbeiträge der Parlamentarier, Ausgaben technischer Art (Energie- und Unterhaltskosten für die Infrastruktur, Anschaffung von Büro- und IT-Material usw.), Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit und die Veranstaltungen des Parlaments, die Kosten für den Bürgerdialog, für die Funktionszuwendungen an die Fraktionen und den Ombudsdienst der Gemeinschaft sowie für die Tilgung des Darlehens für den Um- und Ausbau des Parlamentsgebäudes.

Übersicht der Ausgaben in den Jahren 2020-2022

OB	Programm	EWK	Bezeichnung	2020*	2021**	2022***
10	00 Verwaltung allgemein	11.11	Gehälter	2.248.071	2.320.806	2.580.000
		11.12	Sonstige Gehaltskosten	7.432	3.439	10.000
		11.20	Soziallasten	337.054	361.954	334.000
		11.31	Sozialfonds	42.000	39.600	33.000
		11.40	Geldwerte Vorteile	44.450	42.629	49.000
		12.11	Allgemeine laufende Ausgaben	1.735.987	1.749.720	1.953.000
		12.21	Unkosten zugunsten anderer Verwaltungen	44.508	46.443	22.000
		21.60	Zinsen	388.153	359.585	330.000
		33.00	Zuwendungen Fraktionen + Ombudsdienst	1.522.119	1.542.847	1.465.000
		33.01	Ombudsdienst	0	0	117.000
		71.32	Investition Gebäude und Gelände	0	0	20.000
		74.22	Vermögensankauf	25.084	61.833	156.000
		91.10	Kapitalrückzahlungen von Anleihen	789.132	817.699	848.000
		91.70	Tilgung Leasing	0	0	15.000
20	Bürgerdialog	12.11	Allgemeine laufende Ausgaben		66.198	85.000
TOTAL				7.183.990	7.412.753	8.017.000

* endgültige Abrechnung 2020, ** vorläufige Abrechnung 2021, *** Haushaltsplan 2022

C. Haushaltsergebnis:

Im Jahr 2020 lagen die Einnahmen bei 8,16 Millionen €, wohingegen die Ausgaben sich auf 7,18 Millionen Euro beliefen. Somit verzeichnet das Jahr 2020 ein positives Haushaltsergebnis.

Das provisorische Haushaltsergebnis für das Jahr 2021 fällt ebenfalls positiv aus: Den Einnahmen i.H.v. rund 7,66 Millionen Euro stehen Ausgaben i.H.v. 7,41 Millionen Euro gegenüber. Die durch die Covid-19-Pandemie verursachten Einschränkungen führten zu einer Reduzierung der Ausgaben.

Für das Jahr 2022 belaufen sich die geschätzten Einnahmen auf 7,89 Millionen Euro und die Ausgaben auf 8,01 Millionen Euro.

Bibliothek und Archiv

Die Parlamentsbibliothek ist eine Dokumentationsstelle für Literatur zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu Fragen der Autonomie und des Föderalismus und zu den Themenschwerpunkten des Parlaments.

Sie dient vorrangig der Informations- und Literaturversorgung der Parlamentarier sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung und der Fraktionen. Darüber hinaus steht sie auch allen interessierten Bürgern als Präsenzbibliothek offen.

Die Archiv- und die Bibliotheksordnung sowie weiterführende Informationen und den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite <http://bibliothek.pdg.be>.

Das Schriftgutbewertungsverzeichnis dient der Festlegung von Aufbewahrungsfristen für die Unterlagen der Parlamentsverwaltung, die bei der Erfüllung dienstlicher Aufgaben erstellt oder empfangen wurden. Es hilft dabei, die Dokumente zu identifizieren, die aufbewahrt werden müssen bzw. die vernichtet werden können.

Die Archiv- und die Bibliotheksordnung sowie weiterführende Informationen und den Zugang zum Online-Katalog der Bibliothek bietet die Webseite:

<http://bibliothek.pdg.be>.



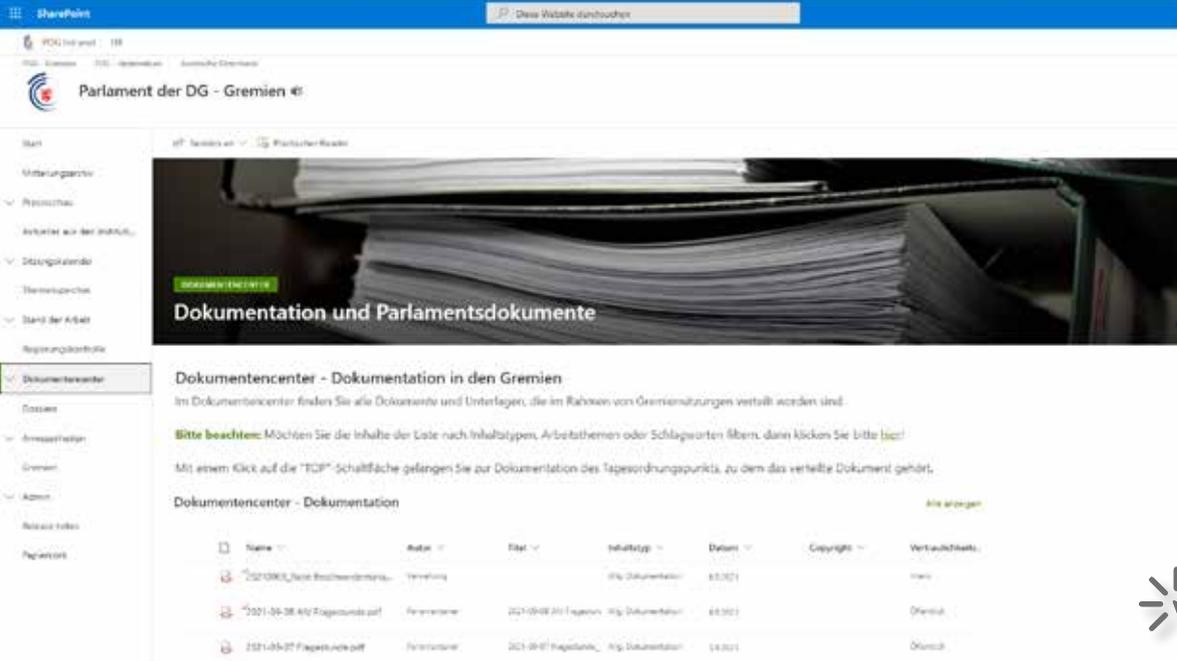
Digitales Parlament

Das Präsidium des Parlaments beauftragte die Parlamentsverwaltung am Ende der Legislaturperiode 2014-2019, Maßnahmen zur Reduzierung des Papierverbrauchs umzusetzen und bis zum Ende der Legislaturperiode die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für eine kundenfreundliche digitale Verfügbarkeit aller Parlamentsveröffentlichungen (Ausführlicher Bericht, Bulletin der Interpellationen und Fragen, nummerierte Dokumente, Presseschau, Institutionen-News, Einladung, Stand der Arbeiten) sowie Einzelpublikationen (z. B. Rechtsgrundlagen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Geschäftsordnung, Sammlung der internen Beschlüsse usw.) zu schaffen.

Darüber hinaus beschloss das Präsidium, dass ab Beginn der Legislaturperiode 2019-2024 alle Dokumententypen nur noch digital verfügbar sind bzw. Papierfassungen nur noch auf ausdrückliche Anfrage zugesandt werden. Zur Umsetzung des Projekts wurde auf der Grundlage der Office365-Produkte eine entsprechende digitale Infrastruktur eingerichtet.

Die Abgeordneten erhalten seither alle zweckdienlichen Informationen und die gesamte Dokumentation in Bezug auf ihr Mandat oder in Bezug auf ihre Arbeit in einem Parlamentsgremium auf digitalen Arbeitsplattformen, sogenannten sharepoints. Ausdrücke sind explizit zu beantragen und bilden die Ausnahme.

Auch die Parlamentsverwaltung arbeitet vermehrt mit digitalen Instrumenten, beispielsweise für die Bestellung von Gütern und Dienstleistungen. Für externe Nutzer stehen öffentliche Parlamentsdokumente digital auf der Website des Parlaments zur Verfügung.



SharePoint

Parlament der DG - Gremien

Dokumentation und Parlamentsdokumente

Dokumentenzentrum - Dokumentation in den Gremien

Im Dokumentenzentrum finden Sie alle Dokumentsätze und Unterlagen, die im Rahmen von Gremiensitzungen verteilt worden sind.

Bitte beachten: Möchten Sie die Inhalte der Liste nach Inhaltstypen, Arbeitsthemen oder Schlagworten filtern, dann klicken Sie bitte hier!

Mit einem Klick auf die "TOP"-Schaltfläche gelangen Sie zur Dokumentation des Tagesordnungspunkts, zu dem das verteilte Dokument gehört.

Dokumentenzentrum - Dokumentation [Alle anzeigen](#)

Name	Autor	Titel	Inhaltstyp	Datum	Copyright	Vertraulichkeit
20210903_Satz Beschlusstexte...	Interpellation		Wg. Dokumenten	03.09.21		Nein
2021-06-28 AG/ Tagesordn...pdf	Interpellation	2021-06-28 AG/ Tagesordn...	Wg. Dokumenten	03.09.21		Öffentlich
2021-06-27 Tagesordn...pdf	Interpellation	2021-06-27 Tagesordn...	Wg. Dokumenten	03.09.21		Öffentlich

DER OMBUDSDIENST

Der Ombudsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft vermittelt bei Schwierigkeiten mit einer Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder mit einer lokalen Behörde. Er versucht auch zu schlichten, wenn Unzufriedenheit über das Vorgehen einer privaten Einrichtung besteht, die im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Aufgabe öffentlichen Interesses ausführt, wie z. B. die Verbraucherschutzzentrale.

Das Wort „Ombud“ kommt aus dem Schwedischen und bedeutet so viel wie „der, der für den anderen spricht“. Vor circa 200 Jahren bezeichnete der schwedische König eine Ombudsperson, die während seiner Abwesenheit Klagen über seine Gefolgschaft entgegennahm und prüfte. Inzwischen gibt es in den meisten Ländern eine Ombudsstelle. Eine Ombudsperson, die vom Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt wird, muss bestimmte Bedingungen erfüllen. Sie muss mindestens über einen Bachelor-Abschluss verfügen und über eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren. Die Ombudsperson handelt völlig unabhängig und neutral und unterliegt dem Berufsgheimnis. Seit 2017 übt Frau Marlene Hardt, Juristin, dieses Amt aus. Ihr Mandat läuft im März 2023 aus. Das Mandat kann vom Parlament einmalig um weitere sechs Jahre verlängert werden.

Neben der Vermittlung nimmt die Ombudsperson noch andere Aufgaben wahr. So unterstützt sie Personen, die die Anwendung der Sprachengesetzgebung im Verwaltungswesen einfordern. Behörden des deutschen Sprachgebiets müssen ihre Website so weit wie möglich barrierefrei gestalten. Vertritt ein Bürger die Ansicht, dass eine Behörde auf diesem Gebiet keine ausreichenden Anstrengungen unternimmt, kann er dies der Behörde melden. Wenn der Bürger mit der Antwort der Behörde auf seine Rückmeldung nicht zufrieden ist, kann er sich an den Ombudsdienst wenden.

Das Präsidium kann zudem die Ombudsperson mit einer Nachforschung in Bezug auf die Arbeitsweise und die Amtshandlungen einer Verwaltungsbehörde oder einer Einrichtung mit einem öffentlichen Auftrag betrauen.

Eine weitere Aufgabe der Ombudsperson betrifft die sogenannten „Hinweise“. Bei der Ausübung seines Amtes kann ein Personalmitglied innerhalb seiner Behörde Unregelmäßigkeiten vermuten und diese intern melden. Erfolgt seitens der Verwaltung anstelle der Korrektur ihres Verhaltens, die Auferlegung einer Strafe für das

Personalmitglied, kann dieses sich an den Ombudsdienst wenden. Für die Dauer der Untersuchung der Unregelmäßigkeit wird die Person durch den Ombudsdienst unter Kündigungsschutz gestellt.

Am 21. Februar 2022 verabschiedete das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft das Dekret zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 138 (2021-2022). Dieses Dekret erweitert die Zuständigkeit der Ombudsperson in Bezug auf die Prüfung von sogenannten „Hinweisgebern“. Bedingung ist, dass es sich um Hinweise auf Verstöße handelt, die europäische Interessen schaden, wie z. B. bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags, der EU-weit ausgeschrieben werden muss. In dem Fall können sich nicht nur Personalmitglieder, sondern auch andere Personen, die beruflich mit der Verwaltung in Kontakt stehen, an den Ombudsdienst als „externer Kanal“ wenden. Dasselbe Dekret legte zusätzlich fest, dass die Funktionsbezeichnung „Ombudsmann“ oder „Ombudsfrau“ durch „Ombudsperson“ ersetzt wird – dies um die Genderneutralität zu gewährleisten.

2021 erreichten den Ombudsdienst 368 Anfragen, sei es telefonisch, schriftlich oder persönlich. 35 % dieser Anfragen beziehen sich auf das Verhalten einer hiesigen Verwaltungsbehörde oder Einrichtung mit einem öffentlichen Auftrag. Ungefähr die Hälfte dieser Anfragen nimmt die Ombudsperson zur Prüfung an, weil die Personen selber schon ihr Anliegen der Behörde oder Einrichtung vorgetragen haben. 15 % der Akten beziehen sich auf die Sprachengesetzgebung und 7 % auf die fehlende Erklärung zur Barrierefreiheit der Websites hiesiger Behörden. In 43 % der Fälle war der Ombudsdienst nicht zuständig. Wenn die Personen ihre Beschwerde schriftlich oder persönlich eingereicht haben, leitet der Ombudsdienst diese an die zuständigen Stellen weiter. Insgesamt wurden 428 Anfragen bearbeitet; Ende 2021 waren 86 Akten offen.

Im März 2022 wurde nach einem öffentlichen Auswahlverfahren eine Referentin für 19 Stunden pro Woche durch das Parlament eingestellt. Sie arbeitet unter der Verantwortung der Ombudsperson. Bis Februar 2022 griff die Ombudsperson für 11 Stunden pro Woche auf die Leistungen einer selbstständigen Sekretariatskraft zurück. Der Ombudsdienst verfügt für das Jahr 2022 über ein Budget von 117.500 Euro. Zusätzlich stellt das Parlament dem Ombudsdienst die Räumlichkeiten zur Verfügung sowie die Dienstleistungen des Empfangs, der Buchhaltung und der Raumpflege.

▶ AUFGABEN DES PARLAMENTS

ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Im Zuge der Staatsreformen sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Außerdem übertrug die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden, Beschäftigung, Tourismus, Wohnungswesen, Raumordnung und Energie.

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,

- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und nebenschulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst insbesondere:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in einzelnen spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (*long term care*),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,



der Personenbestand, darunter

- die Familienpolitik, einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik, einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfzentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik, einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz, einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung, der erste juristische Beistand,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist und
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU- und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, dank derer die Deutschsprachige Gemeinschaft selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden kann.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Re-

gion in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wird per Dekret vollzogen. Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (Dekret vom 17. Januar 1994 und Dekret vom 15. Dezember 2015) sowie Ausgrabungen (Dekret vom 10. Mai 1999)
- Beschäftigungspolitik (Dekret vom 10. Mai 1999 und Dekret vom 15. Dezember 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (Dekret vom 1. Juni 2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (Dekret vom 31. März 2014)
- Raumordnung (Dekret vom 29. April 2019)
- Wohnungswesen (Dekret vom 29. April 2019)
- Teile der Energiepolitik (Dekret vom 29. April 2019)

Verwaltungsbeschlüsse und Formulierung politischer Meinungen

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden. Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter. Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und auf die auf das deutsche Sprachgebiet anwendbare Sprachengesetzgebung beziehen.

ARBEIT IN DEN AUSSCHÜSSEN

Dekrete, Resolutionen, Gutachten – die im Plenum beschlossen werden – werden in den Ausschüssen vorbereitet. Erläuterungen von Regierung und Verwaltung, Anhörungen von Sachverständigen und Betroffenen sowie die Stellungnahmen der Fraktionen bilden die Grundlagen für die Debatten im Ausschuss. Die Ausschussdiskussionen werden in einem Bericht zusammengefasst und veröffentlicht.

Mit der im Januar 2015 in Kraft getretenen Parlamentsreform sind die Ausschüsse auch ein zentraler Ort der Regierungskontrolle: Mündliche Fragen, Interpellationen und Themendebatten werden hier einmal monatlich in öffentlicher Sitzung behandelt.

Über ihre Gesetzgebungs- und Kontrollaufgaben hinaus nehmen die Ausschüsse im Rahmen ihres jeweiligen Fachgebiets gesellschaftspolitische Themen in den Blick, die die zukünftige Gestaltung wichtiger Bereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft betreffen. Dabei arbeiten sie nicht nur mit Institutionen und zivilgesellschaftlichen Kräften zusammen, sondern öffnen sich auch verstärkt dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, der seit 2019 institutionalisiert wurde.

AUSSCHUSS I

Ausschuss für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit

Mitglieder

Vorsitzender: Karl-Heinz LAMBERTZ (SP)		
Vizevorsitzender: Robert NELLES (CSP)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES	
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Robert NELLES	Für die CSP: Jolyn HUPPERTZ Colin KRAFT	Für die CSP: Pascal ARIMONT
Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Alfred OSSEMANN
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Anne KELLETER
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Yves DERWAHL Katrin JADIN Christine MAUEL



Rückblick

Mit Beginn der Legislatur erweiterte sich der Aufgabenbereich des Ausschusses I um das von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragene Politikfeld der Raumordnung – seit der Sitzungsperiode 2021/2022 zählen nun auch die Zuständigkeiten Wohnungswesen und Energie dazu. In diesem Rahmen beriet der Ausschuss über einen Dekretentwurf über Maßnahmen im Bereich Energie. Mit dem Dekret, das vom Parlament im Dezember 2021 verabschiedet wurde, werden im Kontext des Kampfes gegen den Klimawandel und der damit verbundenen Ziele der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verringerung der CO₂-Emissionen – minus 40 % bis 2030, minus 100 % bis 2050 – die Fördermittel zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. -einsparung, aber auch zur Bekämpfung der Energiearmut erheblich ausgeweitet.

Auch die Raumordnung blieb ein gewichtiges Thema: Nachdem sich der Ausschuss in der vergangenen Sitzungsperiode mit der von der Regierung vorgelegten Orientierungsnote befasst hatte, wurde im März 2022 ein Dekretentwurf zur Abänderung des wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (GRE) und des Infrastrukturdekrets hinterlegt und im Ausschuss diskutiert. Dazu wurden sämtliche Akteure aus dem Bereich Raumordnung sowie der Beirat für Raumordnung angehört. Angesichts der Komplexität des Dekretentwurfs wurde für den Herbst der kommenden Sitzungsperiode eine zweite Lesung des Textes im Ausschuss I vor dessen Verabschiedung im Plenum beschlossen.

Die Arbeiten mit Blick auf den Abschluss des Dekretvorschlags über ein Beschwerdemanagement in den Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Alle betroffenen Verwaltungen und Einrichtungen konnten sich nochmals im Rahmen einer Anhörung äußern. Der Vorschlag wurde nochmals erweitert um die Einrichtung einer Informationsstelle, die Orientierung bei Beschwerden geben soll, sowie um Regeln zum sogenannten Whistle-blowing. Das Dekret tritt zum 1. September 2022 in Kraft. Die Verbraucherschutzzentrale wird die Funktion der Informationsstelle übernehmen.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten für Zusammenarbeit aktualisierte der Ausschuss das im Kontext der Grundsatzklärung zu den Außenbeziehungen 2013 erarbeitete Konzept zur Behandlung dieser Beziehungen. Das jetzige Konzept unterstreicht die grundlegende Bedeutung der Außenbeziehungen und fokussiert die Aktivitäten

des Parlaments unter der Prämisse ihres Mehrwerts für die Deutschsprachige Gemeinschaft. In Ausführung des Konzepts wurde in dieser Sitzungsperiode der Austausch mit den beratenden Mandataren der EU-, der föderalen sowie der regionalen Ebene wieder aufgenommen. Außerdem erarbeitete der Ausschuss Resolutionen zur Unterstützung der Minority SafePack-Initiative sowie zur Beendigung des Ukraine-Kriegs. Die hiermit verbundene Krise war zudem Anlass für weitere im Ausschuss zu beratende Resolutionsvorschläge: zum einen zur Senkung der Mehrwertsteuer im Bausektor, zum anderen zur Senkung der Energiekosten bzw. zur Kaufkraftsteigerung. Die Beratungen hierüber werden im Herbst 2022 fortgesetzt.

Eine zunehmende Problematik sind auch Fake News und Hate Speech im Internet. Der Ausschuss hat dieses Thema hinsichtlich der Verantwortung der Politik im Netz in den Blick genommen. Man tauschte sich hierzu mit Experten aus dem In- und Ausland aus. Auch diese Thematik wird der Ausschuss in der kommenden Sitzungsperiode weiterverfolgen.

Empfehlungen der Bürgerversammlungen „Pflege geht uns alle an!“ und „Inklusion macht Schule“ wurden im Rahmen der Ausschusszuständigkeiten bearbeitet. Für die Beratung der 45 Empfehlungen der Bürgerversammlung „Wohnraum für alle“ ist der Ausschuss I nunmehr das hauptverantwortliche Gremium. Nach einer Anhörung zum Endbericht der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe „Wohnungswesen und Energie“ verabschiedete der Ausschuss eine erste Stellungnahme zu den Empfehlungen, die er der Bürgerversammlung vorstellte und mit ihr diskutierte. Weitere Arbeiten hierzu stehen in der kommenden Sitzungsperiode an, bevor der Ausschuss im Frühjahr 2023 seine Schlussfolgerungen zur Umsetzung bzw. weiteren Bearbeitung der Empfehlungen zieht.

Weitere Themen des Ausschusses lassen sich an der Auflistung der Tätigkeiten hierunter ablesen. Dazu gehörten insbesondere die federführende Beratung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die weitere Entwicklung der belgischen Staatsstruktur und damit verbunden das gesellschaftspolitische Thema „Demokratieverständnis und -entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – 50 Jahre Autonomie“, die Erarbeitung einer Resolution zur Umgehungsstrasse der N62 an die Adresse der Wallonischen Region sowie eine erste Vorstellung der Ergebnisse der Organisationsanalyse des Ministeriums. Viele dieser Themen werden den Ausschuss auch in der kommenden Sitzungsperiode begleiten.

Anhörung im Ausschuss I zur N62-Problematik am 13.09.2021



Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zu- sammenarbeit in der Sitzungsperiode 2021- 2022

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 5-3-HH2020 (2021-2022)

Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 – Dokument 6-HH2020 (2021-2022)

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 – Dokument 5-2-HH2021 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 4-HH2022 (2021-2022)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-1-HH2022 (2021-2022)

Prüfungsbericht des Rechnungshofes über die Ausgaben zur Bewältigung der COVID-19-Krise in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 211 (2021-2022)

WEITERE DEKRETNITATIVEN

Dekretvorschlag über ein Beschwerdemanagement in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 138 (2020-2021) (Titel hat sich mit Verabschiedung geändert in: Dekret zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Bereich Energie – Dokument 170 (2021-2022)

Programmdekretvorschlag 2021 – Dokument 173 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Abänderung des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung und des Dekrets vom 18. März 2022 zur Infrastruktur – Dokument 187 (2021-2022)

Krisendekretvorschlag 2022 (Beratung durch die Versammlung der Fraktionsvorsitzenden) – Dokument 192 (2021-2022)

GUTACHTEN

auf der Grundlage des Artikels 78 des Gesetzes über institutionelle Reformen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorschlag eines Gutachtens zum Sondergesetzesvorschlag zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, um die vom Ausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die deutsche Rechtsterminologie festgelegte Rechtsterminologie in deutscher Sprache für die Behörden der Wallonischen Region im Rahmen ihrer Übersetzungsarbeit in deutscher Sprache verbindlich zu machen – Dokument 182 (2021-2022)

Vorschlag eines Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abschaffung des ideologischen Alarmglockenverfahrens – Dokument 209 (2021-2022)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag zur COP 26-Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 – Dokument 159 (2021-2022)

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur geplanten Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 – Dokument 146 (2020-2021) (Titel hat sich mit Verabschiedung geändert in: Resolution an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einer geplanten Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 sowie zu Mobilitätsproblemen zwischen dem Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Großherzogtum Luxemburg)

Resolutionsvorschlag an die föderalen Kammern, die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region, das Parlament der Wallonischen Region, die Flämische Regierung, das Flämische Parlament sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abschaffung der zehn belgischen Provinzen und zur Aufteilung ihrer Zuständigkeiten – Dokument 179 (2021-2022) – (wurde vorgelegt, aber noch nicht behandelt)

Resolutionsvorschlag an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur weiteren Befassung mit den Vorschlägen der Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack – Eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“ – Dokument 189 (2021-2022)

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – Dokument 193 (2021-2022)

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Neubauten und auf Baumaterialien – Dokument 199 (2021-2022)

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Senkung der Energiekosten und Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte im April 2022 – Dokument 202 (2021-2022)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Demokratieverständnis und -entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – 50 Jahre Autonomie

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. September 2020 zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ – Dokument 101 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. Februar 2022 zum Thema „Wohnraum für alle!“ – Dokument 186 (2021-2022)

Anhörung zum Endbericht der Arbeitsgruppe Wohnungswesen und Energie

AUSSENBEZIEHUNGEN UND ZUSAMMENARBEIT

Jahresbericht der Regierung über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen 2019-2020 – Dokument 26 (2021-2022)

„EMR 2030“ – Vorstellung der Zukunftsstrategie der Euregio Maas-Rhein bis zum Jahr 2030 – Dokument 176 (2021-2022)

Anhörung und Austausch mit dem beratenden Mandatar – Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn P. Arimont – Dokument 204 (2021-2022)

Konzept zur Entwicklung der Außenbeziehungen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ausschussbericht – Dokument 205 (2021-2022)

Anhörung und Austausch mit den beratenden Mandatarinnen – Mitglieder des Wallonischen Parlaments, Frau A. Kelleter und Frau C. Mauel – Dokument 207 (2021-2022)

Anhörung und Austausch mit der beratenden Mandatarin – Mitglied der Abgeordnetenversammlung, Frau K. Jadin – Dokument 213 (2021-2022)

Teilnahme des Ausschussvorsitzenden am Interparlamentarischen Klimadialog

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Bericht-erstattungsaufträge – November 2021 – Dokument 36 (2021-2022) Nr. 3

Jahresbericht 2020 über die Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 94 (2020-2021)

Jahresbericht 2021 der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 79 (2021-2022)

Der Fachbereich Standortentwicklung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Strukturen, Tätigkeitsfelder und Projekte – Dokument 218 (2021-2022)

Informationen der Regierung sowie des Gemeinschaftssenators zu aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf eine 7. Staatsreform und Austausch

Thematische Debatte „Verantwortung der Politik im Netz“

Reform der parlamentarischen Arbeitsweise – Aufträge an Ausschuss I (gemäß Präsidiumsprotokoll vom 30. August 2021)



Am 14. Februar 2022 fand eine Anhörung zum Thema „Fake News, Hate Speech und Verschwörungstheorien“ im Ausschuss I statt.

AUSSCHUSS II

Ausschuss für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung

Mitglieder

Vorsitzende: José GROMMES (ProDG)		
Vizevorsitzender: Gregor FRECHES (PFF)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER Lisa GÖBBELS José GROMMES	Für ProDG: Kathy ELSEN Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	
Für die CSP: Colin KRAFT Robert NELLES	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Stephanie PAUELS	
Für die SP: Patrick SPIES	Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Odette Threinen
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Evelyn JADIN	

Rückblick

Im Herbst 2021 hat sich der Ausschuss neben den üblichen Beratungen und Anhörungen von Arbeitsamt, BRF und Medienzentrum zur Haushaltsanpassung 2021 und zur Festlegung des Haushalts 2022 mit dem Dekretentwurf zur Anpassung des Jugenddekrets befasst. In einem langen Konzertierungsprozess mit dem Sektor waren Anpassungen für das Dekret erarbeitet worden, die im Parlament diskutiert und genehmigt wurden, darunter u. a.: Einführung eines 5-Jahres-Förderzeitraums für die Jugendeinrichtungen, Einführung neuer Berufsprofile (neben den bisherigen Jugendarbeitern auch Jugendarbeiter-Assistenten und Führungskräfte), Angleichung der Gehaltstabellen an die Gehaltstabellen des Gesundheits- und Sozialbereichs, Erhöhung der Lagerzuschüsse und Einführung einer Trägerschaftskaskade in der Offenen Jugendarbeit. Im Rahmen seiner Beratungen hörte der Ausschuss Vertreter des RDJ, der Jugendkommission, des Jugendbüros und die Jugenderschöffinnen der Gemeinden Amel, Eupen und Raeren an. Des Weiteren beriet der Ausschuss über den dritten Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag mit dem Jugendbüro. Jugend war auch Thema in den Anhörungen mit Jugendinfo über die Tätigkeiten und Entwicklungen sowie mit dem RDJ zur Umsetzung des EU-Jugenddiagnostics.

Das Programmdekret 2021 wurde ebenfalls im Herbst beraten. In diesem Jahr enthielt es vor allem Anpassungen in den Bereichen Kultur, Sport und Tourismus sowie im Bereich Infrastruktur aufgrund der Hochwasserkatastrophe.

Für den Bereich Sport galt es, einerseits das angepasste Dopingdekret, andererseits das angepasste Zusammenarbeitsabkommen zwischen den Gemeinschaften in Sachen Doping zu bearbeiten. Beide Textänderungen waren auf die Anpassung des Welt-Anti-Doping-Codes im November 2019 zurückzuführen. Außerdem hat der Ausschuss im Frühjahr 2022 mit Vertretern des Leitverbands des Ostbelgischen Sports über die Entwicklungen des Verbands ausgetauscht.

Im Rahmen der Petition für ein besseres Internet- und Telefonnetz, der Anhörung des Think Tanks Brussels

Democracy Forum zum Positionspapier „Recommendations in new media“ und dem Bericht der Regierung zum Stand der Dinge beim Glasfaserausbau beschäftigte sich der Ausschuss mit der Thematik Digitalisierung. Dieser Aspekt spielte neben der ländlichen Entwicklung und der Medienkompetenz auch eine Rolle im Resolutionsvorschlag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen.

Unabhängig von Dekreten, Resolutionsvorschlägen, Petitionen und dem gesellschaftspolitischen Thema hat sich der Ausschuss in dieser Sitzungsperiode schwerpunktmäßig mit den Themen Beschäftigung und Wirtschaftsstandort auseinandergesetzt und in diesem Rahmen folgende Anhörungen durchgeführt: Vorstellung des Monitorings der ostbelgischen Wirtschaft (Juni-September 2021), Vorstellung der AktiF-Berichte 2019 und 2020, Vorstellung des Konzepts der unterstützten Beschäftigung, Vorstellung des WSR-Berichts 2021, Vorstellung des WFG-Projekts „Wirtschaft macht Schule“, Vorstellung des Konzepts „Territoire zéro chômeurs de longue durée“, Anhörung des Fachkräftebündnisses Ostbelgien sowie Austausch mit dem Arbeitsamt zum internen Reformprozess und zur Einführung der E-Services.

Das Thema Tourismus stand bei der Vorstellung der Auswertung der Corona-Tourismus-Prämien im Fokus und wurde auch bei der Behandlung des Resolutionsvorschlags zur dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer im Horeca-Sektor sowie bei der Vorstellung der Ausgrabungsergebnisse an der Burg St. Vith angeschnitten.

Zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung „Wohnraum für alle!“ gab der Ausschuss im Rahmen seiner Zuständigkeiten Jugend, Tourismus und Denkmalschutz eine Stellungnahme zu insgesamt neun Empfehlungen an den Ausschuss I ab.

Schließlich stand das gesellschaftspolitische Thema „Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?“ weiter auf der Tagesordnung. Nachdem in der vergangenen Sitzungsperiode die inhaltliche Arbeit mit der Organisation verschiedener Anhörungen im Vordergrund stand, wurde ab dem Frühjahr 2022 die Abschlussphase mit der Organisation einer Veranstaltung im September 2022 eingeleitet.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, Beschäftigung, Wirtschaftsförderung und ländliche Entwicklung in der Sitzungsperiode 2021-2022

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 – Dokument 5-2-HH2021 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 4-HH2022 (2021-2022)

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-1-HH2022 (2021-2022)

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Belgischen Rundfunks (BRF)

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Medienzentrums

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Arbeitsamts

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit – Dokument 162 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitskommens vom 7. Mai 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. Dezember 2011 zwi-

schen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Prävention und Bekämpfung von Doping im Sport – Dokument 161 (2021-2022)

Programmdekretvorschlag 2021 – Dokument 173 (2021-2022)

Dekretentwurf zur Bekämpfung des Dopings im Sport – Dokument 183 (2021-2022)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen – Dokument 164 (2021-2022)

Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer im HORECA-Sektor – Dokument 180 (2021-2022) (Titel hat sich mit Verabschiedung geändert in: Resolution an die Föderalregierung, an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Steigerung der Attraktivität des Horeca-Sektors in Belgien)

PETITIONEN

Petition: „Kampf für ein besseres Telefon- und Internetnetz“ – Dokument 172 (2021-2022)

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Beschluss vom 23. November 2015 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2016-2022) – 3. Nachtrag – Dokument 61 (2020-2021) Nr. 4

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Das vom Ausschuss gewählte Thema „Kirchen und Kapellen vielfältig nutzen?“ sieht der Abschlussveranstaltung entgegen, die im Herbst 2022 organisiert wird.

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. Februar 2022 zum Thema „Wohnraum für alle!“ – Dokument 186 (2021-2022)

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Anhörung von Vertretern des Brussels Democracy Forum zur Vorstellung des Positionspapiers „Recommendations in new media“ – Dokument 190 (2021-2022)

Anhörung „Vorstellung des Monitorings der ostbelgischen Wirtschaft – Juni-September 2021“ – Dokument 97 (2021-2022) Nr. 2

Vorstellung AktiF-Berichte 2019 und 2020 – Dokumente 87 (2019-2020) Nr. 1 und 87 (2020-2021) Nrn. 2-3

Auswertung Corona-Prämien im Tourismussektor

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – November 2021 – Dokument 36 (2021-2022) Nr. 3

Anhörung „Unterstützte Beschäftigung“ – Dokument 200 (2021-2022)

Anhörung des Wirtschafts- und Sozialrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft (WSR) zur Vorstellung des Wirtschafts- und Sozialberichts 2021 – Dokument 191 (2021-2022)

Anhörung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) zum Projekt „Wirtschaft macht Schule“ – Dokument 194 (2021-2022)

Anhörung des Jugendinformationszentrums Jugendinfo – Dokument 197 (2021-2022)

Anhörung des RDJ zum EU-Jugenddialog – Dokument 198 (2021-2022)

Anhörung „Territoires zéro chômeurs de longue durée“ (öffentlich) – Dokument 220 (2021-2022)

Anhörung zum Thema „Burg St. Vith“

Anhörung des Fachkräftebündnisses Ostbelgien – Dokument 212 (2021-2022)

Anhörung des Leitverbands des Ostbelgischen Sports

Bericht der Regierung zum Stand der Dinge in Sachen Glasfaserausbau

Anhörungen des Arbeitsamts zum Reformprozess HERKULES und zur Einführung der E-Services – Dokument 222 (2021-2022) (Bericht betrifft E-Services)

AUSSCHUSS III

Ausschuss für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung

Mitglieder

Vorsitzende: Liesa SCHOLZEN (ProDG)	
Vizevorsitzender: Andreas JERUSALEM (ECOLO)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Raymond HEINERS
Für die CSP: Colin KRAFT Stephanie PAUELS	Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Jolyn HUPPERTZ
Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY	Für die SP: Patrick SPIES
Für VIVANT: Alain MERTES	Für VIVANT: Michael BALTER
Für ECOLO: Andreas JERUSALEM	Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

In der Sitzungsperiode 2020-2021 hatte Ausschuss III – anders als die anderen Ausschüsse – aufgrund der Coronapandemie noch fast ausschließlich online getagt. Aufgrund der Verbesserung der Inzidenzwerte im Jahr 2021 wurden die Sitzungen ab der Periode 2021-2022 wieder grundsätzlich in Präsenz durchgeführt, natürlich unter Berücksichtigung der geltenden Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen.

Erwähnenswert ist, dass es in der laufenden Sitzungsperiode zu zahlreichen Mitgliederwechseln gekommen ist, die auf verschiedene Gründe zurückzuführen sind. Neu im Ausschuss sind die Damen Göbbels, Elsen (beide ProDG), Neycken-Bartholemy (SP) und Piront (PFF).

Ab September hat der Ausschuss sich zunächst sehr intensiv mit dem Bürgerdialog auseinandergesetzt und damit den Faden aus der vergangenen Sitzungsperiode wieder aufgenommen. Nachdem die zweite Bürgerversammlung noch Ende Juni 2021 ihre Empfehlungen zum Thema „Inklusion macht Schule“ vorgestellt und

der Ausschuss am 1. Juli 2022 erstmals über die Empfehlungen beraten hatte, wurden bereits in der ersten Septembersitzung Fachleute aus dem Ministerium und der Autonomen Hochschule zu den einzelnen Empfehlungen angehört. Außerdem wurde Kaleido Ostbelgien um eine Stellungnahme im Ausschuss gebeten. Zwei weitere Septembersitzungen wurden dazu genutzt, eine gemeinsame Stellungnahme des Ausschusses zu verabschieden, die dem Bürgerrat Ende September zugestellt wurde.

Diese Stellungnahme sowie diejenigen der ebenfalls betroffenen Ausschüsse I und II wurden schließlich am 14. Oktober auf der zweiten offiziellen Sitzung zum Bürgerdialog vorgestellt und diskutiert.

Anschließend hat der Ausschuss sich weiter mit dem Thema beschäftigt und mit Hilfe eines Experten eine profunde Analyse des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) vollzogen. Das ZFP selbst wurde ebenfalls im Ausschuss vorgestellt, außerdem die Projekte Time Out und SKEI.

Ferner hat der Ausschuss sich angeschaut, wie die Themen Förderpädagogik und Inklusion künftig in die neu

konzipierte Ausbildung für pädagogische Führungskräfte und in die Erstausbildung zum Lehramt Primarschule und Kindergarten eingebunden werden. Schließlich wurde der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach ein Besuch abgestattet, wo die Regelschüler gemeinsam mit den Förderschülern unterrichtet werden.

Im Mai 2022 fand dann eine Zwischenbilanzsitzung zu „Inklusion macht Schule“ statt, auf der die Regierung Vertretern des Bürgerrats berichtete, welche Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen erzielt wurden.

Daneben blieben die Empfehlungen der ersten Bürgerversammlung zu „Pflege geht uns alle an“ auf der Agenda. Auch zu diesem Thema fand eine Zwischenbilanzsitzung mit Vertretern von Regierung und Bürgerrat statt. Die dabei erteilten Informationen in Bezug auf die Umsetzung der Empfehlungen dienten dem Ausschuss zur Formulierung seiner Schlussfolgerungen für die Abschlussitzung, die Ende März stattfand.

Zweites Schwerpunktthema waren wie stets die Haushaltsberatungen. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass von den Investitionsmitteln in Höhe von knapp 607 Millionen Euro³, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 zur Verfügung stehen, rund 153,8 Millionen Euro – ein Viertel des Budgets! – in Bildung und Schulinfrastruktur fließen⁴.

So wurden im Rahmen der zweiten Anpassung des Haushalts 2021 und der Festlegung des Haushalts 2022 die wichtigsten Vorhaben und Neuerungen aus den Bereichen Pädagogik, Ausbildung, Unterrichtsorganisation, Unterrichtspersonal, Kinderbetreuung und Infrastruktur vorgestellt, außerdem präsentierten Kaleido Ostbelgien, die Autonome Hochschule, das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM) sowie der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Service und Logistik (zuständig für Reinigung, Unterhalt und Verpflegung der Gemeinschaftsschulen) ihren Haushalt und ihren Tätigkeitsbericht.



Besuch der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach am 21. April 2022

³ Parlamentsdok., PDG, 2021-2022, Nr. 4-HH2022/1, S. 4.

⁴ Parlamentsdok., PDG, 2021-2022, Nr. 4-HH2022/1, S. 9ff.

Im Frühling beschäftigte der Ausschuss sich mit der ersten Anpassung des Haushalts 2022, der wiederum von den zuständigen Fachbereichen des Ministeriums vorgestellt wurde.

Einige Artikel des Programmdekrets 2021 betrafen Ausschuss III. Dabei ging es u. a. darum, dass kein neues Brandschutzgutachten für eine Kinderbetreuung erforderlich ist, die in Räumlichkeiten einer Schule stattfindet. Mehrere Anpassungen sind zudem durch die Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 bedingt, von der die Kinderkrippe in Eupen sowie verschiedene Tagesmütter betroffen waren. Weil diese zeitweilig keine Kinder betreuen konnten und die Kinderkrippe übergangsweise umziehen musste, werden bestimmte Anforderungen zeitweilig ausgesetzt.

Das Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2022 beinhaltet mehrere Anpassungen eher technischer Natur, aber auch einige grundlegende Neuerungen. Zu den wichtigsten gehört sicherlich die Einführung der Fördergrundschulassistenten, die dekretale Verankerung des Aufnahmeverfahrens für die Zulassung zur Erstausbildung im Studienbereich Lehramt an der Autonomen Hochschule, die inhaltliche Erweiterung der Sprachlernklassen um vier Mathematikstunden oder die Reform des schulexternen Prüfungsausschusses für den Sekundarschulunterricht.

Ein anderes im Ausschuss behandeltes Dekret betrifft die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen im Unterrichtswesen. Dazu sind Maßnahmen sowohl im Kindergarten als auch in der Primar- und in der Sekundarschule vorgesehen.

Schließlich stand der Resolutionsvorschlag zur Anpassung des Betreuungsschlüssels in den Kindergärten auf der Tagesordnung. Dieser Resolutionsvorschlag wurde letztlich im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt, weil der zusätzliche Bedarf an Kindergärtnern damit begründet wurde, dass erstankommende Kinder oder Kinder aus Asylbewerberheimen aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds einen höheren Betreuungsaufwand generierten.

Die Grundlagen für die geistige, moralische, kulturelle und körperliche Entwicklung des Menschen werden in den ersten sechs Lebensjahren gelegt. Die Förderung, die ein Kind in dieser Zeit im Elternhaus, in der Kinderbetreuung (bei der Tagesmutter oder in der Kinderkrippe) und anschließend im Kindergarten genießt, ist somit ein entscheidender Faktor auf dem Weg hin zu Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Der Ausschuss wird sich daher verstärkt dem Thema der frühkindlichen Bildung widmen. Den Auftakt machte eine Anhörung von Mitarbeiterinnen von Kaleido Ostbelgien, die die Thematik aus der Warte ihres Dienstes beleuchteten. Weitere Anhörungen von Experten sind in der nächsten Sitzungsperiode geplant.

Daneben hat der Ausschuss sich auch mit anderen Themen beschäftigt. So wurde der Bericht der OECD zur Qualität und Chancengerechtigkeit der Schulbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgestellt, ebenso wie die Analyse der Schülerzahlen im Schuljahr 2021-2022.

Der Ukraine-Krieg hat auch Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft. Seit März 2022 treffen vermehrt Flüchtlinge aus der Ukraine in Ostbelgien ein, darunter auch zahlreiche schulpflichtige Kinder. Aus diesem Grund hat der Ausschuss sich auch darüber in Kenntnis setzen lassen, wie die Beschulung dieser erstankommenden Schüler organisiert wird.

Den Schlussspunkt der Sitzungsperiode setzte eine große Anhörung zur Neuausrichtung des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung (RZKB) und der geplanten Einführung des Vollstatuts für die Tagesmütter. Vertreter der selbstständigen Tagesmütter und der konventionierten Tagesmütter wurden zu ihren Erwartungen an diese Neuerungen befragt. Anschließend legten die Vertreter des RZKB und von Kaleido Ostbelgien ihre Sicht über die Zukunft der Kleinkindbetreuung dar.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung, Kinderbetreuung und Erwachsenenbildung in der Sitzungs- periode 2021-2022

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 – Dokument 5-2-HH2021

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 4-HH2022

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-1-HH2022 (2021-2022) Nr. 1

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 der Autonomen Hochschule Ostbelgien (AHS)

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido Ostbelgien)

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand (IAWM)

Haushaltsplan 2021/2022 und Tätigkeitsbericht 2020 des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung „Service und Logistik“

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Programmdekretvorschlag 2021 – Dokument 173 (2021-2022)

Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2022 – Dokument 214 (2021-2022)

Dekretentwurf über die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen im Unterrichtswesen – Dokument 215 (2021-2022)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Anpassung des Betreuungsschlüssels in den Kindergärten – Dokument 166 (2021-2022)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Vorstellung von Aspekten der frühkindlichen Bildung durch Vertreter von Kaleido Ostbelgien

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2021-2022)

- Anhörung von Vertretern des Ministeriums, der Autonomen Hochschule und Kaleido Ostbelgien
- Stellungnahme des Ausschusses zu den Empfehlungen
- Zwischenbericht der Regierung zur Umsetzung der Empfehlungen

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. September 2020 zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ – Dokument 101 (2020-2021)

- Zwischenbericht der Regierung zur Umsetzung der Empfehlungen
- Abschlusssitzung und Schlussfolgerungen des Ausschusses



ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretele Berichterstattungsaufträge – November 2021 – Dokument 36 (2021-2022) Nr. 3

Vorstellung der Schülerzahlen 2021-2022 – Dokument 124 (2021-2022)

Erläuterungen zur Philosophie des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen

Anhörung des Zentrums für Förderpädagogik zur pragmatischen Inklusion in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Vorstellung der Projekte SKEI und Time Out

Vorstellung des OECD-Berichts zur Qualität und Chancengerechtigkeit der Schulbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und der Schlussfolgerungen der Regierung

Vorstellung der Neuausrichtung der Ausbildung für pädagogische Führungskräfte

Besuch der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach

Vorstellung von Aspekten der Förderpädagogik in der Erstausbildung zum Lehramt Primarlehrer/Kindergärtner an der Autonomen Hochschule Ostbelgien

Bericht über die Organisation des Unterrichts für erstankommende Schüler aus der Ukraine

Anhörung von Vertretern der selbstständigen Tagesmütter, der konventionierten Tagesmütter, des Regionalzentrums für Kleinkindbetreuung, von Kaleido Ostbelgien und des Fachbereichs Familie des Ministeriums zur Umwandlung des RZKB in eine Einrichtung öffentlichen Interesses und zur Einführung des Vollstatuts für die Tagesmütter

AUSSCHUSS IV

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Mitglieder

Vorsitzende: Jolyn HUPPERTZ (CSP)		
Vizevorsitzender: Diana STIEL (VIVANT)		
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder	Beratende Mandatare
Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSEN Lisa GÖBBELS Raymond HEINERS	
Für die CSP: Sandra HOUBEN-MEESSEN Jolyn HUPPERTZ	Für die CSP: Colin KRAFT Robert NELLES	Für die CSP: Jacques SCHROBILTGEN
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY	
Für VIVANT: Diana STIEL	Für VIVANT: Michael BALTER	
Für ECOLO: Inga VOSS-WERDING	Für ECOLO: Freddy MOCKEL	
Für die PFF: Evelyn JADIN	Für die PFF: Shayne PIRONT	

Rückblick

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass mit Beschluss des Plenums vom 18. Oktober 2021 die bis dahin dem Ausschuss IV zugehörigen Zuständigkeitsbereiche Wohnungswesen und Energiepolitik an den Ausschuss I übertragen wurden.

Der Ausschuss befasste sich mit dem Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention. Mit dem daraus hervorgehenden Dekret wurden in das Dekret vom 1. Juni 2004 Maßnahmen eingefügt, die die Regierung ergreifen kann, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) zu bekämpfen und zu verhindern. Auch wurde mit dem Gesetzestext die erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen, um die Nutzung des COVID Safe Tickets auf dem deutschen Sprachgebiet zu ermöglichen und die Verwendung des COVID Safe Tickets im Fall einer besorgniserregenden epidemiologischen Situation zu organisieren und zu gestalten.

Des Weiteren beriet der Ausschuss den Dekretentwurf über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung. Seit der sechsten Staatsreform ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig. Mit der Annahme des Dekretentwurfs durch das Parlament wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Kapazität zur Gewährleistung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung und des Stundenplans der zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Der Dekretentwurf über das Pflegegeld für Senioren stellte eine weitere wichtige Gesetzesinitiative dar, mit der der Ausschuss sich in der Sitzungsperiode 2021-2022 befasste. Das vom Parlament verabschiedete entsprechende Dekret reformierte die finanzielle Beihilfe zur Unterstützung von betagten Personen (BÜP), für die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Zuge der sechsten Staatsreform zuständig geworden ist, und schafft dazu eine neue und einheitliche Rechtsgrundlage. Das Pflegegeld für Senioren ist wie sein Vorgänger ein Solidarsystem, das einkommensschwache Senioren unterstützt. Die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) ermittelt mithilfe des Einschätzungsinstruments BelRAI-Screener den Unterstützungsbedarf eines Seniors. Auf Basis des Resultats wird dem Senior eine bestimmte Pflegegeldkategorie zugewiesen und der damit einhergehende Fixbetrag ausgezahlt. Zusätzlich zu diesem Basispflegegeld können Senioren, die Anrecht auf eine erhöhte Kostenerstattung (EKE-Statut) haben, einen Sozialzuschlag erhalten, der nach Pflegegeldkategorie variiert.

Zudem beriet der Ausschuss im Rahmen des Programmdekretvorschlags 2021 über einige Abänderungen der Gesetzgebung in seinen Zuständigkeitsbereichen.

Des Weiteren nahm der Ausschuss während der Sitzungsperiode 2021-2022 betreffend seine Zuständigkeiten Stellung zur zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2021 sowie zur Festlegung und der ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2022.

In der Sitzungsperiode 2021-2022 wurde ebenfalls ein neuer Geschäftsführungsvertragsentwurf zwischen der Regierung und der VoG Verbraucherschutzzentrale für die Jahre 2022-2025 vom Ausschuss begutachtet und für gut befunden und anschließend ebenfalls vom Parlament gutgeheißen.

Wie in der Sitzungsperiode 2020-2021 waren auch in der Sitzungsperiode 2021-2022 die Coronapandemie, ihre Auswirkungen und ihre Eindämmung – vor allem auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft – häufig thematischer Gegenstand im Rahmen der monatlichen Regierungskontrollen, bei denen die

Ausschussmitglieder aktuelle Fragen und Interpellationen in den Bereichen Gesundheit und Soziales an die Regierung richten können.

Während der Sitzungsperiode 2021-2022 wurde ein Resolutionsvorschlag vom Ausschuss beraten. Der Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der vom Ausschuss allerdings abgelehnt wurde, hatte das Verbot einer Impfpflicht gegen respiratorische Atemwegsviren wie das Coronavirus zum Gegenstand.

Der Ausschuss widmete sich außerdem einer Petition in Bezug auf die Ausstellung eines COVID Safe Tickets an Genesene. Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass die Umsetzung der Forderung der Petition, den Nachweis einer Genesung von COVID-19 nicht – statt mit dem Genesungszertifikat – auf eine Dauer von 150 Tage zu begrenzen, sondern so lange zu gewähren, wie Antikörper anhand eines Bluttests bestätigt werden könnten, nicht in der alleinigen Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt, sondern gegebenenfalls in einem Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Teilstaaten sowie nach Möglichkeit im Konsens mit der Europäischen Union im Hinblick auf die Gewährleistung der Bewegungsfreiheit im Raum der EU geregelt werden müsse, wobei festgehalten wurde, dass die Regierung der Forderung unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Antikörpern im Hinblick auf einen Schutz vor einer erneuten COVID-19-Erkrankung offen gegenüberstehe. Der Ausschuss beschloss mit Bezug auf Artikel 106 der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft mehrheitlich, die Behandlung der Petition auf der Grundlage der Ausschussberatungen nicht weiterzuverfolgen.

Zu aktuellen Entwicklungen der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ihren künftigen Herausforderungen und einer verstärkten Zusammenarbeit hörte der Ausschuss im Dezember 2021 Delegationen des St. Nikolaus-Hospitals Eupen und der St. Josef Klinik St. Vith an.

Gleichfalls im Dezember 2021 stellte das Interföderale Zentrum für Chancengleichheit Unia im Rahmen

einer Sitzung aller Ausschüsse unter Federführung von Ausschuss IV seinen Jahresbericht 2020 „Gefährdete Menschen in Krisenzeiten“ vor.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (WSR) präsentierte dem Ausschuss im März 2022 seinen Sonderbericht zur Armut bei älteren Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung war im Juni 2021 im Ausschuss zu Gast, um seinen Zweijahresbericht 2020-2021 zum Thema „Solidarität und Armut – ein Beitrag zur politischen Debatte und zur politischen Aktion“ vorzustellen und zu diskutieren.

Fener informierte die Regierung den Ausschuss über die Inspektion des Wohn- und Pflegezentrums „Haus Katharina“ in Raeren sowie seine infolge der Ergebnisse beabsichtigte Schließung.

Auch stellte die Regierung dem Ausschuss den Dreijahresbericht zur Anwendung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und Zusammenleben in Vielfalt sowie die Resultate der nationalen Gesundheitsumfrage 2018 vor.

Der Ausschuss verfasste überdies eine Note zur Stellungnahme der Regierung zum Präsidiumsbeschluss im Hinblick auf den Abschluss der Nachforschungen der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Interkommunalen VIVIAS in Bezug auf die von ihr verwalteten Wohn- und Pflegezentren für Senioren.

Zu seinem gesellschaftspolitischen Thema „Multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihre Auswirkungen auf die Ausbildung sowie die soziale und berufliche Integration“ führte der Ausschuss seine Beratungen fort. U. a. hörte er eine Mitarbeiterin der beim Ministerium angesiedelten Schulberatung für Inklusion und Integration gefährdeter Schüler und Lehrlinge durch Case-Management bei komplexer Fallproblematik an.

Des Weiteren war der Ausschuss weiterhin in die Bearbeitung der verschiedenen laufenden Bürgerdialog-Themen eingebunden.

So zog er Anfang 2022 seine Schlussfolgerungen zu den ihm zur Beratung zugewiesenen Empfehlungen im Rahmen des ersten Bürgerdialogs zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“, der im Herbst 2020 gestartet war und im März 2022 abgeschlossen wurde.

Zum zweiten Bürgerdialog zum Thema „Inklusion macht Schule. Welche Veränderungen brauchen wir im Bildungsbereich, damit Inklusion ein Gewinn für alle wird?“ beriet der Ausschuss über die ihm zugewiesenen Empfehlungen und verfasste dazu Stellungnahmen.

Im Rahmen des dritten Bürgerdialogs zum Thema „Wohnraum für alle! Wie kann die Politik zukunftsfähigen und bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen?“ gab der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen zu Empfehlungen ab, die seine Zuständigkeiten berührten.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales in der Sitzungsperiode 2021-2022

HAUSHALTSDEKRETE UND FINANZEN

Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021 – Dokument 5-2-HH2021

Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 4-HH2022

Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 – Dokument 5-1-HH2022 (2021-2022) Nr. 1

WEITERE DEKRETINITIATIVEN

Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention – Dokument 168 (2021-2022)

Dekretentwurf über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung – Dokument 169 (2021-2022)

Programmdekretvorschlag 2021 – Dokument 173 (2021-2022)

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung – Dokument 206 (2021-2022)

Dekretentwurf über das Pflegegeld für Senioren – Dokument 203 (2021-2022) Nr. 1

GESCHÄFTSFÜHRUNGSVERTRÄGE

Geschäftsführungsvertrag VSZ VoG 2022-2025 – Dokument 216 (2021-2022)

RESOLUTIONEN

Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenkammer, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Verbot einer Impfpflicht gegen respiratorische Atemwegsviren wie das Coronavirus – Dokument 160 (2020-2021)

PETITIONEN

Petition in Bezug auf die Ausstellung eines COVID Safe Tickets an Genesene – Dokument 184 (2021-2022)

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES THEMA

Multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihre Auswirkungen auf die soziale und berufliche Integration

BÜRGERDIALOG OSTBELGIEN

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2020-2021)

Vorstellung und Diskussion der Stellungnahmen der Ausschüsse zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 15. Mai 2021 zum Thema „Inklusion macht Schule“ – Dokument 155 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. September 2020 zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ – Dokument 101 (2020-2021)

Empfehlungen der Bürgerversammlung vom 19. Februar 2022 zum Thema „Wohnraum für alle!“ – Dokument 186 (2021-2022) Nr. 1

ANHÖRUNGEN UND SONSTIGE THEMEN

Inspektion des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren „Haus Katharina“ Raeren

Konsumverhalten vor und während der Coronapandemie

Vorstellung des Haushaltsplans der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben für das Jahr 2022

Anhörung des St. Nikolaus-Hospitals Eupen und der Klinik St. Josef St. Vith

Bericht der Regierung an das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge – November 2021 – Dokument 36 (2021-2022) Nr. 3

Stellungnahme der Regierung zum Präsidiumsbeschluss im Hinblick auf den Abschluss der Nachforschungen der Ombudsfrau der Deutschsprachigen

Gemeinschaft über die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Interkommunalen VIVIAS in Bezug auf die von ihr verwalteten Pflege- und Wohnheime

Dreijahresbericht zur Anwendung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

Nationale Gesundheitsumfrage 2018

Sonderbericht des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Armut bei älteren Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sitzung aller Ausschüsse unter Federführung von Ausschuss IV: Vorstellung des Jahresberichts 2020 des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia „Gefährdete Menschenrechte in Krisenzeiten“

Vorstellung Zweijahresarmutsbericht 2020-2021 „Solidarität und Armut“ durch den Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung

AUSSCHUSS V

Ausschuss zur Kontrolle der öffentlichen Mitteilungen und der Wahlausgaben sowie betreffend die Erklärungs Pflichten in Bezug auf Mandate und Patrimonien

Mitglieder

Vorsitzender: Karl-Heinz LAMBERTZ (SP)	
Vizevorsitzende: Freddy CREMER (ProDG)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER Raymond HEINERS Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSSEN Lisa GÖBBELS José GROMMES
Für die CSP: Patricia CREUTZ-VILVOYE Colin KRAFT	Für die CSP: Robert NELLES Stephanie PAUELS
Für die SP: Karl-Heinz LAMBERTZ	Für die SP: Charles SERVATY
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM
Für die PFF: Shayne PIRONT	Für die PFF: Gregor FRECHES

Rückblick

Der Ausschuss hat in der Sitzungsperiode 2020-2021 nicht getagt.

SONDERAUSSCHUSS

Sonderausschuss zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Mitglieder

Vorsitzender: Gregor FRECHES (PFF)	
Vizevorsitzende: Freddy MOCKEL (ECOLO)	
Effektive Mitglieder	Ersatzmitglieder
Für ProDG: Freddy CREMER José GROMMES Liesa SCHOLZEN	Für ProDG: Kathy ELSÉN Lisa GÖBBELS Raymond HEINERS
Für die CSP: Sandra HOUBEN-MEESEN Jolyn HUPPERTZ	Für die CSP: Robert NELLES Stephanie PAUELS
Für die SP: Charles SERVATY	Für die SP: Céline KEVER Patrick SPIES
Für VIVANT: Michael BALTER	Für VIVANT: Alain MERTES Diana STIEL
Für ECOLO: Freddy MOCKEL	Für ECOLO: Andreas JERUSALEM Inga VOSS-WERDING
Für die PFF: Gregor FRECHES	Für die PFF: Evelyn JADIN Alexander MIESEN



Die Mitglieder des Sonderausschusses (es fehlt Charles Servaty)

Rückblick

Nachdem das Parlament am 20. Juli 2020 einen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der COVID 19 Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt hatte, beendete dieser seine Arbeit im März 2022 und legte seinen Abschlussbericht vor (Dokument 90 (2021-2022) Nr. 5).

ARBEITSWEISE

Die 17 Themenbereiche, die der Einsetzungsbeschluss in Artikel 2 auflistet und die der Sonderausschuss untersuchen soll, wurden in vier Cluster gegliedert und nach Prioritäten geordnet. Diese Vorgehensweise sollte eine thematische Sicht auf die Entwicklungen während der Pandemie ermöglichen.

Cluster A: Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor

- die Situation in den Wohn- und Pflegestrukturen für Senioren, in den Betreuungseinrichtungen für Jugendliche und für Personen mit Beeinträchtigungen, in den psychiatrischen Einrichtungen sowie in der häuslichen Hilfe;
- die Unterstützung der Krankenhäuser, der Ärzteschaft, der Paramediziner und der selbstständigen Pfleger; die besonderen krisenbedingten Maßnahmen zur Gesundheitsprävention;

Cluster B: Familiäres und soziales Alltagsleben der Bevölkerung, inklusive des Unterrichtswesens

- die Situation im Ausbildungs- und Unterrichtswesen;
- die Situation in Bezug auf die Familien sowie in Bezug auf die Kinder- und Jugendbetreuung;
- die Auswirkungen der Krise und der getroffenen Maßnahmen auf das allgemeine Wohlbefinden der Bürger, einschließlich der Prävention von häuslicher Gewalt und der Betreuung der Opfer;

Cluster C: Arbeitswelt und öffentliches Leben

- die Förderung von Beschäftigung, Wirtschaft und Tourismus;

- die Situation im Kultur-, Sport- und Freizeitsektor und in der Erwachsenenbildung;
- die Situation in Bezug auf das Wohnungswesen;
- die Abwicklung und Kontrolle der finanziellen Unterstützungsmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Finanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Cluster D: Krisenmanagement und öffentliche Dienste

- die Organisation der Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- die Information der Bürger und die öffentliche Kommunikation;
- die Kooperation mit anderen Behörden;
- die allgemeine Kohärenz des Krisenmanagements zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen sowie der verfassungsrechtlichen Regeln zur Zuständigkeitsverteilung zwischen Föderalstaat und Teilstaaten bzw. zwischen Teilstaaten untereinander;
- die Berücksichtigung der Grundfreiheiten und -rechte der Bürger;
- die zeitweisen Einschränkungen der grenzüberschreitenden Mobilität und deren Auswirkungen auf die Bürger in der Grenzregion;
- die Organisation der parlamentarischen Arbeitsweise, die Zuerkennung von Sondervollmachten an die Regierung und die Information des Parlaments.

Zur Bearbeitung dieser Themenfelder hat der Sonderausschuss seit Oktober 2020 Akteure aus fast allen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu insgesamt 41 Anhörungen eingeladen. Bis zum 18. März 2022 tagte der Sonderausschuss 62 Mal.

Außerdem konnte er auf die verschiedenen Umfragen zurückgreifen, die die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft teils sektorenspezifisch, teils allgemein hat durchführen lassen, wie beispielsweise die fünf demoskopischen Umfragen zwischen Juni 2020 und Februar 2022.

Zum wichtigen Input für die Ausschussmitglieder wurden auch die Rückmeldungen der Bürger über das Online-Formular auf der Website des Parlaments, über das sie von ihren jeweils individuellen Erfahrungen während der Coronakrise berichten konnten. Diese Rückmeldungen flossen in die Fragestellungen des Ausschusses während der Anhörungen ein.

ABSCHLUSSBERICHT

Der Abschlussbericht umfasst 219 Empfehlungen, die nach den vier Clustern gegliedert sind.

Angesichts der Tatsache, dass die Coronakrise noch nicht als überwunden betrachtet werden kann, ist sich der Ausschuss dessen bewusst, dass im weiteren Verlauf und nach Ende der Pandemie einige Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieses Berichts gegebenenfalls erneut bewertet werden müssen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Vielzahl der Empfehlungen, die der Ausschuss formuliert hat, zeigt bereits die Komplexität des Krisenmanagements und der Herausforderungen, die durch die Coronakrise entstanden oder verschärft worden sind. Auch wenn sich für bestimmte Sektoren teils sehr präzise und spezifische Empfehlungen ergeben, so musste der Sonderausschuss doch feststellen, dass einige Konstanten – wenn auch nicht in allen, so doch in vielen Bereichen – immer wieder in Erscheinung treten. Diese sind darüber hinaus oft eng miteinander verknüpft.

Dabei handelte es sich um folgende Themenfelder:

- Krisenmanagement,
- Kommunikation,
- Digitalisierung,
- Netzwerkarbeit,
- Fachkräftemangel,
- Finanzierung verschiedener Bereiche,
- Stärkung der Resilienz.

Tätigkeiten des Sonderausschusses

zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Sitzungsperiode 2021-2022

ANHÖRUNGEN

Anhörung des Generalsekretärs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Kontakt-Tracing und zur Impfkampagne

Anhörung der Vertreter von Prisma, Telefonhilfe, ASL und Info-Integration

Anhörung des Jugendhilfediensts und der ÖSHZ

Krisenbedingte Maßnahmen zur Gesundheitsprävention – Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der getroffenen Maßnahmen auf das allgemeine Wohlbefinden der Bürger – Anhörung des zuständigen Ministers

Anhörung der Polizeizonenchefs, der Bürgermeister, der Mitglieder der Arbeitsgruppe EU-DG, des Grenzgängerdiensts der CSC zur Grenzgängerproblematik während der Coronakrise

Anhörung des Generalsekretärs des Ministeriums, der Chefredakteure des BRF und des GrenzEcho sowie Vertreter des Instituts für Demokratiepädagogik (IDP) zur Kommunikation und Information während der Coronakrise

Anhörung des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit Unia

Anhörung des Ministerpräsidenten, der Bürgermeister und der Euregio Maas-Rhein zur Zusammenarbeit der Behörden während der Coronakrise

Einblick in die Plenarsitzung
vom 15. Dezember 2021



ARBEIT IM PLENUM

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze, die ihre Wirkung auf dem Territorium der Deutschsprachigen Gemeinschaft entfalten. Das Parlament legt damit im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft Regeln fest.

Die Dekretvorlagen, die in den Parlamentsgremien diskutiert werden, sind entweder Dekretentwürfe oder Dekretvorschläge.

Dekretentwürfe werden von der Regierung hinterlegt und enthalten neben dem eigentlichen Text eine Begründung sowie Staatsratgutachten und andere notwendige Gutachten.

Dekretvorschläge können von einem oder mehreren Abgeordneten eingereicht werden. Auch Dekretvorschläge enthalten eine Begründung. Sie können dem Staatsrat ebenfalls zur Begutachtung vorgelegt werden.

Der Präsident verweist die Dekretentwürfe und Dekretvorschläge an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung und informiert die Plenarversammlung darüber. Die Frage, an welchen Ausschuss ein Dekretentwurf bzw. ein Dekretvorschlag verwiesen werden soll, kann er auch der Plenarversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten.

Auf Vorschlag des erweiterten Präsidiums oder des Präsidenten kann die Plenarversammlung ebenfalls beschließen, einen Dekretentwurf oder einen Dekretvorschlag ohne Verweisung an einen Ausschuss direkt in der Plenarversammlung zu behandeln und zu verabschieden, wenn eine Dringlichkeit vorliegt oder eine vorherige Beratung im Ausschuss aufgrund der begrenzten Tragweite des Textes nicht gerechtfertigt ist.

In der Sitzungsperiode 2021-2022 haben insgesamt 18 Plenarsitzungen stattgefunden. (20.09.2021, 27.09.2021, 30.09.2021, 18.10.2021, 27.10.2021, 29.10.2021, 22.11.2021, 13.12.2021, 14.12.2021, 15.12.2021, 16.12.2021, 24.01.2022, 21.02.2022, 28.03.2022, 25.04.2022, 23.05.2022, 20.06.2022, 27.06.2022)

Dekrete

Die vom Parlament verabschiedeten Dekrete haben Gesetzgebungscharakter auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In der Sitzungsperiode 2021-2022 verabschiedete das Parlament insgesamt 28 Dekrete, davon 12 Regeldekrete, 5 Haushaltsdekrete und 11 Dekrete zur Zustimmung zu internationalen Abkommen und zur Billigung innerbelgischer Vereinbarungen.

REGELDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
29.10.2021	168	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention
22.11.2021	169	Dekret über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung
13.12.2021	170	Dekret über Maßnahmen im Bereich Energie
14.12.2021	162	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit
15.12.2021	173	Programmdekret 2021
24.01.2022	183	Dekret zur Bekämpfung des Dopings im Sport
21.02.2022	138	Dekret zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
28.03.2022	192	Krisendekret 2022
23.05.2022	206	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 22. November 2021 über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung
27.06.2022	203	Dekret über das Pflegegeld für Senioren
27.06.2022	214	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2022
27.06.2022	215	Dekret über die Förderung der Fremdsprachenkompetenzen im Unterrichtswesen

HAUSHALTSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
16.12.2021	5-3-HH2020	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020
16.12.2021	6-HH2020	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020
16.12.2021	5-2-HH2021	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 10. Dezember 2020 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2021
16.12.2021	4-HH2022	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022
20.06.2022	5-1-HH2022	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 16. Dezember 2021 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022

In der Sitzungsperiode 2021-2022 erstreckte sich die Debatte zu den Haushalten im Dezember erstmals über insgesamt vier (statt drei) Plenarsitzungen in einer Woche. Dies erlaubte mehr Raum für eine fachliche Debatte zu den einzelnen Zuständigkeitsbereichen.

ZUSTIMMUNGS- UND BILLIGUNGSDEKRETE:

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
20.09.2021	154	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarats über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen (revidiert), geschehen zu Rotterdam am 30. Januar 2017
20.09.2021	157	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus, geschehen zu Warschau am 16. Mai 2005
30.09.2021	165	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 27. September 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben
18.10.2021	163	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union einerseits und Kanada andererseits, geschehen zu Brüssel am 30. Oktober 2016
27.10.2021	174	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 26. Oktober 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben
29.10.2021	175	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. Oktober 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben
22.11.2021	161	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 7. Mai 2021 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 9. Dezember 2011 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zur Prävention und Bekämpfung von Doping im Sport
22.11.2021	171	Dekret zur Zustimmung zu dem Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, geschehen zu Brüssel am 2. Februar 2012, und zum Übereinkommen zur Änderung des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, geschehen zu Brüssel am 27. Januar 2021 und am 8. Februar 2021
24.01.2022	181	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen des Europarats über einen ganzheitlichen Ansatz für Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fußballspielen und anderen Sportveranstaltungen, geschehen zu Saint-Denis am 3. Juli 2016
25.04.2022	196	Dekret zur Zustimmung zu dem Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur über Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit, geschehen zu Nagoya am 15. Oktober 2010
25.04.2022	201	Dekret zur Zustimmung zu dem Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, geschehen zu Brüssel am 28. Juli 2016

Beschlüsse

Zusätzlich zu den Dekreten trifft das Parlament weitere Beschlüsse ohne Gesetzescharakter. Es handelt sich dabei meist um die Bezeichnung von Mandatsträgern, um Zustimmungen zu Geschäftsführungsverträgen der Regierung mit verschiedenen Einrichtungen oder um die Organisation der internen Arbeitsweise.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
20.09.2021	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
20.09.2021	12	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
20.09.2021	27	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 14. Oktober 2019 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
27.09.2021	49	Beschluss zur Genehmigung des Nachtrags zum Beschluss vom 27. April 2020 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Zentrum für Ostbelgische Geschichte VoG (2020-2024)
27.09.2021	61	Beschluss zur Genehmigung des dritten Nachtrags zum Beschluss vom 23. November 2015 zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft (2016-2022)
22.11.2021	178	Beschluss zur Ermächtigung des Ausschusses I für allgemeine Politik, lokale Behörden, Raumordnung, Wohnungswesen, Energie, nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Zusammenarbeit, in dringenden Fällen im Namen des Parlaments Stellungnahmen oder Vorschläge zu Fragen der Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im belgischen Staatsgefüge zu verabschieden und zu verbreiten
24.01.2022	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
21.02.2022	188	Invorschlagbringung der Kandidaten für die Ständige Sprachenkontrollkommission
25.04.2022	13	Beschluss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Wahl des Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft
25.04.2022	15	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion für die Legislaturperiode 2019-2024
25.04.2022	16	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Bezeichnung der Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Versammlung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit der „Euregio Maas-Rhein“ für die Legislaturperiode 2019-2024
23.05.2022	11	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 17. Juni 2019 zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Legislaturperiode 2019-2024
27.06.2022	216	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Verbraucherschutzzentrale VoG (2022-2025)
27.06.2022	217	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Mai 2009 über das Statut der Personalmitglieder der Parlamentsverwaltung

Resolutionen

Neben Dekreten und Beschlüssen verabschiedet das Plenum auch Resolutionen. Eine Resolution ist ein Aufruf an bestimmte Instanzen (Regierung, Föderalregierung, Europäische Kommission usw.) in bestimmten Bereichen, in denen das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht selbst handeln kann, für die aber ein berechtigtes Interesse besteht, aktiv zu werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
20.09.2021	159	Resolution zur COP26-Klimakonferenz in Glasgow im November 2021
28.03.2022	189	Resolution an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die föderale Regierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur weiteren Befassung mit den Vorschlägen der Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack – Eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“
28.03.2022	193	Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine
25.04.2022	146	Resolution an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einer geplanten Umgehungsstrasse der Regionalstraße N62 sowie zu Mobilitätsproblemen zwischen dem Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Großherzogtum Luxemburg
23.05.2022	164	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen
23.05.2022	180	Resolution an die Föderalregierung, an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Steigerung der Attraktivität des Horeca-Sektors in Belgien

Gutachten

Föderale Gesetzesinitiativen zum Autonomiestatut der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zum Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten im deutschen Sprachgebiet müssen dem PDG zur Begutachtung vorgelegt werden.

Verabschiedung	Dok.-Nr.	Titel
24.01.2022	182	Begründetes Gutachten zum Sondergesetzesvorschlag zur Abänderung des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, um die vom Ausschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die deutsche Rechtsterminologie festgelegte Rechtsterminologie in deutscher Sprache für die Behörden der Wallonischen Region im Rahmen ihrer Übersetzungsarbeit in deutscher Sprache verbindlich zu machen
20.06.2022	209	Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abschaffung des ideologischen Alarmglockenverfahrens

Themendebatten

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch ein Meinungsforum für politische Debatten. In den Ausschüssen und in der Plenarsitzung ist es grundsätzlich und unter Voraussetzung bestimmter Bedingungen möglich, über die Dekret- und Beschlussvorlagen hinaus, weitere Angelegenheiten zu behandeln oder Themendebatten zu führen.

In der Sitzungsperiode 2021-2022 hat in der Plenarsitzung vom 21. Februar 2022 eine Themendebatte zur Senkung des Kindergarteneintrittsalters auf zweieinhalb Jahre stattgefunden.

Petitionen

Grundsätzlich kann sich jeder Bürger, einzeln oder zu mehreren, an das Parlament wenden, um eine Bitte oder eine Beschwerde abzugeben. Petitionen sind in schriftlicher Form einzureichen und werden an den Parlamentspräsidenten gerichtet.

Das Präsidium und die Plenarversammlung werden über eingetroffene Petitionen informiert. Die Petition wird im zuständigen Fachausschuss behandelt. Der Unterzeichner der Petition wird über die Schlussfolgerungen und weitere Schritte informiert.

In der Sitzungsperiode 2021-2022 wurden zwei Petitionen behandelt:

Hinterlegungsdatum	Betreff	Dok.	Ausschuss
23.02.2022	Petition in Bezug auf die Ausstellung eines COVID Safe Tickets für Genesene	184	IV
19.10.2021	Petition: „Kampf für ein besseres Telefon- und Internetnetz“	172	II

▶ BEZIEHUNGEN ZUR REGIERUNG

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht auch in der Legislaturperiode 2019-2024 aus vier Mitgliedern.

Der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:

- **Oliver Paasch**, Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen
- **Antonios Antoniadis**, Vize-Ministerpräsident, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
- **Isabelle Weykmans**, Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
- **Lydia Klinkenberg**, Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

In einer parlamentarischen Demokratie spielen die Regierung (Exekutive) und das Parlament als Volksvertretung (Legislative) eine wichtige Rolle. Beide Einrichtungen erfüllen ihre Aufgaben, wobei sie keine Gegner sind, sondern Hand in Hand arbeiten.

Eine wichtige Aufgabe des Parlaments ist die Regierungskontrolle, bei der die Arbeit der Regierung kritisch hinterfragt wird. Hierzu sind verschiedene Instrumente vorgesehen, die in der Geschäftsordnung näher erläutert werden.

Die Mehrzahl der Kontrollinstrumente wird im Rahmen von öffentlichen Ausschusssitzungen angewandt. Die Behandlung zu Beginn der Plenarsitzung ist weiterhin möglich, bildet jedoch die Ausnahme.



Mündliche Fragen

Bei den mündlichen Fragen unterscheidet man zwischen den Fragen, den dringenden Fragen sowie den aktuellen Fragen in der Plenarversammlung.

Der Abgeordnete stellt einem Regierungsmitglied eine mündliche Frage, um kurze Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder über konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu erfragen. Die herkömmliche mündliche Frage muss zwei Arbeitstage vor der Sitzung hinterlegt werden.

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeitsweise im Jahr 2016 werden mündliche Fragen in der Regel in den Regierungskontrollsitzen der Ausschüsse gestellt.

Im Vergleich zur Frist für mündliche Fragen können dringende mündliche Fragen noch am Tag der Sitzung bis 10 Uhr morgens eingereicht werden. Die Dringlichkeit muss ausreichend begründet sein. Dringende mündliche Fragen können sowohl in der Ausschusssitzung als auch in der Plenarsitzung gestellt werden.

Das Format der aktuellen Frage in der Plenarversammlung wurde im Februar 2020 geschaffen. Zu Beginn der Plenarsitzung wird eine aktuelle Fragestunde eingeführt. Die Fragen müssen schriftlich vor 10 Uhr am Tag der Plenarsitzung eingereicht werden. Dabei kann sich der Fragesteller darauf beschränken, das Thema der aktuellen Frage kurz zu umschreiben.

In der Sitzungsperiode 2021-2022 wurden insgesamt **330** mündliche Fragen gestellt.



Lydia Klinkenberg, Isabelle Weyckmans, Oliver Paasch, Antonios Antoniadis

Schriftliche Fragen

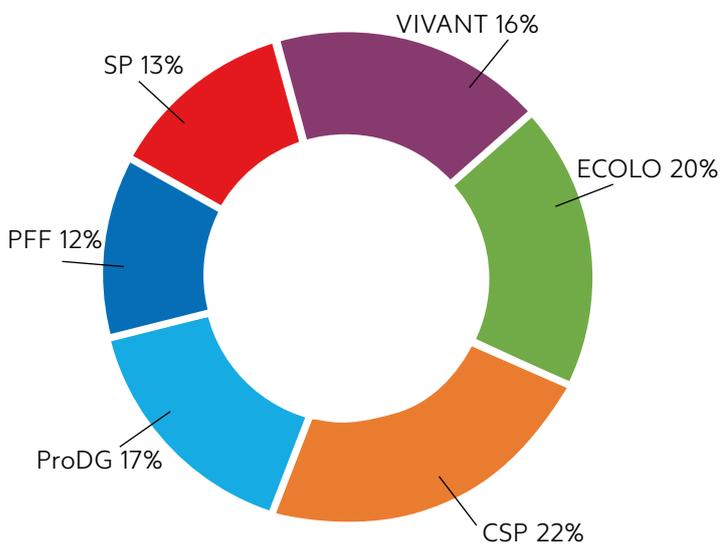
In schriftlichen Fragen fordert der Abgeordnete ein Regierungsmitglied auf, ausführlich Auskunft über einen präzisen Sachverhalt oder konkrete Aspekte der Regierungspolitik zu geben. Das Regierungsmitglied hat in der Regel 21 Arbeitstage Zeit, um seine Antwort ebenfalls schriftlich einzureichen. 92-mal wurde 2021-2022 zu diesem Kontrollinstrument gegriffen.



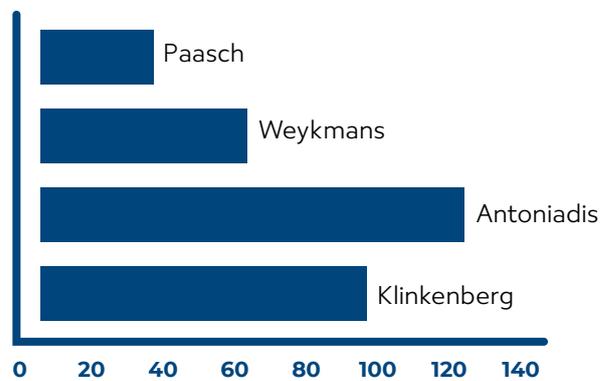
Mündliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	8	73
	Weykmans (PFF)	3	
	Antoniadis (SP)	36	
	Klinkenberg (ProDG)	26	
ECOLO	Paasch (ProDG)	6	66
	Weykmans (PFF)	16	
	Antoniadis (SP)	24	
	Klinkenberg (ProDG)	20	
PRO DG	Paasch (ProDG)	11	55
	Weykmans (PFF)	9	
	Antoniadis (SP)	16	
	Klinkenberg (ProDG)	19	
PFF	Paasch (ProDG)	7	41
	Weykmans (PFF)	17	
	Antoniadis (SP)	15	
	Klinkenberg (ProDG)	2	
SP	Paasch (ProDG)	5	44
	Weykmans (PFF)	9	
	Antoniadis (SP)	13	
	Klinkenberg (ProDG)	17	
VIVANT	Paasch (ProDG)	1	51
	Weykmans (PFF)	12	
	Antoniadis (SP)	26	
	Klinkenberg (ProDG)	12	
		Total	330

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister

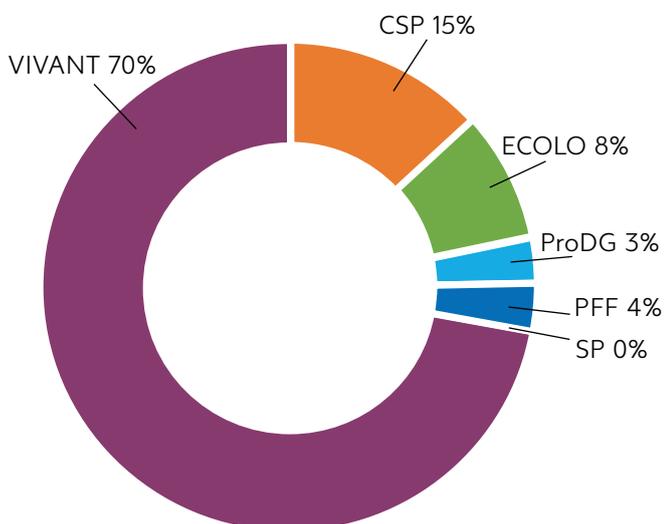




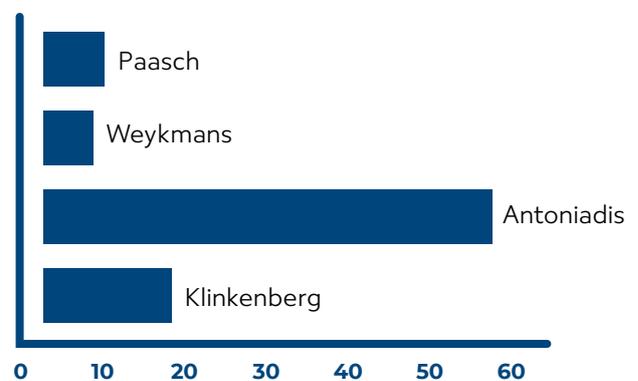
Schriftliche Fragen

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	2	14
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	7	
	Klinkenberg (ProDG)	5	
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	7
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	2	
	Klinkenberg (ProDG)	4	
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	3
	Weykmans (PFF)	2	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	1	4
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
SP	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
VIVANT	Paasch (ProDG)	7	64
	Weykmans (PFF)	4	
	Antoniadis (SP)	46	
	Klinkenberg (ProDG)	7	
		Total	92

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



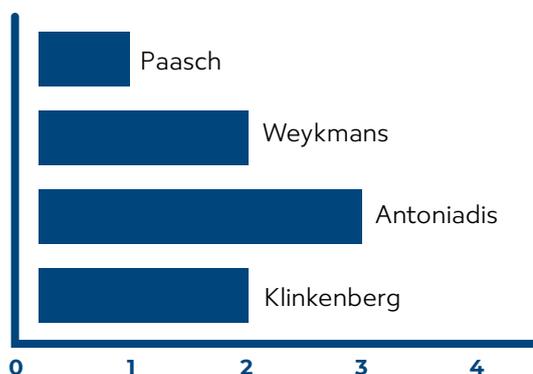
Interpellationen

Durch eine Interpellation fordert ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied dazu auf, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts oder konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. Das Regierungsmitglied hat mindestens fünf Arbeitstage Zeit, um seine Antwort vorzubereiten.

Interpellationen werden in der Regel im zuständigen Ausschuss eingereicht, können aber auch in der Plenarsitzung behandelt werden, wenn mindestens sieben Abgeordnete dies beantragen.

2021-2022 wurden 8 Interpellationen behandelt.

Zuordnung nach Minister



Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	pro Fraktion	Insgesamt
CSP	Paasch (ProDG)	1	3
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
ECOLO	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PRO DG	Paasch (ProDG)	0	1
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
PFF	Paasch (ProDG)	0	2
	Weykmans (PFF)	1	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
SP	Paasch (ProDG)	0	0
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	0	
	Klinkenberg (ProDG)	0	
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	2
	Weykmans (PFF)	0	
	Antoniadis (SP)	1	
	Klinkenberg (ProDG)	1	
		Total	8



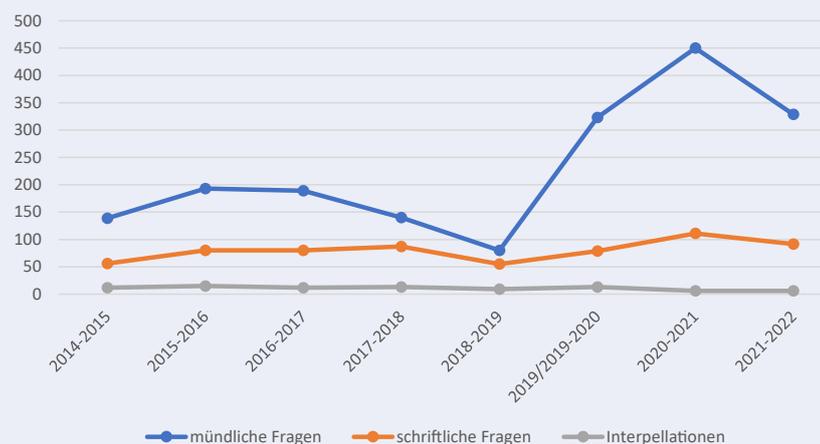
Begründete Anträge

Nachdem ein Regierungsmitglied eine Stellungnahme zu einer Interpellation, einer mündlichen Frage oder einer Debatte in der Plenarsitzung abgegeben hat, hat jeder Abgeordnete das Recht, darauf in Form eines begründeten Antrags zu reagieren.

Mit einem begründeten Antrag billigt oder missbilligt er die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder und formuliert Empfehlungen jeglicher Art an die Adresse der Regierung. 2021-2022 sind keine begründeten Anträge behandelt worden.

Entwicklung der Kontrollinstrumente

In den letzten Jahren hat sich die Nutzung der Kontrollinstrumente verändert. Der Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode 2014-2019 zeigt deutlich, dass vor allen Dingen die Anzahl der mündlichen Fragen stark gestiegen ist.



Sitzungsperiode	mündliche Fragen	schriftliche Fragen	Interpellationen
2014-2015	139	56	12
2015-2016	193	80	15
2016-2017	189	80	12
2017-2018	140	87	13
2018-2019	80	55	9
2019-2020	323	79	13
2020-2021	450	111	6
2021-2022	330	92	8

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise, die in der neuen Geschäftsordnung des Parlaments verankert ist, ist das Instrument der Fragen stark genutzt worden. In der vergangenen Sitzungsperiode ist eine gewisse „Beruhigung“ in der Anzahl der mündlichen und schriftlichen Fragen festzustellen, die wohl auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass der Bereich der Corona-Pandemie samt seiner Auswirkungen zumindest in der zweiten Hälfte der Sitzungsperiode nicht mehr im Fokus steht.

► BESUCHER, GÄSTE UND VERANSTALTUNGEN

Die Coronakrise beeinflusste weiterhin die Tätigkeit des Besucherdienstes und der Veranstaltungsorganisation. Während zu Beginn der Sitzungsperiode eine gewisse Lockerung zu verzeichnen war, wurden im November 2021 die Distanzierungsmaßnahmen wieder angezogen. Erst im Frühjahr 2022 entspannte sich die Lage und die Tätigkeiten des Parlaments wurden wieder aufgenommen.

BESUCHERGRUPPEN

Von Sitzungsperiodenbeginn bis Mitte November sowie von Mitte März bis zum Ende der Sitzungsperiode konnte der Besucherdienst circa 1.500 Besucher im Parlament begrüßen. Besonders zahlreich in dieser Zeit waren die Gruppen aus Deutschland und Flandern.

Aufgrund der Coronakrise und der daraus resultierenden Maßnahmen, konnten im Zeitraum zwischen Mitte November und Mitte März keine Besucher- und Schulgruppen im Parlament empfangen werden.

GÄSTE

Am 6. Oktober 2021 besuchte S.E.H. Pieter Jan Kleiweg de Zwaan, Botschafter der Niederlande, das Parlament. Der Vertreter unseres Nachbarlandes erkundigte sich vor allen Dingen über den Bürgerdialog, das Verfahren und die Herausforderungen.

Pünktlich zum Jahresbeginn, am 5. Januar 2022, haben die Sternsinger aus Raeren (stellvertretend für alle Sternsinger in Ostbelgien) den Segen im Plenarsaal des Parlaments angebracht.

Auch in diesem Jahr wurden die Feierlichkeiten zu den „jecken Tagen“ coronabedingt abgesagt. Deshalb hat das Altweiberkomitee Eupen Kettenis am 23. Februar 2022 dem Parlamentspräsidenten und dem Ministerpräsidenten einen Besuch im Parlament abgestattet.

Am 7. Juni 2022 war die Geschäftsführung der König-Baudouin-Stiftung im Parlament zu Gast. Der ausscheidende Geschäftsführer Luc Tayart de Borms nutzte die Gelegenheit, seinen Nachfolger Briec Van Damme über die Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu unterrichten und die gemeinsamen Projekte der Stiftung und des Parlaments vorzustellen. Begleitet wurden die Gäste von Stefan Schäfers, Direktor der KBS, sowie Ritter Yves Noël, Honorarvizepräsident der KBS, und Freddy Genten, Vertreter der KBS in Ostbelgien und des Bürgerfonds.



Der Parlamentspräsident und die Sternsinger aus Raeren



Das Altweiberkomitee zu Besuch im Parlament



S.E.H. Pieter Jan Kleiweg de Zwaan mit Karl-Heinz Lambertz und Oliver Paasch



Einblick in die Versammlung mit den Mitgliedern der König-Baudouin-Stiftung

VERANSTALTUNGEN

Im Oktober fand zum ersten Mal nach der coronabedingten Pause eine Matinee im Parlament statt. Julia Ruhs (Volontärin beim Bayerischen Rundfunk) und Sabine Bausch (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Aachen) diskutierten über die Vor- und Nachteile des „Gendern“-Phänomens.



v.l.n.r.: Julia Ruhs, Simonne Doeppen (Moderation) und Sabine Bausch

Als Auftaktveranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft konnte im Zeitraum zwischen Mitte Januar und Mitte März 2022 im Parlament in Eupen sowie zwischen Ende April und Ende Mai im Triangel in St. Vith eine Ausstellung zum Thema Wahlen gezeigt werden. Inhaltlich ausgearbeitet wurde die Ausstellung durch die Mitarbeiter des Staatsarchivs in Eupen. Dr. Vitus Sproten, Mitarbeiter des Staatsarchivs in Eupen, gewährleistete sowohl die Führungen durch die Ausstellung als auch den Austausch mit dem Publikum im Rahmen einer Matineeveranstaltung zum gleichen Thema.

Die Ausstellung „Wahl:Los“ beschäftigte sich mit der Geschichte der Demokratie in Ostbelgien und der Entwicklung der demokratischen Mitbestimmung, ausgehend von einer Gegenüberstellung der Demokratie Preußens und über die Kriegs- und Zwischenkriegszeit bis zu den Wahlen zum Rat der deutschen Kulturgemeinschaft und schlussendlich zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Sowohl in Eupen als auch in St. Vith fand die Ausstellung regen Zuspruch.

Im März 2022 referierte Dr. Norbert Nicoll zum Thema „Die Grenzen des Wachstums – 50 Jahre später“.

Dabei ging er sowohl auf die Konzeption und Entstehungsgeschichte der im Titel erwähnten Studie als auch auf den aktuellen Stand der Sachlage ein.

POLITISCHE BILDUNG IM PARLAMENT

Aufgrund der coronabedingten Situation fanden auch in diesem Schuljahr weniger Schüler den Weg zum Parlament als in den Jahren vor der Coronakrise. Einige Sekundarschulklassen konnten einen Besuch ermöglichen und interessierten sich insbesondere für das Modul „Besuch der Demokratiefabrik“.

Nichtsdestotrotz wurde in dieser Sitzungsperiode verstärkt daran gearbeitet, Angebote für alle Altersgruppen gleichermaßen auszubauen und dazugehörige Erklärungen zu erstellen. Diese sollen den Lehrern einen Einblick in die Angebote des Parlaments vermitteln und sie zukünftig bei der Suche nach der passenderen Aktivität unterstützen.



Eröffnung der Ausstellung „Wahl:Los“ am 17. Januar 2022.
V.l.n.r.: Karl-Heinz Lambertz, Els Herrebout und Vitus Sproten.
Foto: David Hagemann



Die Schüler der Gemeindegrundschule Raeren und der Maria-Goretti-Grundschule

Konferenz zur Zukunft Europas

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas organisierte das Parlament in Zusammenarbeit mit Europe Direct Zentrum Ostbelgien, den Städten Guben (DE) und Gubin (POL) und dem Ministerium für Europa des Landes Brandenburg einen digitalen trinationalen Schüleraustausch. Etwa 15 Schüler des Robert-Schuman-Instituts Eupen diskutierten gemeinsam mit gleichaltrigen Schülern aus Polen und Deutschland (mithilfe von Dolmetschern) über drei Themen: Leben in einer Grenzregion, Green Deal und Nachhaltigkeit. Dabei konnten zahlreiche Mentalitätsunterschiede festgestellt werden und spannende Debatten entstehen. Aufgrund des großen Interesses der Schüler ist ein Nachfolgeprojekt für die Sitzungsperiode 2022-2023 in Planung.

Vortragsreihe

Im Bereich der Erwachsenenbildung hat der Besucherdienst des Parlaments eine Vortragsreihe bei der Volkshochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Akademie 50+) angeboten. Bei den fünf Terminen (Kel-

mis, St. Vith, Bütgenbach und zwei Mal in Eupen) konnte mit circa 100 Teilnehmenden über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgetauscht werden. Besonderes Interesse fiel dem Bürgerdialog in Ostbelgien zu.

Zug der Demokratie

„Was kann man machen, um gesund zu leben?“ Diese Fragestellung beschäftigte etwa 70 Schüler der Gemeindegrundschule Raeren und der Maria-Goretti-Grundschule im März 2022. In einer intensiven Vorarbeit in der Schule hatten sich die Viertklässler viele Gedanken gemacht, die sie bei ihrem Besuch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den anwesenden Politikern besprechen wollten. Zum einen wurde festgehalten, was die Schüler selbst zum Thema tun können und zum anderen, bei welchen Punkten die Politik gefragt ist. Die Politiker konnten bei dieser Gelegenheit die Belange der Schüler hören und darauf reagieren. Das Format ist mit viel Enthusiasmus aufgenommen worden und wird voraussichtlich im Schuljahr 2022-2023 wiederholt.

„Wie geht denn Politik?“

Für die Sekundarschüler der Oberstufe wurde auch dieses Jahr im Format „Wie geht denn Politik?“ ein Angebot geschaffen, in Zusammenarbeit mit der Theatergruppe Brachland Ensemble. Unter dem Titel „Lokal Europa“ wurde die Komplexität der Europapolitik in Form eines interaktiven Theaterstücks verdeutlicht. Besonders ansprechend war, dass die Jugendlichen als Gäste der Kneipe selbst zu Entscheidungsträgern wurden und konkret mitbestimmen konnten. Zahlreiche Politiker nahmen an den Veranstaltungen teil, um gemeinsam mit den Teilnehmenden zu diskutieren.

Insgesamt fanden vier Veranstaltungen in diesem Format statt, jeweils eine öffentliche Veranstaltung und eine Schülerveranstaltung in St. Vith und in Eupen, bei denen circa 300 Gäste begrüßt werden konnten. Zur Finanzierung des Gemeinschaftsprojekts von RDJ, Jugendinfo, Alteo, dem Institut für Demokratiepädagogik, Ocarina und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde ein Antrag über Erasmus+ gestellt und bewilligt.

Dialogklassen

Nach zweijährigem Ausfall aufgrund der Coronakrise konnten im Mai 2022 die Dialogklassen in Brüssel stattfinden. Eine Schulklasse des Athenäums Karel Buls Laken und eine Schulklasse des Bischöflichen Instituts St. Vith haben sich im Rat der Flämischen Gemeinschaftskommission zu einem Austausch getroffen. Diskutiert wurde über das Schulsystem, die Partizipation der jungen Menschen, das Sicherheitsgefühl in Belgien, die Mobilität und das Erlernen der Landessprachen. Das Ergebnis der Gruppenarbeiten wurde anschließend dem Vorsitzenden des Rates der flämischen Gemeinschaftskommission, Fouad Ahidar, sowie dem Parlamentspräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz, im Rahmen eines Austauschs vorgestellt. Im folgenden Jahr finden die Dialogklassen, das ein Gemeinschaftsprojekt der beiden Parlamente ist, wieder in Eupen statt.



Die Schülerveranstaltung im Alten Schlachthof in Eupen



Einblick in den Plenarsaal des Rates der flämischen Gemeinschaftskommission während der Dialogklassen

PREISE DES PARLAMENTS

Schülerpreise

Im Schuljahr 2021-2022 erhielten die Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Preis des Parlaments für gute Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch. Nach zwei pandemiebedingten Ausfällen konnte die Preisverleihung am 2. Juli 2022 stattfinden. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler folgten der Einladung in den Plenarsaal, wo Ben Feyen im Rahmenprogramm den künstlerischen Umgang mit Sprache eindrucksvoll darbot.

Preis des Parlaments

Nach Aufhebung der strikten Bedingungen zur Durchführung von Veranstaltungen im Parlament, wurde am 26. Juni 2022 die Verleihung der Preise des Parlaments für die Jahre 2019, 2020 und 2021 nachgeholt.

Der Preis 2019 im Bereich Staatswissenschaften ging an Mike Mettlen für „Die Europawahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: Lösungsvorschläge zur Behebung des Demokratie- und Repräsentationsdefizits im kleinsten und einzigen Einmandatswahlkreis der Europäischen Union“.

Der Preis 2020 im Bereich Biografien ging an Marie-Claire Mommer und Christoph Brüll für „Im Reich der Spitzen Töne, Willy Mommer jun. (1921-1972) Musiker – Spion – Kulturmanager“.

Der Preis 2020 im Bereich Kunst und Kultur wurde verliehen an Norbert Meyers für „Ein Kind geboren zu Bethlehem – Streifzug durch die Krippenlandschaft in Ostbelgiens Kirchen und Kapellen“.

Den Preis 2021 im Bereich Bibliotheks- und Archivwesen erhielt die Autorengruppe Els Herrebout, Thomas Müller, Peter Quadflieg, René Rohrkamp für „Zwischen Belgien und Deutschland – Quellen aus dem Stadtarchiv Aachen und dem Staatsarchiv in Eupen zum Staatswechsel Eupen-Malmedys 1919-1925“.

Der Preis 2021 im Bereich Staatswissenschaften ging an Gilbert Küpper für « Le dialogue citoyen permanent et les élites régionales en Communauté germanophone ».

Den Preis 2021 im Bereich Heimatgeschichte erhielt Dr. Herbert Ruland für „Der Erste Weltkrieg und die Menschen im Vierländerland: Leben und Leiden der Bevölkerung vor, während und nach dem Krieg“.



Die Preisträger des diesjährigen Schülerpreises.



Die Preisträger 2019, 2020 und 2021.
Foto: David Hagemann

▶ PARLAMENT INTERNATIONAL, GRENZ-ÜBERSCHREITEND UND INTERREGIONAL

Die Gestaltung der Außenbeziehungen des Parlaments basiert auf einer am 19. November 2012 beschlossenen Grundsatzklärung, die am 2. Mai 2022 vom zuständigen Ausschuss aktualisiert wurde (siehe Parlamentsdokument 205 (2021-2022) Nr. 1) und in der Plenarsitzung vom 23. Mai fraktionsübergreifend diskutiert wurde.

Neben der Grundlage und dem Ziel der Außenbeziehungen des Parlaments wurden vor allen Dingen die verschiedenen Tätigkeitsfelder analysiert:

- 1. die gesetzgeberische Tätigkeit;**
- 2. die Subsidiaritätskontrolle;**
- 3. die Vertretung des Parlaments in Gremien;**
- 4. die Vernetzung des Parlaments;**
- 5. die Begleitung der Außenbeziehungen der Regierung.**

Den Außenbeziehungen wird eine grundlegende Bedeutung beigemessen. Sie sind vor allem unter der Prämisse des Mehrwerts auszuüben. Vielfältige Kontakte und Vernetzungen sollen die Position der Deutschsprachigen Gemeinschaft festigen, die Arbeit des Parlaments optimieren und neue Ideen entstehen lassen.

Zusammenarbeit und Austausch führen zu einer gegenseitigen Stärkung aller Partner. Auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft will seinen Beitrag dazu leisten.

GESETZGEBERISCHE TÄTIGKEIT

Die gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments im Bereich der Außenbeziehungen beinhaltet die Bearbeitung und Verabschiedung von Zustimmungsdekreten und Dekreten zur Umsetzung von EU-Recht.

Zur Sicherung der Qualität der Gesetzgebungsarbeit ist eine enge Kooperation mit der Regierung unerlässlich. Entwürfe von Zustimmungsdekreten sollten mit dem notwendigen zeitlichen Vorlauf eingereicht werden, damit den Ausschüssen die Gelegenheit gegeben werden kann, die betroffenen Abkommen auch inhaltlich zu besprechen – dies, insofern sie nicht aufgrund ihrer geringen inhaltlichen Bedeutung für die Deutschsprachige Gemeinschaft direkt im Plenum behandelt werden.

Die Liste der in der Sitzungsperiode 2021-2022 verabschiedeten Zustimmungs- und Billigungsdekrete findet man im Kapitel „Arbeit im Plenum“.

SUBSIDIARITÄTSKONTROLLE

Dem Subsidiaritätsprinzip zufolge darf die EU nur dann tätig werden, wenn die gesteckten Ziele einer Maßnahme auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und daher eine europäische Regelung wirksamer ist. Darüber hinaus dürfen die von der EU ergriffenen Maßnahmen nicht über das zur Erreichung des Ziels erforderliche Maß hinausgehen (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz). Durch die Einführung dieser beiden Prinzipien in die europäischen Verträge soll die Ausübung der Befugnisse so bürger-nah wie möglich erfolgen.

Aufgrund der Staatsstruktur haben die belgischen Parlamente am 29. März 2017 eine koordinierte Vorgehensweise in der Subsidiaritätskontrolle beschlossen⁵.

Im Bereich der Subsidiaritätskontrolle ist Kooperation notwendig, da es sich um ein recht komplexes Verfahren handelt. Ein Vergleich mit ähnlich strukturierten parlamentarischen Einrichtungen und die Kooperation mit Regierungseinrichtungen sind unerlässlich. Die Parlamentsverwaltung informiert sich über diverse Datenbanken (AdR Subsidiarity Monitoring Network oder IPEX). Dennoch müssen diese Anbindungen in Zukunft verstärkt werden.

VERTRETUNG DES PARLAMENTS IN GREMIEN

Innerbelgische Zusammenarbeit

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

Die Konferenz der Präsidenten der parlamentarischen Versammlungen setzt sich zusammen aus den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, des Senats, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Französischen Gemeinschaft, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Versammlung der Französischen Gemeinschaftskommission und der Versammlung der Flämischen Gemeinschaftskommission.

Die Konferenz trifft sich in regelmäßigen Abständen, um über Fragen der parlamentarischen Arbeit auszu-

⁵ Zusammenarbeitsabkommen vom 29. März 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörigen Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind.



tauschen und gegebenenfalls eine Zusammenarbeit der parlamentarischen Gremien zu vereinbaren. Themen sind die Statute der Parlamentarier, die Arbeitsweise in den Parlamenten, die Statute des Verwaltungspersonals, die Vor- und Nachbereitung von Wahlen, die Subsidiaritätskontrolle usw.

Im Oktober 2021 übernahm der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Vorsitz der Versammlung für die Dauer eines Jahres.

Am 21. April 2022 fand eine Versammlung im virtuellen Modus statt, wohingegen am 5. Juli 2022 erstmals wieder eine physische Zusammenkunft organisiert wurde, diesmal im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen.

Im Rahmen dieser Versammlungen berieten die Parlamentspräsidenten über diverse Fragen zum Statut der Abgeordneten und zur parlamentarischen Arbeitsweise. So wurden beispielsweise die Vereinheitlichung der Regeln zur Gültigkeitsprüfung der Wahlen und die Umsetzung der EU-Richtlinie in Bezug auf den Schutz von sogenannten „Whistleblowern“ besprochen. Darüber hinaus beschäftigten sich die Parlamentspräsidenten mit den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas und tauschten über die Vorbereitung der belgischen EU-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2024 aus. Zum Abschluss der Versammlung unterzeichneten die Präsidenten ein Zusammenarbeitsabkommen über die Zusammensetzung der belgischen Vertretung im BeNeLux-Parlament.

Interparlamentarischer Dialog zum Thema Klima

Die verschiedenen Parlamente des Königreichs haben 2017 einen interparlamentarischen Klimadialog ins Leben gerufen. Gemeinsam will man auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren und veröffentlichte zur Zeit der COP23, die in Bonn stattfand, eine erste gemeinsame Erklärung. Seither treffen sich die Mitglieder des Interparlamentarischen Klimadialogs in regelmäßigen Abständen, um über Entwicklungen auszutauschen und sich durch Fachleute beraten zu lassen. Für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz an den Sitzungen teil.

Im November 2021 fand im schottischen Glasgow die mittlerweile 26. Ausgabe der COP-Konferenz statt. COP steht für „Conference of the Parties“ (Konferenz der Vertragsparteien) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

Der Interparlamentarische Klimadialog befasste sich in mehreren Anhörungen mit den aktuellen Fragen. Daraus resultierte im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Resolutionsvorschlag zur COP26-Klimakonferenz – Dokument 159 (2020-2021), der am 20. September 2021 verabschiedet wurde. Der Text ist eine gemeinsame Positionierung aller mit Klimafragen befassten belgischen Parlamente und richtet sich an die Regionalregierungen, die föderale Regierung sowie an die belgischen Verhandlungsführer der COP26.



Die Konferenz der Parlamentspräsidenten am 5. Juli 2022

Im Herbst 2021 und Frühjahr 2022 folgten Nachbetrachtungen zur COP26 und neue Informationsveranstaltungen zum European Green Deal. Die Zusammenarbeit wird fortgeführt – die COP27 in Ägypten im November 2022 steht bevor.

Internationale Zusammenarbeit

Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente CALRE



Die Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente vereint 72 Präsidenten gesetzgebender Regionalversammlungen in Europa. Seit der Gründungserklärung von Oviedo im Jahr 1997 besteht die Aufgabe der CALRE darin, die Grundsätze von Demokratie und Mitbestimmung im Rahmen der Europäischen Union zu vertiefen, die Werte und Prinzipien der regionalen Demokratie zu verteidigen und die Verbindungen zwischen den regionalen gesetzgebenden Versammlungen zu stärken.

Die CALRE versammelt Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Die CALRE verfügt über eine Plenarversammlung, die in der Regel einmal im Jahr tagt, sowie einen Ständigen Ausschuss, der das Plenum vor- und nachbereitet. Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in verschiedenen Arbeitsgruppen diskutiert:

- Strategie für nachhaltige Entwicklung der europäischen Regionen, Vorsitz Castilla y León;
- Europäische Gesetzgebung und öffentliche Investitionen, Vorsitz Wallonisches Parlament;

- Bessere Regulierung und Politikauswertung, Vorsitz Friaul-Julisch Venetien;
- Sprachliche und kulturelle Vielfalt, Vorsitz Valencia;
- Migrationspolitik und Menschenrechte – nicht begleitete Minderjährige, Vorsitz Kanaren;
- Subsidiarität, Vorsitz Latium;
- Kohäsionspolitik, Vorsitz Venetien;
- Naturkatastrophen, Vorsitz Murcia;
- Gleichberechtigung und demografische Herausforderung, Vorsitz Extremadura;
- Gesundheitliche Ungleichheiten in den europäischen sozialen Gesundheitssystemen, Vorsitz Lombardei.

Schwerpunkt der Arbeit war auch in dieser Sitzungsperiode die Vertretung der Interessen der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor den Europäischen Institutionen und vor allen Dingen die Teilnahme der Regionen an der Konferenz zur Zukunft Europas.

Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz vertritt das Parlament in der CALRE. Er ist Mitglied in der Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ und in der Arbeitsgruppe „Europäische Gesetzgebung und öffentliche Investitionen“ aktiv.

Am 26. November 2021 fand nach der Coronapandemie erstmals wieder eine Plenarsitzung im Präsenzformat statt. Der damalige Vorsitzende, Gustavo Matos, nutzte die Gelegenheit, seine Amtskollegen auf die Kanarischen Inseln einzuladen und gleichzeitig den Stab des Vorsitzes weiterzugeben. Seit dem 1. Januar 2022 hat die Wallonie mit Parlamentspräsident Marcourt den Vorsitz der CALRE inne. Eine offizielle Amtsübergabe fand am 28. Januar 2022 am Rande einer Sitzung im Ausschuss der Regionen statt.

Seine Prioritäten definierte Präsident Marcourt wie folgt:

„Die Botschaften der CALRE sollten so weit wie möglich die Form von Entschlüssen annehmen, die in der Plenarsitzung angenommen werden und sich auf die großen europäischen Themen konzentrieren. Die Maßnahmen der europäischen Institutionen könnten daher in den verschiedenen Arbeitsgruppen entsprechend ihrer Prioritäten diskutiert werden, um einen Beitrag der CALRE im Rahmen der aktiven Subsidiarität vorzubereiten.“

In Anbetracht der künftigen Herausforderungen, denen sich die Europäische Union gegenüber sieht, werden die Arbeitsgruppen insbesondere Initiativen in den folgenden Bereichen aufgreifen:

- soziales Europa,
- Europa der ökologischen und digitalen Übergänge,
- Europa der Freiheiten.

Die nächste Plenarversammlung der CALRE findet am 18. November 2022 in Namur statt.

Interregionaler Parlamentarierrat der Großregion IPR



Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region Grand Est, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Das Ziel ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen in der Regel jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Kommissionen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden. 2020-2021 fanden die Sitzungen im Format der Videokonferenz statt, erst Ende 2021 trafen sich die Mitglieder wieder in Präsenz, diesmal im französischen Metz. Seit Herbst 2021 hat die französische Region Grand Est den Vorsitz des IPR inne. Augenblickliche Vorsitzende ist Brigitte Torloting.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird im IPR von Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz und der Abgeordneten Liesa Scholzen vertreten. Der Parlamentspräsident ist Mitglied im Ständigen Ausschuss, der die Plenarsitzungen begleitet und über Verwaltungsfragen entscheidet.

Stellvertretende Mitglieder sind Gregor Freches (ab April 2022 anstelle von Alexander Miesen, Beschluss vom 25. April 2022) und Patricia Creutz-Vilvoye.

Die Arbeit der IPR-Plenarversammlung wird in den Kommissionen vorbereitet, die in regelmäßigen Abständen tagen:

- Kommission 1: Wirtschaftliche Fragen
- Kommission 2: Soziale Fragen
- Kommission 3: Verkehr und Kommunikation
- Kommission 4: Umwelt und Landwirtschaft
- Kommission 5: Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur
- Kommission 6: Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste
- COVID-19 ad-hoc Kommission

In seiner 66. Plenarsitzung vom 8. Oktober 2021 verabschiedete der IPR zwei Empfehlungen:

- Empfehlung des IPR über die Telearbeit in der Großregion
- Empfehlung des IPR über die duale Ausbildung

In der 67. Plenarsitzung vom 10. Juni 2022 verabschiedete der IPR folgende Empfehlungen:

- Empfehlung bezüglich des Grenzgängerstatus
- Empfehlung betreffend den grenzüberschreitenden Alltagsradverkehr
- Empfehlung betreffend die Universität der Großregion
- Empfehlung bezüglich Hochwasserschutz

BeNeLux-Parlament



Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Es ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann es Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- die Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten,
- die kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten,
- die Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik,
- die Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten,
- (mit der Zustimmung der Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamem Interesse.

Das Benelux-Parlament tagt regelmäßig. Etwa alle drei Monate findet eine Plenarsitzung statt, fast wöchentlich arbeiten die Ausschüsse an festgelegten Themen und Fragen.

Viele der Errungenschaften der Benelux-Zusammenarbeit sind auf Initiative des Benelux-Parlaments oder in Zusammenarbeit mit dem Parlament entstanden.

Seit Ende 2020 steht das Benelux-Parlament unter dem Vorsitz von Patricia Creutz-Vilvoye. Die erste Vizepräsidentin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die seit 2011 im Benelux aktiv ist, leitet das Gremien für die Dauer von zwei Jahren. Den Arbeiten des Benelux-Parlaments wird daher an dieser Stelle mehr Aufmerksamkeit gewidmet.



Patricia Creutz-Vilvoye bei der Plenarsitzung des Benelux-Parlaments im März 2022.
Foto: Marcel Vanhulst

Konferenz Desinformation und Fake News – 15. Oktober 2021

Am 15. Oktober 2021 organisierte das Benelux-Parlament im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen eine Konferenz zum Thema Desinformation und Fake News.

Während der Konferenz konnten die Mitglieder durch die Beiträge verschiedener Experten ein besseres Verständnis des Problems erlangen. Vertreter der Plattformen Youtube und Facebook wurden ebenso angehört wie Vertreter des Europarates oder der NATO.

In Bezug auf die Rolle der Behörden erklärte Olivier Paasch, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dass es von entscheidender Bedeutung sei, Desinformation und Fake News auf vernünftige Weise zu bekämpfen. Das Vertrauen in unsere Institutionen müsse wiederhergestellt werden, und dies könne nur durch einen Dialog erreicht werden.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Medienerziehung und der Entwicklung eines kritischen Geistes erneut betont.

Benelux Youth Forum 2021 – 21. und 22. Oktober 2021

Beim Benelux Youth Forum 2021 trafen sich mehr als 50 Jugendliche aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg in Brüssel, um politische Empfehlungen zum Thema Klima zu formulieren. Mit diesen Empfehlungen wollen die Jugendlichen zu den Empfehlungen beitragen, die das Benelux-Parlament im Dezember verabschiedet wird.

Auf der Plenarsitzung verabschiedeten die Jugendlichen drei Resolutionen zu den Themen „Energemarkt und Wasserstoff“, „Nachhaltige Mobilität“ und „Gerechter Übergang“. Sie forderten u. a., dass öffentliche Verkehrsmittel billiger werden, die Nutzung grüner Energien gefördert wird und die Rolle von Wasserstoff in unserem Energiemix erforscht wird.

Dezember-Plenarsitzung im Zeichen des Wirtschaftsaufschwungs

Das Benelux-Parlament hielt am 10. und 11. Dezember 2021 eine Plenarsitzung in Brüssel ab. Im Fokus stand eine thematische Debatte über die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise. Dabei wies Mathias Cormann, Generalsekretär der OECD, in einer Videobotschaft darauf hin, dass die Widerstandsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen eine wichtige Herausforderung im Bereich der wirtschaftlichen Erholung sein werde. Herausforderungen seien die notwendige Digitalisierung und der Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Gesellschaft.

Darüber hinaus verabschiedete das Plenum zwei Empfehlungen:

- Die Empfehlung zu illegalen Drogen und organisierter Kriminalität zielt auf die Bekämpfung des stark verflochtenen Drogenhandels in den Benelux-Staaten ab.
- In der Empfehlung zur grenzüberschreitenden Mobilität von Studierenden in den Benelux-Staaten werden die Regierungen aufgefordert, den Austausch von in- und ausländischen Studierenden zu fördern.

Plenartagung am 25. und 26. März 2022 – Schwerpunkt Digitalisierung

Im Rahmen der Plenartagung unterzeichneten das Benelux-Parlament, die Baltische Versammlung und der Nordische Rat eine gemeinsame Erklärung zur Digitalisierung. Seit Jahren wird die Partnerschaft des Benelux-Parlaments und der Staaten aus Europas Norden gestärkt. Die drei Versammlungen betrachten die Digitalisierung als ein vorrangiges Thema.

Auch die Situation in der Ukraine stand auf der Tagesordnung, ebenso eine Debatte über die Wasserstofftechnologie.

Plenartagung Juni 2022 zur nachhaltigen Mobilität

Am 17. und 18. Juni 2022 fand im Parlament der Wallonie in Namur eine weitere Plenarsitzung statt, im Laufe derer u. a. EU-Kommissar Frans Timmermans das Wort ergriff, um die Mitglieder über den Stand der Dinge auf europäischer Ebene zu informieren.

Euregio Maas-Rhein



Die Euregio Maas-Rhein wurde im Jahr 1976 als Arbeitsgemeinschaft gegründet und ist einer der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsverbände. Im Jahr 1991 wurde diese Arbeitsgemeinschaft in die Rechtsform einer Stichting nach niederländischem Recht umgewandelt. Hauptaufgabe der Euregio Maas-Rhein ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Sie ist dabei eine zentrale Ansprechpartnerin, Vermittlerin und Informationsträgerin und als solche bei den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft und bei den lokalen und regionalen Behörden und Partnerschaften gut bekannt. Hürden abbauen, innovative Lösungen entwickeln, Vernetzen und Vermitteln gehören damit zu den Hauptaufgaben. Anhand konkreter Ergebnisse und jahrelanger Expertise vermarktet sie sich erfolgreich sowohl intern als auch auf internationaler Ebene. Die Euregio Maas-Rhein setzt sich aktiv für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen, Kommunen und Städte im Grenzgebiet ein. Sie unterstützt die Zielgruppen dabei, die Chancen auf beiden Seiten der Grenze optimal zu nutzen und trägt dazu bei, den Wohlstand und das Wohlergehen sowie das wechselseitige Verständnis der Menschen im Grenzgebiet unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede zu fördern.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist seit 1992 eine Partnerregion der Euregio Maas-Rhein. Zu diesem grenzüberschreitenden Zweckverband gehören außerdem die belgischen Provinzen Lüttich und Limburg, die niederländische Provinz Limburg sowie der Zweckverband – Region Aachen.

Seit dem 4. April 2019 fungiert die Euregio Maas-Rhein als EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Dank der neuen Rechtsform hat der grenzüberschreitende Charakter ihrer Arbeit noch einmal einen wichtigeren Stellenwert erhalten. Der EVTZ ist ein Europa in Miniaturform mit all seinen Vor-, aber auch Nachteilen. Dank seiner Nähe zu den lokalen Akteuren bleibt der EVTZ jedoch immer an die Realität des Terrains gebunden und führt so seine Hauptaufgabe seit 1976 weiterhin fort: den Alltag aller Bürger der EMR in jeglichen Lebenslagen durch die Koordination von Projekten und Initiativen grenzüberschreitend zu erleichtern.

Der EVTZ hat seinen Sitz in der Gospertstraße 42 in Eupen. Die Arbeitssprachen des EVTZ sind Deutsch, Französisch und Niederländisch.

Die Organe des EVTZ sind:

- a) die Versammlung, gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern seiner Mitglieder sowie beratenden Vertreterinnen und Vertretern,
- b) der Vorstand,
- c) eine Präsidentin/ein Präsident und zwei Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten aus dem Vorstand.

Die Versammlung besteht aus 35 stimmberechtigten und 10 beratenden Vertreterinnen und Vertretern der Mitglieder des EVTZ, die von den jeweiligen Mitglieds-körperschaften bestimmt werden sowie der Geschäftsführerin/dem Geschäftsführer des Verwaltungsbüros. Die Deutschsprachige Gemeinschaft entsendet 7 stimmberechtigte Mitglieder und 2 beratende Mitglieder in die Versammlung. Die 2 beratenden Vertreterinnen und Vertreter setzen sich aus 2 Vertreterinnen/Vertretern der Sozial- und Wirtschaftsakteure zusammen.

Der Versammlung sind folgende Kompetenzen vorbehalten:

- a) Annahme der Geschäftsordnung,
- b) Genehmigung des Beitritts neuer Mitglieder,
- c) Genehmigung des Haushalts und der Haushaltsrechnung,
- d) Festlegung und Fälligkeit der Jahresbeiträge der Mitglieder,
- e) Aufnahme von Darlehen,
- f) Änderung der Finanzierungsbedingungen des EVTZ,
- g) Beschreitung des Rechtswegs,
- h) Erwerb, Tausch und Veräußerung von Immobilien sowie Abschluss und Auflösung von Mietverträgen,
- i) Annahme oder Ablehnung von Spenden und Legaten,
- j) Änderung der Übereinkunft und der Satzung,
- k) Auflösung des EVTZ.

(Quelle: Satzung des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit „Euregio Maas-Rhein“)

Liesa Scholzen, Gregor Freches (seit April 2022 anstelle von Alexander Miesen, Beschluss vom 25. April 2022), Sandra Houben-Meessen und Charles Servaty vertreten das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im EVTZ.



Als EVTZ initiiert und unterstützt die Euregio Maas-Rhein Projekte aus dem Interreg - EMR Förderfonds. Die EU-Gelder werden für verschiedene Projekte genutzt, die die Euregio zusammenwachsen lässt. Das Ziel dieser Projekte ist meist, Wege zu eröffnen, die später strukturell weitergeführt werden.

Die EMR unterstützt kleine bürgernahe Projekte ebenso wie grenzüberschreitende Projekte größeren Ausmaßes, die durch den europäischen Fonds INTERREG gefördert werden.

In ihrer Sitzung vom 17. November 2021 befasste sich die Versammlung auch mit der Flutkatastrophe von Juli 2021, die fast die gesamte Region betraf, und mit der COVID-19-Pandemie, die die Situation von Grenzgängern unmittelbar beeinflusst hat. Die Versammlung verabschiedete ebenfalls die Arbeitspläne der EMR für die Jahre 2021 und 2022.

Bedeutend ist auch der Blick in die Zukunft und die Verabschiedung einer Strategie bis 2030. Die EVTZ-Versammlung verabschiedete diese im breiten Konsens und im Zuge eines schriftlichen Umlaufverfahrens im Dezember 2021.

Die wichtigsten Ideen zu den einzelnen Themen der EMR lauten wie folgt:

- **Wirtschaft und Innovation:** die Verwirklichung einer euregionalen Netzwerkwirtschaft und die Schaffung einer euregionalen Innovationsregion.

- **Arbeitsmarkt:** Entwicklung eines 360°-Arbeitsmarktes, Entwicklung der euregionalen Konzepte GIP und SGA sowie eines nachhaltigen „One-Stop-Shops“ mit physischen und virtuellen Dienstleistungen.

- **Unterricht und Ausbildung:** Verwirklichung eines integrativen grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes, u. a. durch die Einrichtung eines euregionalen Koordinierungszentrums für Nachbarsprachen und interkulturelle Kompetenzen, die Bereitstellung von (digitalen) Lernmaterialien, die Förderung von Schüleraustausch und -besuchen, den Austausch innerhalb von Praktika usw. Ein Euregionale Executive MBA, ein Cross Border MBA, etc. sind ebenfalls möglich.

- **Tourismus:** Stärkung des Tourismussektors in den Partnerregionen durch die Schaffung von Synergien, Einbeziehung der Bürger in die strategische Vision eines nachhaltigen Tourismus, Verbesserung der Qualität des

Angebots auf beiden Seiten der Grenzen und gegebenenfalls Abbau von Hindernissen für den touristischen Grenzübergang jeglicher Art, Förderung der Kenntnis und Förderung der Vorzüge der einzelnen Regionen, Ergänzung der bestehenden Konzepte durch neue Ebenen und Integration neuer Medien.

- **Kultur:** Durch die Schaffung eines „One-Stop-Shop“ sollen die Kreativen in der Euregio unterstützt und Arbeiten von Initiativen/Netzwerken des Kultursektors (z. B. Creative Hub Euregio) unterstützt und nachhaltig ausgebaut werden. Durch die Schaffung einer euregionalen Kulturdatenbank und des Museumspasses soll der eigenen Bevölkerung, dem auswärtigen Besucher, aber auch der Wirtschaft die kulturelle Vielfalt der Euregio erschlossen werden.

- **Landschaft und Klima:** Vertiefung von Konzepten auf mehreren Hauptachsen wie Landschaftsglück, fließendes Wasser, grüne Korridore, Land als Ressource, Öko-Innovation. Aus aktuellem Anlass wird der Schwerpunkt auf dem Thema Wasser liegen.

- **Mobilität:** Verwirklichung eines harmonisierten grenzüberschreitenden E-Tickets durch Verbesserung der Informationen für grenzüberschreitende Fahrgäste, Entwicklung eines euregionalen Tarifangebots, Erweiterung des Serviceangebots (z. B. Multimodalität) und Ausbau der Infrastruktur.

- **Sicherheit:** Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der bestehenden Verwaltungen, der Verbrechensbekämpfung (einschließlich des Sicherheitshauses, administrativer Aspekte und der Bildung gemeinsamer Teams) und der Rettungsdienste. Zu diesem letzten Punkt gehören die Ausweitung und Anpassung internationaler Verträge, die Operationalisierung des „Fleet-mapping“ (digitales Instrument zur Lokalisierung von Personal vor Ort für eine schnellere Disposition), die Integration der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Aus- und Fortbildung von Rettungsdiensten und die Durchführung gemeinsamer Übungen.

- **Gesundheit:** Koordinierung und Zusammenarbeit im Bereich der Prävention, gemeinsame Datenerhebung, erhöhte Mobilität von Patienten (und Fachkräften), Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern usw.

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR)



Europäischer Ausschuss der Regionen

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist, wie auf seiner Website beschrieben, „die Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union (EU)“. Er vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten Europäischen Union und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab, die Auswirkungen auf die Regionen und Städte haben (70 % aller EU-Rechtsvorschriften).

Der AdR ist eine politische Versammlung und besteht aus 329 Mitgliedern und 329 Stellvertretern aus allen EU-Staaten (gegliedert nach Parteien, mit einem Präsidenten an der Spitze), die auf kommunaler oder regionaler Ebene gewählt wurden, etwa als Bürgermeister oder als Präsident einer Region. Die Mitglieder kommen sechs Mal jährlich nach Brüssel, um Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Rechtsvorschriften zu debattieren und Entscheidungen über weitere Maßnahmen zu verabschieden, die die EU ergreifen soll.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist im AdR durch Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz vertreten. Der ehemalige AdR-Vorsitzende ist Mitglied der Ausschüsse CIVEX (Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regierung, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen) und SEDEC (Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur).

Die politischen Prioritäten des AdR wurden für die europäische Legislaturperiode 2020-2025 unter den Titel „Europas Bürgernähe stärken“ zusammengefasst. Der AdR definiert darin drei prioritäre Anliegen:

Priorität Nr. 1

Die EU bürgernäher gestalten: Demokratie und die Zukunft der EU

„Wir müssen neu darüber nachdenken, wie Demokratie heute funktioniert und wie sie in Zukunft modernisiert werden muss, damit die Europäische Union den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht werden kann.“

Unsere oberste Priorität besteht in einem Europa mit mehr Bürgernähe und gestärkter Demokratie auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen. Wir haben das Ziel, die Arbeitsweise der EU zu verbessern und dafür zu sorgen, dass ihre Politik und ihre Programme den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger entsprechen.“

Priorität Nr. 2

Den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel bewältigen – resiliente regionale und lokale Gemeinschaften schaffen

„Den tiefgreifenden Veränderungen, denen sich unsere Regionen, Städte und Gemeinden heute stellen müssen, durch einen kohärenten, integrierten und lokalen europäischen Ansatz begegnen

Globale Pandemien, der Klimawandel, die Digitalisierung und der demografische Wandel sowie die Migrationsbewegungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf jede Region, jede Stadt und jedes Dorf in Europa. Indem wir uns an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientieren, werden wir Lösungen finden, durch die die EU die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bewältigung künftiger Notsituationen und des gesellschaftlichen Wandels in ausreichendem Maße unterstützt.“

Priorität Nr. 3

Zusammenhalt als unser Grundwert – ortsbezogene Maßnahmen der EU

Die EU in den Dienst ihrer Bürger und deren Wohnorte stellen

„Zusammenhalt ist keine Frage des Geldes, er ist ein grundlegender Wert für die EU.“

Unsere dritte Priorität wird es sein, dafür zu sorgen, dass der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt bei allen Maßnahmen der EU mit Auswirkungen auf die Menschen und ihre Wohnorte (ortsbezogene Maßnahmen) gefördert und gewahrt wird. Sie wird den Mehrwert von Kohäsion nicht nur als Politik, sondern als grundlegenden Wert aufzeigen, an dem sich alle Maßnahmen der EU orientieren müssen.“

(Quelle: AdR)

Neben Plenar- und Ausschusssitzungen organisiert der AdR zahlreiche Veranstaltungen, die das Netzwerk der Regionen und Städte stärken.



Konferenz zur Zukunft Europas

Im Fokus der Arbeiten des AdR stand 2021-2022 insbesondere die Konferenz zur Zukunft Europas.

So organisierte auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, im Rahmen eines Aufrufs des AdR und der Bertelsmann-Stiftung, am 20. November 2021 einen Bürgerdialog zum Thema „Europa konkret – Leben in der Grenzregion“. Unterstützt wurde der Dialog durch das Europe Direct Informationszentrum Ostbelgien. Die Teilnehmer tauschten über die Herausforderungen an den europäischen Binnengrenzen aus und formulierten Empfehlungen. In einer Veranstaltung am darauffolgenden Tag stellten sie diese dem Parlamentspräsidenten und dem Ministerpräsidenten vor. Es entstand ein reger Meinungs austausch, an dem auch der Geschäftsführer der Euregio Maas-Rhein beteiligt war, der bereits am Vortag als Experte für Grenzfragen Rede und Antwort gestanden hatte.

Die Forderungen an Europa wurden in fünf Punkten zusammengefasst:

1. Einführung einer europaweiten Sozialversicherung.
Die Entwicklung und Förderung einer Sozialunion soll ebenso prioritär sein, wie eine starke Wirtschaftsunion. Die europäische Integration soll folglich stetig fortgesetzt werden, allerdings mit einem größeren Fokus auf ein Europa der Regionen. Voraussetzung dafür ist die Stärkung gemeinsamer Werte.
2. EU-Entscheidungen müssen transparenter gestaltet werden. Dazu gehört auch die Überarbeitung des EU-Vetorechts. Ein Land kann heute gute Entscheidungen blockieren und das soll nicht sein.
3. Schaffung einer gemeinsamen, starken EU-Innenpolitik in verschiedensten Bereichen:
 - Sozialbereich, Gesundheit, Rente
 - Steuer
 - Preise
 - Bildung + Diplomanerkenntnisse mit gleichem Referenzrahmen
 - Kultur(markt) – grenzenloser kultureller Binnenmarkt
 - Abschaffung von Geoblocking
4. Fertigstellung des European Cross Border Mechanism (ECBM)
5. Die Missing Links sollen mit in die Eisenbahninfrastruktur aufgenommen werden, damit der grenzüberschreitende (Bahn-)Verkehr vereinfacht werden kann.

Die Teilnehmer waren sich einig: „Wir brauchen mehr Europa und vor allem ein sozialeres Europa, mit weniger bzw. keinen Grenzen.“

d. Einblick in die Veranstaltung vom 21. November 2022

Der Bericht über das Endergebnis der Konferenz wurde den Präsidenten der drei EU-Organen am 9. Mai 2022 vorgelegt. Er enthält insgesamt 49 Vorschläge in 9 Bereichen:

1. Klimawandel und Umwelt
2. Gesundheit
3. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze
4. Die EU in der Welt
5. Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit
6. Digitaler Wandel
7. Europäische Demokratie
8. Migration
9. Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Europäischer Rat, Kommission und EU-Parlament haben zugesagt, die Vorschläge weiter zu verfolgen und in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates



Der Kongress der Gemeinden und Regionen wurde aus der Überzeugung geboren, dass die Gemeinden und später die Regionen in den Anfängen des europäischen Aufbaus eine Stimme bekommen sollten. Ursprünglich ein einfacher Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 1953, dann eine „Europäische Konferenz der Gebietskörperschaften“, wurde er 1994 zum „Kongress der Gemeinden und Regionen“. Der Kongress besteht aus zwei Kammern: die Kammer der Gemeinden und die Kammer der Regionen. Er hat 324 Vollmitglieder und 324 Stellvertreter, die alle für vier Jahre gewählt sind. Mehr als 150.000 Gemeinden und Regionen sind in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates vertreten.

Die Stärkung der Gemeindedemokratie und die Tatsache, dass die Mitgliedstaaten deren zunehmende Rolle anerkannten, führte 1985 zur Annahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Hauptaufgabe des Kongresses ist die regelmäßige Überwachung der Umsetzung der Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den Mitgliedstaaten.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist Teil der belgischen Delegation und wird zurzeit durch den Parlamentspräsidenten vertreten. Karl-Heinz Lambertz leitet dabei auch die Fraktion der Sozialdemokraten, Grünen und progressiven Demokraten (SOC.V.DP).

Neben vielen anderen Themen hat der Kongress sich auch mit der Bürgerbeteiligung befasst. So ist das Online-Kompendium BePART ein neues Projekt, das gemeinsam vom Kongress, der Konferenz der NGOs und der Abteilung für Wahlen und partizipative Demokratie entwickelt wurde. Es wurde Anfang 2022 gestartet und bietet Behörden und NGOs die Möglichkeit, bewährte Verfahren zur erfolgreichen Umsetzung des Kodex auszutauschen.

Der Kongress des Europarates ist davon überzeugt, dass die lokalen und regionalen Behörden dafür verantwortlich sind, die Bürgerbeteiligung zu fördern, indem sie dafür sorgen, dass alle Bürger eine aktive Rolle im Entscheidungsprozess spielen können. Es ist auch von entscheidender Bedeutung, dass die lokalen und regionalen Behörden einen konstruktiven Dialog mit den NGOs führen und sicherstellen, dass deren Anliegen systematisch berücksichtigt werden.

Der Kongress verabschiedete mehrere Entschlüsse und Berichte zur Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft. Er spielte auch eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der Revidierten Europäischen Charta über die Beteiligung junger Menschen am Leben auf lokaler und regionaler Ebene.

Neu ist die von Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz vorgestellte Entschließung 480 (2022) mit dem Titel „Jenseits von Wahlen: Der Einsatz deliberativer Methoden in europäischen Kommunen und Regionen“. In den Erläuterungen zu der Entschließung kommt neben Beispielen aus Schottland oder Mostar auch der Bürgerdialog der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Sprache.

Deutsch-österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Seit Juni 2017 nimmt der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der deutsch-österreichischen Konferenz als Beobachter teil. Die Teilnahme bietet die Gelegenheit, mit den Amtskollegen über parlamentarische Themen zu diskutieren, über Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu verabschieden.

Im Januar 2022 fand die Europakonferenz der deutschsprachigen Regionalparlamente statt. Vorsitzländer für Deutschland und Österreich sind in diesem Jahr Bremen und Niederösterreich. Im Mittelpunkt der online-Tagung standen neben der Diskussion über die COVID-Pandemie und ihre Herausforderungen insbesondere in Grenzregionen vor allem die Beratung der gemeinsamen Europa-Erklärung mit Schwerpunkt auf die aktuell laufende Konferenz zur Zukunft Europas.

In ihrer gemeinsamen Europa-Erklärung heben die Präsidenten u. a. die Bedeutung der Konferenz zur Zukunft Europas hinsichtlich der stärkeren Mitwirkung und direkten Beteiligung der Bürger und der Regionalparlamente am „Projekt Europa“ hervor. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass aus dem Konferenzprozess konkrete Ergebnisse hervorgingen.

Konferenz der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Staaten

An dieser Konferenz nehmen üblicherweise der Präsident des Deutschen Bundestags, der Präsident des Österreichischen Nationalrats, der Präsident des Schweizerischen Nationalrats, der Präsident der Luxemburger Abgeordnetenkammer, der Präsident des Liechtensteiner Landtags und, als Vertreter des Königreichs Belgiens, der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft teil.

Die jüngste Zusammenkunft wurde Ende August 2022 in Vaduz organisiert.

Der Austausch hatte die Rolle der Parlamente in der Coronapandemie sowie die Möglichkeiten der Bürgerpartizipation in demokratischen Gesellschaften im Fokus.





v.l.n.r.

Karl-Heinz Lambertz, Belgien
Wolfgang Sobotka, Österreich
Albert Frick, Liechtenstein
Bärbel Bas, Deutschland
Irène Kälin, Schweiz
Fernand Etgen, Luxemburg



Besuch im Brüsseler frankophonen Parlament

VERNETZUNG DES PARLAMENTS

Der Aufbau von Netzwerken und die Schaffung von Synergien sind im Bereich der aus-wärtigen Beziehungen von großer Bedeutung.

Das Parlament pflegt durch die Teilnahme an bestehenden Strukturen (siehe Vertretung in Gremien) und durch direkte Kontakte gute Beziehungen zu anderen Parlamenten, zu Einrichtungen, aber auch zu Personen. Diese gilt es aufrechtzuerhalten und auszubauen. Der Blick über den Tellerrand ist dabei nicht nur auf die direkten Nachbarn zu richten, sondern auch auf entferntere Regionen in Europa mit ähnlichen Herausforderungen.

Neben den Kontakten auf politischer und administrativer Ebene werden weiterhin gemeinsame Sitzungen und Studienreisen angestrebt. Der Ausbau direkter persönlicher Kontakte und ein aktiver Meinungs austausch optimieren die interne Entscheidungsfindung, stärken die Außendarstellung und die Position des Parlaments und der Deutschsprachigen Gemeinschaft an sich innerbelgisch und über die Landesgrenzen hinaus.

- 15. Juni 2022 – Besuch des Rates der Flämischen Gemeinschaftskommission in Eupen: Austausch zum Thema Bürgerbeteiligung
- 29. Juni 2022 – Besuch im Brüsseler frankophonen Parlament: Austausch zu aktuellen Fragen, darunter ebenfalls Bürgerbeteiligung

BEGLEITUNG DER AUSSEN-BEZIEHUNGEN DER REGIERUNG

Die Zusammenarbeit des Parlaments und der Regierung im Bereich Außenbeziehungen legt den Fokus auf mögliche Synergien. Der Austausch wird ausgerichtet auf die Einbindung des Parlaments in institutionelle und thematische Bereiche. Die Regierung informiert das Parlament über anstehende Kooperationsabsichten und berichtet nach Abschluss eines Abkommens über dessen Inhalt. Auch das Parlament informiert unter denselben Prämissen die Regierung über seine auswärtigen Kontakte.

Am 18. November 2021 hinterlegte die Regierung zwei Berichte über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen für den Zeitraum Juli 2019 bis Juni 2020 sowie Juli 2020 bis Dezember 2021 - Dokumente 26 Nr. 3 und Nr. 4 (2021-2022).

In Zukunft sollen noch regelmäßiger und anlassbezogenen Informations- und Meinungs austausche erfolgen. Zur Ergänzung übermittelt die Regierung dem Parlament die Tagesordnungen und Beschlussfassungen des föderalen Konzertierungsausschusses. Auch die zuständigen Verwaltungen werden enger zusammenarbeiten bzw. sich gegenseitig informieren.

▶ PERMANENTER BÜRGERDIALOG in Ostbelgien

SACHSTAND

Nachdem das Parlament im Februar 2019 das Dekret zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet hatte, war die Institutionalisierung von permanenter Bürgerbeteiligung in Ostbelgien in die Wege geleitet worden.

Der erste Bürgerrat war im September 2019 eingesetzt worden und konnte somit die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ in den Monaten März 2020 bis September 2020 organisieren. Seitdem sind bereits mehrere Bürgerversammlungen organisiert worden und haben bereits mehrere Mitgliederwechsel im Bürgerrat stattgefunden.

Berichte zu allen Sitzungen von Bürgerrat und Bürgerversammlung findet man auf der Internetseite www.buergerdialog.be.

Alle Bürgerversammlungen wurden auch von Mitarbeitern der UC Louvain ausgewertet. Dazu haben entsprechende Mitarbeiter als stille Beobachter an den Sitzungen teilgenommen und Fragebögen von den teilnehmenden Bürgern ausfüllen lassen. Entsprechende Auswertungsberichte wurden dem Parlament und dem Bürgerrat in dieser Sitzungsperiode vorgestellt. Zusätzlich hat in der Sitzungsperiode 2021-2022 eine Gesamtauswertung in Form einer vom Parlament organisierten Veranstaltung stattgefunden.

Die erste Bürgerversammlung zum Thema „Pflege“

Nachdem die teilnehmenden Bürger den Politikern Empfehlungen zum Thema überreicht und sich mit ihnen am 16. Dezember 2020 zur möglichen Umsetzung ausgetauscht hatten, startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“. Während dieser Phase war es Aufgabe des Bürgerrats (zweiter Bürgerrat), die Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik im Auge zu behalten.

In diesem Rahmen fand im September 2021 eine sogenannte „Zwischensitzung“ statt, wobei Vertreter des zweiten Bürgerrats sich mit Vertretern von Parlament und Regierung über den Stand der Dinge in der Umsetzung der Bürgerempfehlungen zum Thema Pflege austauschten.



Bürgerdialog
in Ostbelgien

Am 30. März 2022 fand schließlich die Abschlussveranstaltung zum Thema „Pflege“ statt: In einer dritten öffentlichen Ausschusssitzung diskutierten die Teilnehmer an der Bürgerversammlung mit den Vertretern von Regierung und Parlament die tatsächliche Umsetzung ihrer Bürgerempfehlungen. Ergebnis ist der Abschlussbericht, siehe **Parlamentsdokument 101 (2021-2022) Nr.3**.

Die zweite Bürgerversammlung zum Thema „Inklusive Bildung“

Nachdem die teilnehmenden Bürger ihre fertigen Empfehlungen in einer ersten öffentlichen Sitzung am 24. Juni 2021 vorgestellt hatten, fand in dieser Sitzungsperiode die zweite öffentliche Ausschusssitzung statt. In diesem Rahmen gaben die zuständigen Parlamentsausschüsse am 14. Oktober 2021 eine erste Stellungnahme zur möglichen Umsetzung der Bürgerempfehlungen ab. Diese Stellungnahme ist nachzulesen im **Parlamentsdokument 155 (2021-2022) Nr.2**.

Daraufhin startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“. Während dieser Phase ist es Aufgabe des Bürgerrats (dritter Bürgerrat), die Umsetzung der Empfehlungen durch die Politik im Auge zu behalten. Daher fand am 19. Mai 2021 eine sogenannte „Zwischensitzung“ statt, bei der Vertreter des dritten Bürgerrats sich mit Vertretern von Parlament und Regierung über den Stand der Dinge in der Umsetzung der Bürgerempfehlungen zum Thema „Inklusive Bildung“ austauschten.

Eine entsprechende Abschlussitzung (dritte öffentliche Ausschusssitzung) steht Ende 2022/Anfang 2023 an.

Die dritte Bürgerversammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“

Die ersten Treffen der teilnehmenden Bürger an der Bürgerversammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“ fanden am 30. Oktober 2021 und am 13. November 2021 statt. Dann wurde der Prozess leider wieder von der Coronakrise unterbrochen. Diesmal entschied man sich aber (im Vergleich zu den vorherigen Bürgerversammlungen) gegen eine Sitzungspause und für einen Umstieg auf Videokonferenzen. So fanden zwei weitere Sitzungen am 4. Dezember 2021 und am 18. Dezember 2021 online statt. Im Februar 2022 erlaubten die Umstände wieder Präsenzveranstaltungen, sodass die Teilnehmer ihre Empfehlungen am 5. Februar 2022 und am 19. Februar 2022 in persönlichem Kontakt fertigstellen und abstimmen konnten.

Parallel dazu fand eine Zusammenarbeit mit der – von der Regierung beauftragten – „**Arbeitsgruppe Wohnungswesen und Energie**“ in Form eines regelmäßigen Austauschs zu den auf beiden Seiten entstehenden Empfehlungen statt.

Am 19. Februar 2022 überreichten die Bürger den Politikern ihre Empfehlungen und stellten sie in einer ersten öffentlichen Ausschusssitzung am 18. März 2022 inhaltlich vor. Die Bürgerempfehlungen sind nachzulesen im **Parlamentsdokument 186 (2021-2022) Nr.1**.

Am 1. Juli 2022 fand die zweite öffentliche Ausschusssitzung statt, auf der der zuständige Fachausschuss eine erste Stellungnahme zur möglichen Umsetzung der Bürgerempfehlungen abgab. Diese ist nachzulesen im **Parlamentsdokument 186 (2021-2022) Nr.2**.

Damit startete das sogenannte „Umsetzungsjahr“, in dem der vierte Bürgerrat die Aufgabe hat, die Umsetzung der Bürgerempfehlungen durch die Politik im Auge zu behalten.

Im Frühjahr 2023 wird voraussichtlich Rückblick gehalten (dritte öffentliche Ausschusssitzung).



Abschlussveranstaltung zum Thema „Pflege“ am 30. März 2022

Die vierte Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“

In dieser Sitzungsperiode organisierte der zuständige dritte Bürgerrat die Vorbereitungen (Themenwahl, Losverfahren, Auswahl des Moderators, Beschlüsse zu Terminen, Sitzungsorten usw.) zur vierten Bürgerversammlung.

Das Losverfahren zur Ermittlung der Teilnehmer erstreckte sich über die Monate Mai 2022 bis Juli 2022. Die Treffen der Mitglieder sollen im September 2022 starten.

Der Bürgerrat

Der Bürgerrat ist im Gegensatz zur Bürgerversammlung das permanente Gremium des Bürgerdialogs. Die Mitglieder versammeln sich etwa einmal im Monat und treffen organisatorische Entscheidungen. So legen sie beispielsweise das Diskussionsthema einer jeden Bürgerversammlung fest. Aber auch die Nachverfolgung der Umsetzung durch die Politik liegt in ihrer Verantwortung.

Der Bürgerrat setzt sich aus 24 Bürgern zusammen, die vorher bereits an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben und somit schon wissen, wie der Bürgerdialog abläuft. Ein Mandat beträgt rund 18 Monate; alle 6 Monate (bzw. nach Abschluss einer Bürgerversammlung) wird ein Drittel der Mitglieder ausgetauscht. Ehemalige Mitglieder der abgeschlossenen Bürgerversammlungen rücken dann in den Bürgerrat nach.

Im September 2021 beendete der zweite Bürgerrat sein Mandat mit einer sogenannten „Zwischensitzung“, die dazu diente, bei der Politik nach dem Stand der Dinge in der Umsetzung der Bürgerempfehlungen der ersten Bürgerversammlung zum Thema „Pfleger“ zu fragen.

Im Oktober 2021 wurde der dritte Bürgerrat eingesetzt. Dieser organisierte die vierte Bürgerversammlung zum Thema „Digitales Wohnen“ und übernahm die Nachverfolgung der Empfehlungen der zweiten Bürgerversammlung zum Thema „Inklusive Bildung“.

Des Weiteren legte der dritte Bürgerrat den Schwerpunkt seiner Arbeit darauf, die Öffentlichkeitsarbeit rund um den Bürgerdialog zu verbessern. In diesem Rahmen startete die Ständige Sekretärin neben der bereits bestehenden Facebook-Seite auch einen Instagram-Kanal. Zudem gab der Bürgerrat die Betreuung der sozialen Medien bei einer externen Firma in Auftrag.

Diese Betreuung soll in der Sitzungsperiode 2022-2023 beginnen.

Zusätzlich wurde der Bürgerrat damit beauftragt, mittels eines öffentlichen Aufrufs Vertreter der Zivilgesellschaft als Mitglieder für den neu eingesetzten „Beirat für Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ zu bestimmen. In seiner Sitzung vom 23. April 2022 legte der Bürgerrat die entsprechenden Mitglieder fest.

Außerdem organisierte der dritte Bürgerrat im Mai 2022 einen öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die Bürgerversammlung(en), die im Kalenderjahr 2023 stattfinden soll(en).

Im Mai 2022 startete der Bürgerrat zudem das Losverfahren zur Ermittlung der Teilnehmer an der vierten Bürgerversammlung zum Thema „Digitale Fähigkeiten“.

Zuletzt leistete der dritte Bürgerrat einen inhaltlichen Beitrag zur Gesamtauswertung des Bürgerdialogs, die vom Parlament organisiert wurde und am 24. Juni 2022 stattgefunden hat.

Am 11. Juni 2022 wurde der vierte Bürgerrat eingesetzt. Er soll im September 2022 seine Arbeit aufnehmen.

Einsetzung des neuen Bürgerrats am 11.06.2022



Themenfindung für die dritte und vierte Bürgerversammlung

Laut Dekret startet der Bürgerrat jährlich einen öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die Bürgerversammlungen, die im nachfolgenden Kalenderjahr stattfinden. Demnach kann jeder Bürger mit Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Themen vorschlagen. Damit diese Vorschläge aber stellvertretend für einen Großteil der Bevölkerung sind und sich nicht nur auf Einzelinteressen beziehen, müssen sie von mindestens 100 Bürgern unterstützt werden. Darüber hinaus können die Fraktionen des Parlaments, die Regierung und die Mitglieder des Bürgerrates selbst Vorschläge unterbreiten. Diese verzichteten allerdings bisher immer auf ihr Recht.

Das Thema für die dritte Bürgerversammlung war in der vergangenen Sitzungsperiode beschlossen worden: Der letzte öffentliche Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen war vom zweiten Bürgerrat im Mai 2021 organisiert worden. Aus dieser Ideensammlung wählte der zweite Bürgerrat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2021 das Thema „Bezahlbares Wohnen“ für die dritte Bürgerversammlung (genaue Fragestellung: „Wohnraum für alle! Wie kann die Politik zukunftsfähigen und bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen?“).

Um nun das Thema für die vierte Bürgerversammlung festzulegen, konnte der zuständige dritte Bürgerrat nicht wie gewohnt aus einer Reihe von Themen wählen, die die Bürger vorgeschlagen hatten, da es diesmal keinen entsprechenden öffentlichen Aufruf gegeben hatte (der ursprüngliche Zeitplan hatte sich, bedingt durch die Coronakrise, inzwischen verschoben).

Der dritte Bürgerrat entschied deshalb, in seiner Sitzung vom 12. Februar 2022 eine interne Ideensammlung abzuhalten. In weiteren Sitzungen folgte eine „engere Auswahl“ und in seiner Sitzung vom 23. April 2022 entschied der dritte Bürgerrat sich für das Thema „Digitale Fähigkeiten“ (genaue Fragestellung: „Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“).

Im Mai 2022 organisierte der dritte Bürgerrat einen öffentlichen Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für die Bürgerversammlung(en), die im Kalenderjahr 2023 stattfinden soll(en). Somit konnte der ursprüngliche Zeitplan für die Themenwahl insgesamt wieder angewendet werden.

Veranstaltung zur Gesamtauswertung des Bürgerdialogs

Am 24. Juni 2022 fand eine Gesamtauswertung des Bürgerdialogs statt. Diese Veranstaltung wurde vom Parlament selbst organisiert. Teilnehmer waren Vertreter des Parlaments und der Parlamentsverwaltung, aktuelle und ehemalige Mitglieder des Bürgerrats und wissenschaftliche Berater. Für die neue Sitzungsperiode (2022-2023) ist die Veröffentlichung eines entsprechenden schriftlichen Berichts geplant.

DIE SITZUNGEN DES BÜRGERDIALOGS IM ÜBERBLICK

September 2021 – August 2022

Anmerkung: Treffen von Untergruppen werden hier nicht aufgelistet.

Bürgerrat

15.09.2021 + 16.09.2021: Zwischensitzung BV1 Pflege (BR2)

02.10.2021: Einsetzung BR3

06.11.2021: BR3-Sitzung zu „Beschlüssen zu BV4“

15.01.2022: BR3-Sitzung zu „Beschlüssen zu BV4-Teil2“

12.02.2022: BR3-Sitzung zu „Brainstorming zu Thema BV4“

23.04.2022: BR3-Sitzung zu „Vorbereitung der Zwischensitzung BV2“

April 2022: BR3: öffentlicher Aufruf zur Bewerbung auf Mitgliedschaft im „Beirat für Mediendienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ als Vertreter der Zivilgesellschaft

Mai 2022: BR3: öffentlicher Aufruf zur Einreichung von Themenvorschlägen für 2023

Mai 2022: BR3: Start des Losverfahrens zur Ermittlung der Teilnehmer an BV4

14.05.2022: BR3-Sitzung zu „Vorbereitung der Auswertung vom 24.06.“

11.06.2022: Einsetzung BR4

+ Schwerpunkt „Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit rund um den Bürgerdialog“

BV1 Pflege

30.03.2022: Dritte öffentliche Ausschusssitzung zu BV1 Pflege

BV2 Inklusive Bildung

14.10.2021: Zweite öffentliche Ausschusssitzung zu BV2 Inklusive Bildung

19.05.2022: Zwischensitzung BV2 Inklusive Bildung

BV3 Bezahlbares Wohnen

30.10.2021: Erste Sitzung

13.11.2021: Zweite Sitzung

04.12.2021: Dritte Sitzung

18.12.2021: Vierte Sitzung

05.02.2022: Fünfte Sitzung

19.02.2022: Sechste Sitzung + Überreichung der Empfehlungen

18.03.2022: Erste öffentliche Ausschusssitzung

01.07.2022: Zweite öffentliche Ausschusssitzung

Auswertungs-Event vom 24.06.2022

BV4 Digitale Fähigkeiten

Das Losverfahren lief von Mai 2022 bis Juli 2022 (im Auftrag von BR3).

Start der Sitzungen im September 2022

► AUSWIRKUNG DER COVID-19-PANDEMIE AUF DIE PARLAMENTARISCHE ARBEIT

Angepasste Arbeitsweise

Nach wie vor arbeitete das Parlament in angepasster Weise und unter Berücksichtigung der noch immer gebotenen Sicherheitsmaßnahmen. Bis zum Ende der Sitzungsperiode 2021-2022 wurde auf die Möglichkeit zurückgegriffen, sich zu Sitzungen online hinzuschalten.

Die Heimarbeit wurde erst im April 2022 nicht mehr verpflichtend auferlegt und viele Mitarbeiter kehrten, zumindest zeitweise, in ihr Büro zurück. Auch Veranstaltungen und der Empfang von Besuchergruppen wurden erst im Frühjahr 2022 wieder vollumfänglich organisiert.

Information des Parlaments

Die Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden, der 1. Vizepräsidentin und der Regierung zum Austausch über die COVID-19-Pandemie wurden auch in der Sitzungsperiode 2021-2022 fortgeführt. In diesem Rahmen tagte die Gruppe noch 15-mal. Mit der 67. Sitzung endeten die Sondersitzungen vorerst.

Berichtet wurde über die Entscheidungen des föderalen Konzertierungsausschusses, an dem auch der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilnimmt, über Entscheidungen aus interministeriellen Konferenzen und über die Entwicklung der Test- und Impfstategie.

Aus zeittechnischen Gründen behandelte das Gremium wiederum einen Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 27. September 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF (Passenger Locator Form) und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Arbeitnehmern und Selbstständigen mit Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland, die in Belgien tätig sind sowie die Anpassung des Krisendekrets. (Dekret vom 29. Oktober 2021 – Dokument 175 (2021-2022))

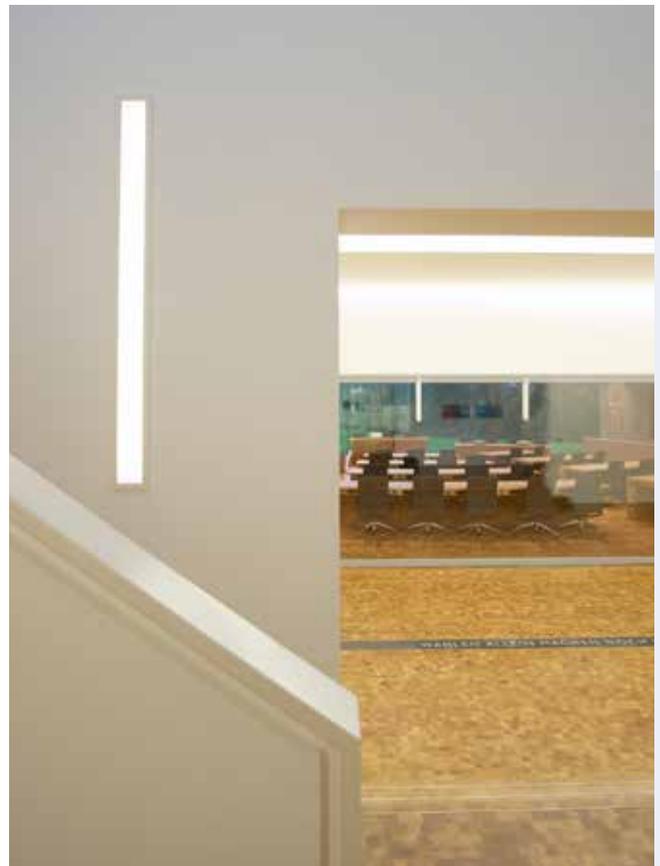
Auch wurden wiederum Maßnahmen besprochen, die in ein Krisendekret 2022 mündeten. (Dekret vom 28. März 2022 – Dokument 192 (2021-2022)). In dem 22. Artikel

umfassenden Dekretvorschlag ging es größtenteils um die Verlängerung von Unterstützungsmaßnahmen, die durch die anhaltende Gesundheitskrise notwendig geworden sind und die bereits in den Krisendekreten 2020 und 2021 festgehalten wurden.

Fazit

Mit einer angepassten Arbeitsweise, mit der Zuschaltung von Abgeordneten über Videokonferenz und der Möglichkeit der Einhaltung von Hygieneregeln ist es dem Parlament in der Coronapandemie gelungen, seine Aufgaben korrekt durchzuführen.

Neue Arbeitsweisen, wie die Heimarbeit, sind langfristig verankert worden. Videokonferenzen werden auch in Zukunft eine Rolle spielen. Dennoch wird festgestellt, dass viele Gremien, parlamentarische und außerparlamentarische, zu einem vor der Krise gekannten Arbeitsmodus zurückkehren.



► 50 JAHRE PARLAMENT – 50 JAHRE AUTONOMIE



Am 23. Oktober 2023 jährt sich zum 50. Mal die konstituierende Sitzung der ersten parlamentarischen Einrichtung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Seit einem halben Jahrhundert verfügen die deutschsprachigen Belgier damit über eine Volksvertretung mit Handlungsspielräumen, die im Laufe der Zeit gewachsen sind. Zehn Jahre später, am 30. Januar 1984, wurde auch die erste Regierung eingesetzt. Und am 10. März 1974 wurde der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft zum ersten Mal direkt gewählt.

Vereint unter dem Stichwort „50 Jahre Autonomie“ nehmen sowohl Legislative als auch Exekutive ihre eigenen Jahrestage als Anlass, verschiedene Veranstaltungen zu organisieren.

Das 50-jährige Jubiläum wird genutzt, um auf die Entwicklung der Autonomie zurückzublicken und um über Chancen und Herausforderungen zu diskutieren. Selbstverständlich wird der „runde Geburtstag“ auch angemessen gefeiert.

DIE PROJEKTE

Publikationen und Dokumentation der parlamentarischen Arbeit

Parlamentarische Ereignisgeschichte

Unter dem Titel „Parlamentarische Ereignisgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (1973-2023)“ wird eine Dokumentation erstellt, die einen internen, parlamentsspezifischen Einblick in Entwicklungen und Veränderungen seit Gründung der Institution 1973 (mit Berücksichtigung der Vorjahre) bietet.

Sie wird Aufschluss geben über die Organisation und Funktionsweise des Parlaments, Erreichtes rückblickend aufzeigen („Vorgangsdokumentation“) und so den Stellenwert der Legislative im Autonomieprozess der Deutschsprachigen Gemeinschaft hervorheben.

Publikation „Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens“

Namhafte Autoren aus Verwaltung und Forschung arbeiten zurzeit an dem zweiten Folgebund des Buches „Die Deutschsprachige Gemeinschaft“, das 2005 im Verlag la Chartre erschienen ist. Die wissenschaftlichen Abhandlungen beleuchten wiederum die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter verschiedenen Aspekten.

Hauswurfsendung/Parlamentszeitung

Schriftstücke wie Zeitungen und Zeitschriften spielen im Alltag der ostbelgischen Bevölkerung weiterhin eine wichtige Rolle. Um das Jubiläum der Bevölkerung näher zu bringen und auf die eine oder andere Veranstaltung aufmerksam zu machen, ist eine Hauswurfsendung ähnlich einer Parlamentszeitung geplant.

Ausstellungen

Wahl:Los

In Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Eupen zeigt das Parlament die Ausstellung „Wahl:Los“. Wahlen sind der Ursprung demokratischer Parlamente. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, damals noch Rat der deutschen Kulturgemeinschaft, wurde zum ersten Mal am 10. März 1974 direkt gewählt (siehe Kapitel „Besucher, Gäste und Veranstaltungen“).

50 Jahre Autonomie in Karikaturen

Noch in der Projektphase befindet sich eine Karikaturenausstellung. Für diese Ausstellung werden Karikaturen der letzten 50 Jahre gesammelt, die die politische Entwicklung und Höhepunkte der parlamentarischen Arbeit widerspiegeln.

Zusammenarbeit mit ostbelgischen Medien

Das Parlament freut sich, dass sich das Jubiläum auch in den ostbelgischen Medien widerspiegeln wird. So werden Initiativen von Sonderbeiträgen im GrenzEcho angedacht und auch der Belgische Rundfunk ist für einen Beitrag offen.



Demokratieverständnis und -entwicklung – 50 Jahre RdK-PDG – Auswertung der Autonomie

Auswertung der Autonomie

„Demokratieverständnis und -entwicklung – 50 Jahre RdK-PDG“ lautet das Thema, mit dem sich das Parlament in den nächsten Monaten verstärkt auseinandersetzt.

Geplant ist ein Dialogprozess mit den gesellschaftlichen Akteuren in Ostbelgien.

Der Dialog erfolgt auf 4 Ebenen:

- Regionalpolitik (inklusive Beratung durch Wissenschaft und Forschung)
- Kommunale Ebene (alle Gemeinderatsmitglieder und ÖSHZ-Ratsmitglieder)
- Organisierte Zivilgesellschaft: RDJ, WSR, RfE
- Bevölkerung insgesamt (via Runde, Bürgerdialog usw.)

Basis bildet eine Bestandsaufnahme und Darstellung der wichtigsten Verwirklichungen in den Zuständigkeitsbereichen.

Dabei werden drei grundsätzliche Fragen gestellt:

1. Ist die Darstellung vollständig?
2. Wie sind die Ergebnisse einzuordnen und zu bewerten (positiv/negativ)? – Austausch
3. Wie ist die Autonomie weiterzuentwickeln? – Ausblick in Zukunft

Der Prozess der Auswertung ist in vollem Gange.

Auswertung Bürgerdialog

Zur Auswertung der Autonomie gehört auch die Auswertung des Bürgerdialogs, der als Vorzeigeprojekt in europäischen Foren die Runde macht. Am 24. Juni 2022 fand daher auf Einladung des Parlaments eine Veranstaltung statt, zu der alle bisher beteiligten Bürgerinnen und Bürger, Experten und Politiker eingeladen waren. Die Tagung gab Aufschluss über die Prozeduren und mögliche Verbesserungen bei Themenauswahl, Bezug zum Parlament und Öffentlichkeitsarbeit.

Kolloquium

Als Abschluss und Höhepunkt der Befassung mit dem Thema Demokratieverständnis ist geplant, um den 10. März 2024 (50. Jahrestag der ersten Direktwahlen) eine Tagung zu organisieren. Teile der Tagung wären der zeitgeschichtliche Umgang mit der Autonomieentwicklung sowie prospektive Analysen.

Veranstaltungen

Tag der offenen Tür

Nach erfolgreichen Öffnungen des Hauses 2013, 2014 und 2018 eignet sich das Jahr 2023 für eine Neuauflage. Das Parlament lädt alle Ostbelgier ein, die Einrichtung zu besuchen, Neues zu erfahren und mitzufeiern.

Veranstaltungen

Die Jahre 2021 bis 2023 werden dazu genutzt, verschiedene Veranstaltungen in den Kontext des Jubiläums zu setzen. Geplant sind Vorträge und Konzerte.

Jugendparlament

Um Jugendliche für die Politik zu interessieren und zu sensibilisieren, aber auch zu erfahren, was die Jugendlichen bewegt bzw. was sie bewegen möchten, organisiert das Parlament gemeinsam mit dem Jugendbüro und dem Institut für Demokratiepädagogik im März 2023 ein Jugendparlament. Die Jugendlichen werden die Arbeitsweise eines Parlaments kennenlernen und eigene Ideen einbringen. Genau wie Abgeordnete erarbeiten sie in Ausschüssen Texte und stellen diese mit ihrer Forderungen in einer Plenarsitzung vor.

Festsitzung am 23. Oktober 2023

Am 23. Oktober 2023 steht das Parlament im Fokus, denn dann jährt sich die Einsetzung des RDK zum 50. Mal. Geplant ist eine Festveranstaltung.

Gründung eines Abgeordnetenclubs

Um die aktiven und ehemaligen Abgeordneten und Regierungsmitglieder in das politische Geschehen einzubinden und einen Austausch zu fördern, wird ein Netzwerk der ehemaligen und jetzigen Abgeordneten und Regierungsmitglieder, kurz Abgeordnetenclub, gegründet. Diese Gruppe tritt in der Regel einmal im Jahr zu einem lockeren Austausch im Parlament zusammen und behandelt aktuelle Themen. Am 12. Juni fand die Auftaktveranstaltung statt.



Ortschaf(f)t-Ostbelgien

50 Jahre – 50 Begegnungen

Zum Jubiläum sucht das Parlament bewusst den direkten Kontakt zur ostbelgischen Bevölkerung und wird in die Ortschaften gehen. Auch bei diesen Gesprächen liegt der Fokus auf dem Mehrwert der Autonomie. Bürger und Bürgerinnen haben das Wort, die Politik hört zu. In den besuchten Ortschaften gibt es spezifische Herausforderungen und die gilt es zu identifizieren. Es sind die Orte, die Ostbelgien schaffen – daher das Wortspiel „Ortschaf(f)t Ostbelgien“.

15 moderierte Austausche stehen im Laufe der nächsten Monate auf dem Programm. Am 12. Mai startete die Runde mit einem Abend im Select in Kelmis. Am 2. Juni war das PDG in Crombach zu Gast. Der Terminkalender wird im Herbst 2022 aktualisiert.

Darüber hinaus werden weitere 35 Gespräche mit verschiedenen Gruppierungen angestrebt.



Auftaktsitzung des Abgeordnetenclubs



Ortschaf(f)t Ostbelgien in Kelmis im Mai 2022

▶ ANLAGE I – REGIERUNGSKONTROLLE

Abkürzungen:

BIF Bulletin Interpellationen und Fragen
AF Aktuelle Frage
DF Dringende Frage

Redaktioneller Hinweis: zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Publikation lagen nicht alle Fassungen des BIF vor. Der korrekte Wortlaut der Fragen ab 981 kann sich aus diesem Grund noch verändern.

MÜNDLICHE FRAGEN 2021-2022

Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
774	20.09.2021	G. Freches	PFF	EU-Solidartätsfonds und die Mittel für die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	P	23 AF
775	20.09.2021	F. Mockel	Ecolo	Unterstützung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bei der Instandsetzung der durch die Hochwasserkatastrophe betroffenen Wohnungen	A. Antoniadis	P	23 AF
776	20.09.2021	J. Huppertz	CSP	Aktuelle Entwicklung der ostbelgischen Krankenhauslandschaft	A. Antoniadis	P	23 AF
777	20.09.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Alternativer Standort für das Kompetenzzentrum und das Time-Out für unter 12-Jährige	L. Klinkenberg	P	23 AF
778	27.09.2021	F. Mockel	Ecolo	Beratungsangebot für die Opfer der Naturkatastrophe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	P	23 AF
779	05.10.2021	C. Kraft	CSP	Ausbau des Glasfasernetzes in Ostbelgien	I. Weykmans	All	23
780	05.10.2021	P. Spies	SP	Museumsdepot	I. Weykmans	All	23
781	05.10.2021	P. Spies	SP	Europäische Woche des Sports 2021	I. Weykmans	All	23
782	05.10.2021	G. Freches	PFF	Auswertung der Coronaprämien für den Tourismussektor	I. Weykmans	All	23
783	05.10.2021	F. Mockel	Ecolo	Geschlechterunterschiede bei der AktiF- und AktiF-PLUS-Förderung	I. Weykmans	All	23
784	05.10.2021	D. Stiel	Vivant	Einführung des COVID Safe Tickets bei Kunst- und Kulturveranstaltungen	I. Weykmans	All	23
785	05.10.2021	D. Stiel	Vivant	Schwimmen für Vereine, Senioren und Familien	I. Weykmans	All	23
786	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	Schließung der Entbindungsstation des Eupener St.-Nikolaus-Hospitals	A. Antoniadis	AIV	23
787	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Kostenerstattung für psychologische Beratung	A. Antoniadis	AIV	23
788	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Wachsender Bedarf an Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Pflege	A. Antoniadis	AIV	23
789	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Anstieg der Anzahl Demenzkranker	A. Antoniadis	AIV	23
790	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Umsetzung der Resolution des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsprodukten	A. Antoniadis	AIV	23
791	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Ostbelgien-Regelung)	A. Antoniadis	AIV	23
792	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Sozial motivierte Einweisungen in die Geriatrie	A. Antoniadis	AIV	23
793	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Psychiatrieplätze in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	23
794	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Schwarze Liste für sogenannte Problemmieter	A. Antoniadis	AIV	23

795	06.10.2021	I. Voss-Werding	Ecolo	Fortführung der Impfstrategie der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	23	
796	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	Impfung von Kindern gegen COVID-19	A. Antoniadis	AIV	23	
797	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	COVID-Booster-Impfung	A. Antoniadis	AIV	23	
798	06.10.2021	J. Grommes	ProDG	Besuchsmöglichkeiten bei Sterbenden und älteren Menschen in der Coronazeit	A. Antoniadis	AIV	23	
799	06.10.2021	C. Kever	SP	Aktuelle Energiepreiserhöhungen	A. Antoniadis	AIV	23	
800	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	Antikörpertests	A. Antoniadis	AIV	23	
801	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	Reiserückkehrformular in Papierform	A. Antoniadis	AIV	23	
802	06.10.2021	D. Stiel	Vivant	COVID Safe Ticket	A. Antoniadis	AIV	23	
803	06.10.2021	E. Jadin	PFF	Verfügbarkeit von Wohnungen für Opfer der Flutkatastrophe	A. Antoniadis	AIV	23	
804	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Einsetzung eines beratenden Gremiums im Behindertenbereich	A. Antoniadis	AIV	23	
805	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Intergenerationelle Gärten	A. Antoniadis	AIV	23	
806	06.10.2021	J. Huppertz	CSP	Menschenrechte in Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	23	
807	07.10.2021	C. Kraft	CSP	Prämie für Auszubildende in einem Baugewerbe	L. Klinkenberg	AIII	23	
808	07.10.2021	C. Kraft	CSP	Umsetzung der Resolution des Parlaments über die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten	L. Klinkenberg	AIII	23	
809	07.10.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Projekt KomAn	L. Klinkenberg	AIII	23	
810	07.10.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Einführung von IT-Beauftragten in den Sekundarschulen	L. Klinkenberg	AIII	23	
811	07.10.2021	A. Mertes	Vivant	Personalmangel im Bereich der außerschulischen Betreuung	L. Klinkenberg	AIII	23	
812	07.10.2021	J. Grommes	ProDG	Weiterbildung im Bereich der Förderung von Schülern mit besonderer Begabung	L. Klinkenberg	AIII	23	
813	07.10.2021	C. Servaty	SP	Analyse der Auswirkungen der Beibehaltung des Schuljahresrhythmus in Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIII	23	
814	07.10.2021	C. Servaty	SP	Digitalisierung in den Erwachsenenbildungseinrichtungen	L. Klinkenberg	AIII	23	
815	07.10.2021	A. Mertes	Vivant	Impfkampagne an den ostbelgischen Schulen	L. Klinkenberg	AIII	23	
816	18.10.2021	C. Kever	SP	Von der Interkommunale verhängter Aufnahmestopp in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren Bütgenbach und St. Vith	A. Antoniadis	P	23	AF
817	18.10.2021	G. Freches	PFF	Tourismussaison 2021 in Ostbelgien	I. Weykmans	P	23	AF
818	04.11.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Fortzahlung der steuerfreien Einkommensausfallentschädigung im Bereich der Kleinkindbetreuung über den 31. Dezember 2021 hinaus	L. Klinkenberg	AIII	24	
819	04.11.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Verschärfte Coronamaßnahmen im Bildungswesen	L. Klinkenberg	AIII	24	
820	04.11.2021	S. Pauels	CSP	Erneute Einführung einer Maskenpflicht in den Schulen	L. Klinkenberg	AIII	24	
821	04.11.2021	C. Servaty	SP	Vorbereitung der Schüler auf die Zeit nach der Schulpflicht	L. Klinkenberg	AIII	24	
822	04.11.2021	C. Servaty	SP	Lüftungssysteme in den Schulen	L. Klinkenberg	AIII	24	
823	04.11.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Bereitstellung von Schnelltests durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	24	

824	04.11.2021	J. Grommes	ProDG	Personalmangel im Unterrichtswesen	L. Klinkenberg	AIII	24	
825	08.11.2021	G. Freches	PFF	Veröffentlichung der Tagesordnungen und Beschlusssentwürfe im Vorfeld der Gemeinderatssitzungen	O. Paasch	AI	24	
826	08.11.2021	F. Mockel	Ecolo	Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region nach der Flutkatastrophe im Wesertal	O. Paasch	AI	24	
827	08.11.2021	F. Mockel	Ecolo	Nachhaltige Sanierung im öffentlich geförder-tem Wohnungsbau	O. Paasch	AI	24	
828	08.11.2021	C. Servaty	SP	Neues Energieprämiensystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AI	24	
829	09.11.2021	G. Freches	PFF	Ethik-Delegierte in Sportvereinen	I. Weykmans	AII	24	
830	09.11.2021	G. Freches	PFF	Vertretung von Frauen in Sportverbänden	I. Weykmans	AII	24	
831	09.11.2021	P. Schmitz	ProDG	Wachsende Ansprüche an neue Mitarbeiter	I. Weykmans	AII	24	
832	09.11.2021	F. Mockel	Ecolo	Krisenkommunikation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	I. Weykmans	AII	24	
833	09.11.2021	G. Freches	PFF	Bewertung der Wiederaufnahme der Sportaktivitäten durch den Leitverband des Ostbelgischen Sports	I. Weykmans	AII	24	
834	09.11.2021	D. Stiel	Vivant	Projekt "Mit Hund in der Schule"	I. Weykmans	AII	24	
835	10.11.2021	C. Servaty	SP	Längerfristige Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus, insbesondere im Hinblick auf die kulturellen und kirchlichen Feierlichkeiten im November und Dezember	A. Antoniadis	AIV	24	
836	10.11.2021	J. Grommes	ProDG	Äußerungen der Verwaltungsratsvorsitzenden des Konferenz-, Kultur- und Messezentrums Triangel zum COVID Safe Ticket	A. Antoniadis	AIV	24	
837	10.11.2021	C. Kever	SP	Geplantes Pilotprojekt zum Begleiteten und Betreuten Wohnen in Kelmis	A. Antoniadis	AIV	24	
838	10.11.2021	J. Grommes	ProDG	Beauftragung großer Beratungsunternehmen während der COVID-Pandemie	A. Antoniadis	AIV	24	
839	10.11.2021	J. Huppertz	CSP	Umsetzung der Resolution des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Auflagen und Kontrollen im Bereich der Einkommensgarantie für Betagte (GRAPA)	A. Antoniadis	AIV	24	
840	10.11.2021	J. Huppertz	CSP	Wartelisten der hiesigen Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	24	
841	10.11.2021	J. Huppertz	CSP	Testkapazität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Kostenerstattung von Coronatests bei Kindern	A. Antoniadis	AIV	24	
842	22.11.2021	G. Freches	PFF	Anpassung der Öffnungszeiten der beiden Impfzentren vor dem Hintergrund der Booster-Impfung	A. Antoniadis	p	24	AF
843	22.11.2021	C. Servaty	SP	Zusammenarbeit zwischen der Stadt Eupen, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe vom Juli 2021	O. Paasch	P	24	AF
844	22.11.2021	J. Huppertz	CSP	Impfpflicht für das Pflegepersonal	A. Antoniadis	P	24	AF
845	29.11.2021	D. Stiel	Vivant	Hate Speech und Fake News	O. Paasch	AI	25	
846	29.11.2021	J. Hilligsmann	ProDG	Kontrolle der aktuell geltenden Coronamaßnahmen	O. Paasch	AI	25	
847	29.11.2021	F. Mockel	Ecolo	Energiepolitik und Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu den Klimazielen der Wallonischen Region bzw. Belgiens	A. Antoniadis	AI	25	
848	29.11.2021	G. Freches	PFF	Bonität der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Absicherung gegen einen Zinsanstieg	O. Paasch	AI	25	

849	29.11.2021	F. Cremer	ProDG	Geplantes neues Polizeigebäude in Eupen	O. Paasch	AI	25	
850	29.11.2021	C. Servaty	SP	Projekt "Nationalpark Hohes Venn"	O. Paasch	AI	25	
851	30.11.2021	G. Freches	PFF	Tourismusagentur Ostbelgien und grenzüberschreitende Projekte	I. Weykmans	All	25	
852	30.11.2021	D. Stiel	Vivant	Burg Raeren	I. Weykmans	All	25	
853	30.11.2021	D. Stiel	Vivant	Sinkende Besucherzahlen im Horeca-Sektor infolge der Einführung des COVID Safe Tickets	I. Weykmans	All	25	
854	30.11.2021	G. Freches	PFF	Mögliche Auswirkungen der 5G-Auktion für die Deutschsprachige Gemeinschaft	I. Weykmans	All	25	
855	30.11.2021	C. Kraft	CSP	Testkapazitäten und die Auswirkungen der Tests auf ostbelgische Unternehmen	I. Weykmans	All	25	
856	30.11.2021	P. Spies	SP	Beratung von Arbeitslosen	I. Weykmans	All	25	
857	01.12.2021	C. Kraft	CSP	Kostenlose Menstruationsprodukte als Frauenrecht	A. Antoniadis	AIV	25	
858	01.12.2021	C. Kraft	CSP	Videospielsucht	A. Antoniadis	AIV	25	
859	01.12.2021	C. Kever	SP	COVID-19-Selbstschnelltests	A. Antoniadis	AIV	25	
860	01.12.2021	J. Grommes	ProDG	Künftige Arbeit der Impfzentren	A. Antoniadis	AIV	25	
861	01.12.2021	E. Jadin	PFF	Blutreserven und Blutspenden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	25	
862	01.12.2021	E. Jadin	PFF	Suche des Roten Kreuzes nach Freiwilligen zur Unterstützung der Flutopfer	A. Antoniadis	AIV	25	
863	01.12.2021	D. Stiel	Vivant	Gültigkeit des Impfnachweises	A. Antoniadis	AIV	25	
864	01.12.2021	D. Stiel	Vivant	Zulassung der Corona-Impfung für Kinder ab fünf Jahre durch die Europäische Arzneimittel-Agentur	A. Antoniadis	AIV	25	
865	01.12.2021	D. Stiel	Vivant	Tracing-Zentrale und Corona-Hotline der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	25	
866	01.12.2021	I. Voss-Werding	Ecolo	Konzept zur psychischen Gesundheitsversorgung	A. Antoniadis	AIV	25	
867	01.12.2021	J. Huppertz	CSP	Anpassung der Corona-Teststrategie durch die Interministerielle Konferenz Gesundheit	A. Antoniadis	AIV	25	
868	02.12.2021	C. Kraft	CSP	Gefahren des Konsums von Energydrinks für Jugendliche und Kinder	L. Klinkenberg	AllI	25	
869	02.12.2021	C. Servaty	SP	Herausforderungen bei der Organisation des Schwimmunterrichts für die Schülerinnen und Schüler aus dem Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AllI	25	
870	02.12.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Kompetenzzentrum des Zentrums für Förderpädagogik	L. Klinkenberg	AllI	25	
871	02.12.2021	C. Servaty	SP	Coronamaßnahmen in den Schulen	L. Klinkenberg	AllI	25	
872	02.12.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Projekt SKEL des Zentrums für Förderpädagogik	L. Klinkenberg	AllI	25	
873	02.12.2021	C. Kraft	CSP	Kostenlose Nachhilfe in den Schulen	L. Klinkenberg	AllI	25	
874	13.12.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Dauer der Maskenpflicht in den ostbelgischen Schulen	L. Klinkenberg	P	25	AF
875	10.01.2022	G. Freches	PFF	Raumordnerische Planung in Bezug auf Solarparks	A. Antoniadis	AI	26	
876	10.01.2022	F. Mockel	Ecolo	Hochwasserschutz im Rahmen der Zuständigkeit für die Raumordnung	A. Antoniadis	AI	26	
877	10.01.2022	F. Mockel	Ecolo	Geplantes Zusammenarbeitsabkommen mit der Wallonischen Region in Bezug auf den Wiederaufbau des Wesertals	O. Paasch	AI	26	

878	10.01.2022	C. Servaty	SP	Erreichbarkeit des Personals des Ministeriums und der übrigen öffentlichen Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	26
879	11.01.2022	R. Nelles	CSP	Gemeinnützige Arbeiten für Arbeitslose, die länger als zwei Jahre auf Jobsuche sind	I. Weykmans	AII	26
880	11.01.2022	F. Mockel	Ecolo	Langzeitarbeitslosigkeit und gemeinnützige Arbeit	I. Weykmans	AII	26
881	11.01.2022	G. Freches	PFF	Aktuelle Situation des hiesigen Kultursektors	I. Weykmans	AII	26
882	11.01.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Animatorenausbildungen der Jugendorganisationen	I. Weykmans	AII	26
883	11.01.2022	P. Spies	SP	Lenkung der Touristenströme	I. Weykmans	AII	26
884	12.01.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Neue Berufsprofile vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	26
885	12.01.2022	C. Kever	SP	Pandemiebedingte Zuschussgarantien für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	26
886	12.01.2022	A. Velz	ProDG	Impfkampagne für Kinder ab 5 Jahren	A. Antoniadis	AIV	26
887	12.01.2022	J. Huppertz	CSP	Erfahrungen mit der ersten Corona-Impfung für Kinder	A. Antoniadis	AIV	26
888	12.01.2022	D. Stiel	Vivant	Corona-Impfung für Kinder unter 12 Jahren	A. Antoniadis	AIV	26
889	12.01.2022	A. Velz	ProDG	Problematik der gefälschten COVID Safe Tickets	A. Antoniadis	AIV	26
890	12.01.2022	D. Stiel	Vivant	Impfquote in der Alterklasse der über 80-Jährigen	A. Antoniadis	AIV	26
891	13.01.2022	S. Pauels	CSP	Ausbildung der schulinternen Fachteamleiter	L. Klinkenberg	AIII	26
892	13.01.2022	G. Freches	PFF	Sensibilisierung für die Vorbeugung von Berufskrankheiten in der mittelständischen Ausbildung	L. Klinkenberg	AIII	26
893	13.01.2022	G. Freches	PFF	Aktueller Stand der Planungen betreffend das Schulbauprogramm in St. Vith	L. Klinkenberg	AIII	26
894	13.01.2022	C. Servaty	SP	Förderung von Test-Achats, die Coronaselbsttests für Kinder kostenlos zur Verfügung zu stellen	L. Klinkenberg	AIII	26
895	13.01.2022	A. Mertes	Vivant	Coronaselbsttests für Sekundarschüler	L. Klinkenberg	AIII	26
896	13.01.2022	C. Kraft	CSP	Empfohlene Coronaselbsttests für Schüler vor der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts nach den Weihnachtsferien	L. Klinkenberg	AIII	26
897	13.01.2022	L. Scholzen	ProDG	Neues Stipendiensystem der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg	AIII	26
898	13.01.2022	A. Mertes	Vivant	Maskenpflicht für Kinder ab sechs Jahren	L. Klinkenberg	AIII	26
899	13.01.2022	C. Kraft	CSP	Schülerakte	L. Klinkenberg	AIII	26
900	13.01.2022	C. Kraft	CSP	Sauberkeitserziehung in den Kindergärten	L. Klinkenberg	AIII	26
901	07.02.2022	G. Freches	PFF	Erweiterung der Gewerbezone "Zur Domäne"	A. Antoniadis	AI	27
902	07.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Konsequenzen der Erweiterung des Gewerbegebiets von Büllingen und Bütgenbach	A. Antoniadis	AI	27
903	07.02.2022	G. Freches	PFF	Berechnung der vom Öffentlichen Wohnungsbau Ostbelgien erhobenen Mieten und Punktevergabesystem	A. Antoniadis	AI	27
904	07.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Öl- und Gasheizungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AI	27
905	07.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Aufforstung von landwirtschaftlichen Flächen in Bütgenbach	A. Antoniadis	AI	27

906	07.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Entsiegelungsprämien	A. Antoniadis	AI	27
907	07.02.2022	C. Servaty	SP	Nicht in deutscher Sprache zur Verfügung stehende Dienstleistung von Card Stop	O. Paasch	AI	27
908	07.02.2022	F. Cremer	ProDG	Beratungen im Konzertierungsausschuss hinsichtlich der anstehenden siebten Staatsreform	O. Paasch	AI	27
909	07.02.2022	F. Cremer	ProDG	Modalitäten der Aufnahmeprüfungen für die Studiengänge Medizin und Veterinärwissenschaften	O. Paasch	AI	27
910	08.02.2022	G. Freches	PFF	Stand der Dinge hinsichtlich der Reformprozesse beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	All	27
911	08.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Unterstützung der Karnevalsvereinigungen infolge der coronabedingten Absage von Veranstaltungen	I. Weykmans	All	27
912	08.02.2022	F. Mockel	Ecolo	Abwanderung aus angestammten Berufen	I. Weykmans	All	27
913	08.02.2022	D. Stiel	Vivant	Gemeinschaftsradio Studio Néau	I. Weykmans	All	27
914	09.02.2022	J. Huppertz	CSP	Unia-Bericht zur Hilfe für Studierende	A. Antoniadis	AIV	27
915	09.02.2022	J. Huppertz	CSP	Föderale Krankenhausreform	A. Antoniadis	AIV	27
916	09.02.2022	C. Kever	SP	Aktuelle Situation der Senioreneinrichtungen des Trägers Vivias	A. Antoniadis	AIV	27
917	09.02.2022	J. Grommes	ProDG	Mentale Gesundheit und langfristige Veränderungen in gewissen Lebensbereichen	A. Antoniadis	AIV	27
918	09.02.2022	J. Grommes	ProDG	Einsatz des Corona-Impfstoffs Novavax in Ostbelgien	A. Antoniadis	AIV	27
919	09.02.2022	J. Grommes	ProDG	Weitere Testzentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	27
920	09.02.2022	J. Huppertz	CSP	PCR-Testzentrum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	27
921	09.02.2022	D. Stiel	Vivant	"Décret modifiant le Code Wallon de l'Action sociale et de la Santé en ce qui concerne la promotion de la santé et la prévention"	A. Antoniadis	AIV	27
922	09.02.2022	D. Stiel	Vivant	Entschädigungsfonds für Opfer von Impfnebenwirkungen	A. Antoniadis	AIV	27
923	09.02.2022	D. Stiel	Vivant	Kommunikation in der Coronakrise	A. Antoniadis	AIV	27
924	09.02.2022	D. Stiel	Vivant	Besuchsverbot im Eupener Krankenhaus	A. Antoniadis	AIV	27
925	10.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Corona-Spucktests in der Kleinkindbetreuung und in den Schulen	L. Klinkenberg	AllI	27
926	10.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Abwesenheiten in der Kleinkindbetreuung	L. Klinkenberg	AllI	27
927	10.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Förderung der Medienkompetenz durch den Zugang zur Webversion der Tageszeitung	L. Klinkenberg	AllI	27
928	10.02.2022	A. Mertes	Vivant	Lehrlingsentschädigung	L. Klinkenberg	AllI	27
929	10.02.2022	A. Mertes	Vivant	Geplantes Treffen zwischen den Direktoren der Krankenhäuser, den Leitern der WPZS und der Regierung zwecks Austausch über eine duale Ausbildung im Pflegebereich	L. Klinkenberg	AllI	27
930	10.02.2022	L. Scholzen	ProDG	Schaffung neuer Ausbildungsprofile im Pflegebereich	L. Klinkenberg	AllI	27
931	10.02.2022	K. Elsen	ProDG	Broschüre des Arbeitsamtes über die Ausbildungsmöglichkeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Berufsorientierungsangebote in den Schulen	L. Klinkenberg	AllI	27
932	10.02.2022	C. Servaty	SP	Senkung des Kindergarteneintrittsalters	L. Klinkenberg	AllI	27

933	10.02.2022	C. Servaty	SP	Kostenlose Corona-Selbsttests für die Erwachsenenbildungseinrichtungen	L. Klinkenberg	AIII	27	
934	10.02.2022	C. Kraft	CSP	Unterrichtsausfall infolge der Abwesenheit von Lehrkräften während der Coronapandemie	L. Klinkenberg	AIII	27	
935	10.02.2022	C. Kraft	CSP	Eventuelle Sprachrückstände von Vorschulkindern	L. Klinkenberg	AIII	27	
936	10.02.2022	C. Kraft	CSP	Schwimmunterricht für die Eupener Primarschüler	L. Klinkenberg	AIII	27	
937	10.02.2022	C. Kraft	CSP	Corona-Selbsttests zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts zu Beginn des Jahres 2022	L. Klinkenberg	AIII	27	
938	10.02.2022	A. Mertes	Vivant	Corona-Selbsttests in Schulen und Kindergärten	L. Klinkenberg	AIII	27	
939	10.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Eingeschränkte Zurverfügungstellung von kostenlosen Damenhygieneprodukten	L. Klinkenberg	AIII	27	DF
940	10.02.2022	L. Göbbels	ProDG	Empfohlene Aufhebung der Maskenpflicht in den Primarschulen	L. Klinkenberg	AIII	27	DF
941	21.02.2022	C. Servaty	ProDG	Aktuelle Situation betreffend die Buslinie Büllingen – St. Vith	L. Klinkenberg	Plenum	27	AF
942	14.03.2022	R. Nelles	CSP	Bürgerbefragung zur nächsten Staatsreform	O. Paasch	AI	28	
943	14.03.2022	G. Freches	PFF	Auswirkungen der Ukraine Krise auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	28	
944	14.03.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Anpassung der Wachstumsprognosen und deren Auswirkungen auf den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	28	
945	14.03.2022	R. Nelles	CSP	Index-Anpassung und deren Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	AI	28	
946	14.03.2022	g. Freches	PFF	Cybersicherheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	AI	28	
947	14.03.2022	G. Freches	PFF	Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region in Bezug auf die Flutkatastrophe 2021	O. Paasch	AI	28	
948	14.03.2022	F. Mockel	Ecolo	Bebauung in Überschwemmungsgebieten	A. Antoniadis	AI	28	
949	14.03.2022	F. Mockel	Ecolo	"Weniger Wohnfläche - mehr Lebensqualität"	A. Antoniadis	AI	28	
950	14.03.2022	C. Servaty	SP	Wohntrend „Tiny House“	A. Antoniadis	AI	28	
951	14.03.2022	C. Servaty	SP	Genehmigungsverfahren für Windkraftträder vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Belgiens von Energieimporten	A. Antoniadis	AI	28	
952	15.03.2022	G. Freches	PFF	Anerkennung von Diplomen durch den Leitverband des Ostbelgischen Sports	I. Weykmans	AII	28	
953	15.03.2022	D. Stiel	Vivant	Beschäftigungsperspektiven für Geflüchtete aus der Ukraine	I. Weykmans	AII	28	
954	15.03.2022	G. Freches	PFF	Interreg-Projekt Rando-M	I. Weykmans	AII	28	
955	15.03.2022	L. Göbbels	ProDG	"Wirkshop" zum Jugendstrategieplan	I. Weykmans	AII	28	
956	15.03.2022	F. Mockel	Ecolo	Zusammenhang zwischen Autonomie am Arbeitsplatz und einer demokratischen Einstellung	I. Weykmans	AII	28	
957	15.03.2022	J. Grommes	ProDG	Rückzahlung von zinslosen Darlehen durch die Sport- und Kulturvereine	I. Weykmans	AII	28	
958	15.03.2022	P. Spies	SP	Unterstützungen von hybriden Arbeitsmodellen	I. Weykmans	AII	28	
959	15.03.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Maskenpflicht im Öffentlichen Personennahverkehr	O. Paasch	AI	28	DF
960	16.03.2022	D. Stiel	Vivant	Wohnraum und Sprachkurse für Flüchtlinge	A. Antoniadis	AIV	28	

961	16.03.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Erwartungen an (Ost-)Belgien bezüglich der Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen	A. Antoniadis	AIV	28
962	16.03.2022	L. Scholzen	ProDG	Vorbereitungen auf die Ankunft von Geflüchteten aus der Ukraine	A. Antoniadis	AIV	28
963	16.03.2022	C. Kever	SP	Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für ukrainische Flüchtlinge	A. Antoniadis	AIV	28
964	16.03.2022	J. Huppertz	CSP	Kostenloser WLAN-Zugang in Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	28
965	16.03.2022	J. Huppertz	CSP	Maßnahmen zur Aufklärung über Endometriose, zur Sensibilisierung und zur Information über Hilfsangebote	A. Antoniadis	AIV	28
966	16.03.2022	J. Huppertz	CSP	Zulassung zum Arzt- und Zahnarztberuf	A. Antoniadis	AIV	28
967	16.03.2022	J. Huppertz	CSP	Erwerb neuer medizinisch-technischer Geräte für die Klinik St. Josef und das St.-Nikolaus-Hospital	A. Antoniadis	AIV	28
968	16.03.2022	J. Grommes	ProDG	Unterstützung der hiesigen Krankenhäuser durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	28
969	16.03.2022	E. Jadin	PFF	Investitionsbedarf hinsichtlich der (digitalen) Krankenhausinfrastruktur	A. Antoniadis	AIV	28
970	16.03.2022	D. Stiel	Vivant	Sogenannter Totimpfstoff von Valneva	A. Antoniadis	AIV	28
971	17.03.2022	C. Kraft	CSP	Vorbereitung des Unterrichtswesens auf die Ankunft von ukrainischen Kindern	L. Klinkenberg	AIII	28
972	17.03.2022	L. Scholzen	ProDG	Maßnahmen im Rahmen der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine	L. Klinkenberg	AIII	28
973	17.03.2022	C. Servaty	SP	Aufnahme von ukrainischen Kindern in ost-belgische Schulen	L. Klinkenberg	AIII	28
974	17.03.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Nebenkostenabrechnung der Tagesmütter	L. Klinkenberg	AIII	28
975	17.03.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Unterstützung von Schulen und Schulträgern bei der Anschaffung von Spielmaterial	L. Klinkenberg	AIII	28
976	17.03.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Betreuungsschlüssel für die Kindergärten	L. Klinkenberg	AIII	28
977	17.03.2022	A. Mertes	Vivant	Sicherheit auf dem Schulweg	L. Klinkenberg	AIII	28
978	17.03.2022	L. Göbbels	ProDG	Resultate der DELF-Testung	L. Klinkenberg	AIII	28
979	17.03.2022	L. Scholzen	ProDG	Yoga- und Achtsamkeitsprojekte in den hiesigen Schulen	L. Klinkenberg	AIII	28
980	04.04.2022	G. Freches	PFF	Finanzielle Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen in den Kirchen, Kapellen und Pfarrhäusern vor dem Hintergrund finanzieller Engpässe und Umgang mit Kircheneigentum	O. Paasch	AI	29
981	04.04.2022	F. Mockel	Ecolo	Dokumente und Leitfäden in deutscher Sprache als Hilfe für den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe	A. Antoniadis	AI	29
982	05.04.2022	F. Mockel	Ecolo	Kampf gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt	I. Weykmans	AII	29
983	05.04.2022	G. Freches	PFF	Schulaufführung des Theaterstücks "Mit Herz und Hand" als Beitrag zur Berufswahlorientierung	I. Weykmans	AII	29
984	05.04.2022	L. Göbbels	ProDG	Digital-Botschafter in Ostbelgien	I. Weykmans	AII	29
985	06.04.2022	C. Servaty	SP	Begleitmaßnahmen für in Ostbelgien ankommende Familien im Bereich der Erwachsenenbildung	A. Antoniadis	AIV	29
986	06.04.2022	C. Kever	SP	Finanzielle Hilfe für ukrainische Geflüchtete	A. Antoniadis	AIV	29
987	06.04.2022	J. Grommes	ProDG	Bedürftigkeitsprüfung für ukrainische Flüchtlinge	A. Antoniadis	AIV	29

988	06.04.2022	J. Huppertz	CSP	Finanzhilfe für Pflegebedürftige mit geringem Einkommen	A. Antoniadis	AIV	29	
989	06.04.2022	J. Huppertz	CSP	Verpflichtende Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch	A. Antoniadis	AIV	29	
990	06.04.2022	J. Huppertz	CSP	Häusliche Gewalt innerhalb der Partnerschaft oder Familie	A. Antoniadis	AIV	29	
991	06.04.2022	D. Stiel	Vivant	Zahlungsprobleme im Zusammenhang mit den hohen Energierechnungen	A. Antoniadis	AIV	29	
992	06.04.2022	D. Stiel	Vivant	Nahrungsergänzungsmittel Nasafytol	A. Antoniadis	AIV	29	
993	07.04.2022	L. Göbbels	ProDG	Anpassung des Schuljahresrhythmus	L. Klinkenberg	AIII	29	
994	07.04.2022	C. Kever	SP	Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals in Naturwissenschaften und Technik	L. Klinkenberg	AIII	29	
995	07.04.2022	C. Kever	SP	Synergien zwischen Schule und außerschulischer Betreuung	L. Klinkenberg	AIII	29	
996	07.04.2022	J. Huppertz	CSP	Restriktionen im Rahmen des Tiermedizinstudiums	L. Klinkenberg	AIII	29	
997	07.04.2022	A. Mertes	Vivant	Schreiben der Kindergärtnerinnen der Pater-Damian-Schule vom 4. April 2022	L. Klinkenberg	AIII	29	
998	25.04.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Aktuelle Belastung des Staatshaushalts und deren Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	Plenum	29	AF
999	09.05.2022	G. Freches	PFF	Wertigkeit der Gutachten der Kommunalen Beratungsausschüsse für Raumordnung und Mobilität im Rahmen der Städtebaugenehmigungen	A. Antoniadis	AI	30	
1000	09.05.2022	G. Freches	PFF	Zukunft der Industrie- und Gewerbebezonen	A. Antoniadis	AI	30	
1001	09.05.2022	F. Mockel	Ecolo	Erweiterung der Industriezone St. Vith II	A. Antoniadis	AI	30	
1002	09.05.2022	F. Mockel	Ecolo	Komplementarität der Hochwasserstudien	A. Antoniadis	AI	30	
1003	09.05.2022	L. Scholzen	ProDG	Stark gestiegene Verbraucherpreise	O. Paasch	AI	30	
1004	09.05.2022	R. Heiners	ProDG	Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen in Worriken	O. Paasch	AI	30	
1005	09.05.2022	F. Cremer	ProDG	In Kelmis initiiertes Bürgerbeteiligungshaushalt	O. Paasch	AI	30	
1006	09.05.2022	F. Cremer	ProDG	Gleichwertigkeit dualer Abschlüsse bei Einstellungen im öffentlichen Dienst	O. Paasch	AI	30	
1007	10.05.2022	G. Freches	PFF	Zugang von Frauen zum Sport und ihre Sichtbarkeit im Sport	I. Weykmans	AII	30	
1008	10.05.2022	G. Freches	PFF	Konzept der Unterstützten Beschäftigung	I. Weykmans	AII	30	
1009	10.05.2022	G. Freches	PFF	Reform des Künstlerstatuts	I. Weykmans	AII	30	
1010	10.05.2022	L. Göbbels	ProDG	Reform des Künstlerstatuts	I. Weykmans	AII	30	
1011	10.05.2022	P. Spies	SP	Reform des Künstlerstatuts	I. Weykmans	AII	30	
1012	10.05.2022	F. Mockel	Ecolo	Stellung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt	I. Weykmans	AII	30	
1013	10.05.2022	F. Mockel	Ecolo	Digitalisierung und Entwicklung des Arbeitsmarkts	I. Weykmans	AII	30	
1014	10.05.2022	F. Mockel	Ecolo	Arbeitslosenzahlen im Monat März 2022	I. Weykmans	AII	30	
1015	10.05.2022	P. Spies	SP	Glasfasernetzausbau	I. Weykmans	AII	30	
1016	10.05.2022	D. Stiel	Vivant	Inaktive Nichterwerbstätige	I. Weykmans	AII	30	

1017	11.05.2022	J. Huppertz	CSP	Entsorgung nicht genutzter Impfdosen	A. Antoniadis	AIV	30
1018	11.05.2022	J. Huppertz	CSP	Sexualberatung für Männer	A. Antoniadis	AIV	30
1019	11.05.2022	J. Huppertz	CSP	Fortführung der Coronamaßnahmen	A. Antoniadis	AIV	30
1020	11.05.2022	E. Jadin	PFF	Übergewichtige in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AIV	30
1021	11.05.2022	J. Grommes	ProDG	Modernisierungsarbeiten im Seniorenheim St. Franziskus in Eupen	A. Antoniadis	AIV	30
1022	11.05.2022	D. Stiel	Vivant	Hepatitis bei Kindern	A. Antoniadis	AIV	30
1023	11.05.2022	D. Stiel	Vivant	Impfpflicht für Pflegekräfte	A. Antoniadis	AIV	30
1024	12.05.2022	F. Cremer	ProDG	Ab 2023 geltender Zulassungswettbewerb für Medizinstudenten	L. Klinkenberg	AIII	30
1025	12.05.2022	K. Neycken-Bartholemy	SP	Medizinstudium	L. Klinkenberg	AIII	30
1026	12.05.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Erkenntnisse der Externen Evaluation für den Zeitraum 2016-2021	L. Klinkenberg	AIII	30
1027	12.05.2022	L. Scholzen	ProDG	Neues Brückenstudium an der Autonomen Hochschule zur Erlangung eines Abschlusses als Primarschullehrer oder -lehrerin	L. Klinkenberg	AIII	30
1028	12.05.2022	K. Neycken-Bartholemy	SP	Berufsberatung in Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIII	30
1029		S. Piront	PFF	Attraktivität der Handwerksberufe bei Frauen	I. Weykmans	All	
1030	07.06.2022	G. Freches	PFF	Fiber Job Day Proximus wirbt bis zu 3000 Arbeitsstellen bis 2023	I. Weykmans	All	31
1031	07.06.2022	D. Stiel	Vivant	Personalsorgen im Triangel	I. Weykmans	All	31
1032	07.06.2022	J. Grommes	ProDG	Wanderknotenpunktsystem	I. Weykmans	All	31
1033	07.06.2022	F. Cremer	ProDG	Finanzielle Unterstützung von Jugendlagern in den Sommermonaten 2022	I. Weykmans	All	31
1034	07.06.2022	L. Göbbels	ProDG	Beschäftigung von Personen mit Beeinträchtigung auf dem regulären Arbeitsmarkt	I. Weykmans	All	31
1035	07.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Unternehmensberatung in Sachen Nachhaltigkeit	I. Weykmans	All	31
1036	07.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Wettbewerbssituation in der Ostbelgischen Medienlandschaft	I. Weykmans	All	31
1037	07.06.2022	P. Spies	SP	Special Olympics	I. Weykmans	All	31
1038	08.06.2022	J. Huppertz	CSP	Ukraine-Krieg: psychologische Beratung für Eltern und Kinder	A. Antoniadis	AIV	31
1039	08.06.2022	D. Stiel	Vivant	Imvanex gegen Affenpocken	A. Antoniadis	AIV	31
1040	08.06.2022	D. Stiel	Vivant	GovApp	A. Antoniadis	AIV	31
1041	08.06.2022	J. Grommes	ProDG	Vivias	A. Antoniadis	AIV	31
1042	08.06.2022	J. Grommes	ProDG	Kinesitherapeuten	A. Antoniadis	AIV	31
1043	08.06.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Mietkautionen für ukrainische Flüchtlinge	A. Antoniadis	AIV	31
1044	08.06.2022	D. Stiel	Vivant	Impfung und Nebenwirkungen	A. Antoniadis	AIV	31
1045	09.06.2022	C. Kraft	CSP	Videospiele pädagogisch nutzen	L. Klinkenberg	AIII	31
1046	09.06.2022	C. Kraft	CSP	Unterrichten zum Thema Klimawandel	L. Klinkenberg	AIII	31



1047	09.06.2022	K. Neycken-Bartholemy	SP	Idee eines gesunden Frühstücks in der Schule	L. Klinkenberg	AIII	31	
1048	09.06.2022	L. Göbbels	ProDG	Warmen Mahlzeiten in der Schule	L. Klinkenberg	AIII	31	
1049	09.06.2022	K. Elsen	ProDG	Unterrichtsfach Berufsorientierung	L. Klinkenberg	AIII	31	
1050	09.06.2022	A. Mertes	Vivant	Zugang der 14-Jährigen, bzw. den Jugendlichen, die im laufenden Jahr 14 werden, zu den Schnupperwochen des IAWM	L. Klinkenberg	AIII	31	
1051	09.06.2022	C. Kraft	CSP	Ausstattung der SchülerInnen mit digitalen Endgeräten zum Schuljahr 22/2023	L. Klinkenberg	AIII	31	
1052	09.06.2022	C. Kraft	CSP	Nachhilfe für SchülerInnen zum Abbau der schulischen Defizite durch die Corona-Pandemie	L. Klinkenberg	AIII	31	
1053	09.06.2022	A. Mertes	Vivant	Entschädigung von Betriebspraktika von Schülern aus dem TZU	L. Klinkenberg	AIII	31	
1054	09.06.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Krankheitsvertretungen von Lehrpersonen	L. Klinkenberg	AIII	31	
1055	09.06.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Schule ohne Noten				
1056	08.06.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Umsetzung der angestrebten Gehaltserhöhungen zugunsten des Personals unserer Wohn- und Pflegezentren für Senioren	A. Antoniadis	AIV	31	
1057	13.06.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Hilfe der Wallonischen Region an frankophone Gemeinden im Rahmen der letztjährigen Flutkatastrophe	O. Paasch	AI	31	
1058	13.06.2022	L. Scholzen	ProDG	Hilfspaket der Wallonischen Region für Flutopfer	O. Paasch	AI	31	
1059	13.06.2022	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Studie zum „Masterplan Weser“	O. Paasch	AI	31	
1060	13.06.2022	R. Nelles	CSP	Kooperationsvertrag vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Übertragung der Raumordnung	A. Antoniadis	AI	31	
1061	13.06.2022	G. Freches	PFF	Euregionaler Wohnmonitor	A. Antoniadis	AI	31	
1062	13.06.2022	G. Freches	PFF	Ökologisches Chalet-Park des Campings Wald-echo in Schönberg	A. Antoniadis	AI	31	
1063	13.06.2022	F. Cremer	ProDG	Live-Registrierung von Ausweisfotos	O. Paasch	AI	31	
1064	13.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Nachhaltige Mobilität im öffentlichen Dienst	O. Paasch	AI	31	
1065	13.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Gesetzlicher Rahmen zur Genehmigung von Leichtbauwohnungen	A. Antoniadis	AI	31	
1066	13.06.2022	F. Cremer	ProDG	Reglementierung des Baus von Tiny Houses auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AI	31	
1067	13.06.2022	L. Scholzen	ProDG	Fahrschulbücher in deutscher Sprache	O. Paasch	AI	31	
1068	13.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Stellung der DG-Regierung zum Ausbau des Lütticher Flughafens	O. Paasch	AI	31	
1069	27.06.2022	R. Nelles	CSP	SAP-Buchhaltungssystem und Schwierigkeiten bei der Programmanwendung	O. Paasch	Plenum	31	AF
1070	27.06.2022	F. Mockel	Ecolo	Nächste Schritte in Sachen Unterbringung von ukrainischen Flüchtlichen	A. Antoniadis	Plenum	31	AF
1071	05.09.2022	F. Mockel	Ecolo	Indexierung der Löhne im nichtkommerziellen Sektor	O. Paasch	AI	32	
1072	05.09.2022	G. Freches	PFF	Neutralität der Gemeindekollegien	A. Antoniadis	AI	32	
1073	05.09.2022	C. Servaty	SP	Verfügbarkeit von freiwilligem Personal der Hilfeleistungszone DG während der Arbeitszeiten	O. Paasch	AI	32	

1074	05.09.2022	F. Mockel	Ecolo	Zum juristischen Vakuum für Geschäftsniederlassungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	AI	32
1075	05.09.2022	F. Mockel	Ecolo	Brauchen wir einen Energiesparplan in der DG?	A. Antoniadis	AI	32
1076	06.09.2022	G. Freches	PFF	Schulungen Streckenposten bei Straßenwettbewerben	I. Weykmans	All	32
1077	06.09.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Neue polizeiliche Verordnung der Eifelgemeinden bzgl. Jugendlager	I. Weykmans	All	32
1078	06.09.2022	F. Cremer	ProDG	Erwerb der in St. Vith unter Schutz gestellten Parzelle des archäologischen Areals 'Burg – St. Vith'	I. Weykmans	All	32
1079	06.09.2022	D. Stiel	Vivant	Ukrainische Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt der DG	I. Weykmans	All	32
1080	06.09.2022	F. Mockel	Ecolo	Interregionale Mobilität von arbeitslosen Menschen	I. Weykmans	All	32
1081	06.09.2022	F. Mockel	Ecolo	Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Klimaschutzmaßnahmen	I. Weykmans	All	32
1082	06.09.2022	D. Stiel	Vivant	Fachkräftemangel im Horeca-Sektor	I. Weykmans	All	32
1083	06.09.2022	D. Stiel	Vivant	Alkoholverbot in Jugendlagern	I. Weykmans	All	32
1084	06.09.2022	P. Spies	SP	Schnupperkarten für Erstklässler	I. Weykmans	All	32
1085	07.09.2022	D. Stiel	Vivant	Aufnahmekapazität in den Krankenhäusern der DG	A. Antoniadis	AIV	32
1086	07.09.2022	I. Voss-Werding	Ecolo	Voranschreiten in der Einführung neuer Berufsprofile in den WPZS	A. Antoniadis	AIV	32
1087	07.09.2022	E. Jadin	PFF	Neue Impfkampagne gegen das Coronavirus	A. Antoniadis	AIV	32
1088	07.09.2022	D. Stiel	Vivant	Flüchtlinge als Pflegehelfer	A. Antoniadis	AIV	32
1089	07.09.2022	J. Huppertz	CSP	Weibliche Genitalverstümmelung	A. Antoniadis	AIV	32
1090	08.09.2022	J. Grommes	ProDG	Praktikum vor dem Studium	L. Klinkenberg	AllI	32
1091	08.09.2022	K. Elsen	ProDG	Lehrermangel	L. Klinkenberg	AllI	32
1092	08.09.2022	K. Neycken-Bartholemy	SP	Kostenlosigkeit der Bildung	L. Klinkenberg	AllI	32
1093	08.09.2022	L. Scholzen	ProDG	Kosten des Schulbesuches	L. Klinkenberg	AllI	32
1094	08.09.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Schulbesuchskosten in der DG	L. Klinkenberg	AllI	32
1095	08.09.2022	S. Pauels	CSP	Kosten zum Schulstart	L. Klinkenberg	AllI	32
1096	08.09.2022	C. Kraft	CSP	DG-Mensa	L. Klinkenberg	AllI	32
1097	08.09.2022	K. Neycken-Bartholemy	SP	Schwimmunterricht	L. Klinkenberg	AllI	32
1098	08.09.2022	L. Scholzen	ProDG	Einschreibungen an der AHS in den Studiengängen Lehramt Kindergarten und Primarschule	L. Klinkenberg	AllI	32
1099	08.09.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Überschreitung von Schulkapazitäten	L. Klinkenberg	AllI	32
1100	08.09.2022	A. Mertes	Vivant	Kontakt von Mitarbeitern der Bildungseinrichtungen zu Parteien und deren Vertretern	L. Klinkenberg	AllI	32
1101	08.09.2022	S. Pauels	CSP	Abschaffung der Weihnachtsprüfungen im GUW	L. Klinkenberg	AllI	32
1102	08.09.2022	C. Kraft	CSP	Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte in allen Schulen	L. Klinkenberg	AllI	32

1103	08.09.2022	C. Kraft	CSP	Infrastruktur und die digitale Ausstattung	L. Klinkenberg	AIII	32
1104	08.09.2022	C. Kraft	CSP	Stundenkapital für Sonderfälle	L. Klinkenberg	AIII	32
1105	08.09.2022	C. Kraft	CSP	Werbeaktivität zur Schuleinschreibung	L. Klinkenberg	AIII	32

SCHRIFTLICHE FRAGEN 2020-2021

Frage Nr.	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
192	17.09.2021	D. Stiel	Vivant	"Covid-19 trotz Impfung?"	A. Antoniadis	21.10.2021	23
193	17.09.2021	D. Stiel	Vivant	"Wer sich impfen lässt, schützt sich selbst und andere"	I. Weykmans	21.10.2021	23
194	17.09.2021	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 178 zum Thema der freiwilligen Impfung mit Johnson&Johnson	A. Antoniadis	21.10.2021	23
195	30.09.2021	D. Stiel	Vivant	Kompetenzanerkennungsverfahren "KomAn"	L. Klinkenberg	04.11.2021	24
196	05.10.2021	D. Stiel	Vivant	"Be-Alert"	O. Paasch	08.11.2021	24
197	05.10.2021	I. Voss	Ecolo	Wartelisten und Bedarfe im Bezug auf Therapieplätze für junge Menschen	A. Antoniadis	08.11.2021	24
198	05.10.2021	A. Jerusalem	Ecolo	Wartelisten und Bedarfe in Bezug auf Therapieplätze für unsere Schüler:innen	L. Klinkenberg	08.11.2021	24
199	06.10.2021	M. Balter	Vivant	"Menschenrechte in Pflegeheimen verletzt"	A. Antoniadis	17.11.2021	24
200	15.10.2021	D. Stiel	Vivant	"Meldung der Nebenwirkungen und Impfschäden"	A. Antoniadis	26.11.2021	24
201	15.10.2021	D. Stiel	Vivant	"Unterschiedliche Armbänder für Geimpfte vs Genesen/Getestet"	L. Klinkenberg	26.11.2021	24
202	18.10.2021	D. Stiel	Vivant	"Inhaltsstoffe der Impfungen"	A. Antoniadis	26.11.2021	24
203	03.11.2021	I. Voss	Ecolo	Zuwachs der Jugendorganisationen	I. Weykmans	13.12.2021	25
204	04.11.2021	D. Stiel	Vivant	"Nur eine Dosis Janssen unzureichend"	A. Antoniadis	13.12.2021	25
205	17.11.2021	M. Balter	Vivant	"Mangelernährung der Bewohner der WPZs und deren Versorgung mit Vitaminen und Nährstoffen"	A. Antoniadis	17.12.2021	25
206	18.11.2021	D. Stiel	Vivant	"Impfquoten, Inzidenzen und Maßnahmen"	A. Antoniadis	03.01.2022	26
207	19.11.2021	D. Stiel	Vivant	CST	A. Antoniadis	03.01.2022	26
208	19.11.2021	D. Stiel	Vivant	"Informationsvakuum"	A. Antoniadis	03.01.2021	26
209	25.11.2021	C. Kraft	CSP	Organisation der Ausstattung des Lehrpersonals der DG mit IT-Material	L. Klinkenberg	03.01.2022	26
210	13.12.2021	J. Huppertz	CSP	"Beihilfen für ostbelgische Krankenhäuser durch die Deutschsprachige Gemeinschaft"	A. Antoniadis	25.01.2022	26
211	15.12.2021	M. Balter	Vivant	Förderung einer Regionalwährung	O. Paasch	26.11.2022	27
212	17.12.2021	M. Balter	Vivant	"Diskriminierung Alleinerziehender"	A. Antoniadis	26.01.2022	27
213	21.12.2021	E. Jadin	PFF	Chronisches Erschöpfungssyndrom	A. Antoniadis	26.01.2022	27
214	10.01.2022	D. Stiel	Vivant	"Die ÖWOB sucht einen geschäftsführenden Direktor"	A. Antoniadis	10.02.2022	27
215	13.01.2022	M. Balter	Vivant	"Quarantänemaßnahmen in Krankenhäusern und Pflegeheimen"	A. Antoniadis	17.02.2022	27

216	13.01.2022	D. Stiel	Vivant	"Fluorid in Kinderzahnpaste"	A. Antoniadis	17.02.2022	27
217	21.01.2022	S. Pauels	CSP	Einsatz von Lehrpersonen mit unpassendem bzw. ohne Diplom	L. Klinkenberg	25.02.2022	27
218	21.01.2022	S. Pauels	CSP	"Gehaltsbaremen des Lehrpersonals in der Deutschsprachigen Gemeinschaft"	L. Klinkenberg	25.02.2022	27
219	26.01.2022	D. Stiel	Vivant	Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen während der Covid-19-Pandemie	L. Klinkenberg	07.03.2022	28
220	26.01.2022	J. Huppertz	CSP	"Berufliche Eingliederung - sog. Artikel 60§7"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
221	26.01.2022	J. Huppertz	CSP	"Lebensmittelbanken"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
222	26.01.2022	J. Huppertz	CSP	"Föderaler Heizölfonds"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
223	26.01.2022	J. Huppertz	CSP	"Finanzielle Beihilfen der ÖSHZ"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
224	31.01.2022	J. Huppertz	CSP	"Kindergeld"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
225	01.02.2022	J. Grommes	ProDG	"Armutsanstieg in der Deutschsprachigen Gemeinschaft"	A. Antoniadis	07.03.2022	28
226	03.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Personal im Förderbereich	L. Klinkenberg	14.03.2022	28
227	03.02.2022	D. Stiel	SP	Suizidprävention	A. Antoniadis	11.03.2022	28
228	03.02.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zu Frage 888: Einverständniserklärung der Eltern zur Kinderimpfung	A. Antoniadis	11.03.2022	28
229	08.02.2022	S. Pauels	CSP	"Doppeln in der Primarschule"	L. Klinkenberg	14.03.2022	28
230	09.02.2022	M. Balter	Vivant	Demenz	A. Antoniadis	21.03.2022	28
231	11.02.2022	D. Stiel	Vivant	"Gestiegener Verkauf rezeptfreier Schlafmittel während der Pandemie und Nachfrage zu unserer schriftlichen Frage Nr. 151 vom 19.02.2021"	A. Antoniadis	21.03.2022	28
232	16.02.2022	D. Stiel	Vivant	Haltbarkeitsdatum der Impfungen	A. Antoniadis	25.03.2022	28
233	16.02.2022	A. Mertes	Vivant	"Beschaffung von Corona-Schnelltests für das Unterrichtswesen"	L. Klinkenberg	25.03.2022	28
234	17.02.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Klassenwiederholungen in der DG	L. Klinkenberg	25.03.2022	28
235	21.02.2022	D. Stiel	Vivant	"Mentale Gesundheit"	A. Antoniadis	31.03.2022	29
236	24.02.2022	M. Balter	Vivant	"Demografischer Wandel in der DG"	A. Antoniadis	31.03.2022	29
237	01.03.2022	D. Stiel	Vivant	Drogen	A. Antoniadis	06.04.2022	29
238	01.03.2022	D. Stiel	Vivant	"Militär hilft im Seniorenheim"	A. Antoniadis	06.04.2022	29
239	01.03.2022	D. Stiel	Vivant	Schriftliche Nachfrage zum Thema "Impfquote 4x höher in Schweden"	A. Antoniadis	06.04.2022	29
240	08.03.2022	D. Stiel	Vivant	"Novavax Impfstoff"	A. Antoniadis	13.04.2022	29
241	08.03.2022	D. Stiel	Vivant	"Statistiken der Nebenwirkungen der Covid-Impfungen"	A. Antoniadis	13.04.2022	29
242	10.03.2022	A. Jerusalem	Ecolo	Ferienregelung in der DG	L. Klinkenberg	13.04.2022	29
243	13.03.2022	F. Cremer	ProDG	Burg St. Vith	I. Weykmans	15.04.2022	29
244	14.03.2022	M. Balter	Vivant	"Impfzentren bleiben geöffnet"	A. Antoniadis	15.04.2022	29
245	24.03.2022	F. Mockel	Ecolo	Energieprämien	A. Antoniadis	02.05.2022	29
246	01.04.2022	J. Huppertz	CSP	"Durchführung, Ergebnisse und Kostenumfang von Studien"	O. Paasch	05.05.2022	29



247	01.04.2022	J. Huppertz	CSP	"Interim-Pflegekräfte in den ostbelgischen Wohn- und Pflegezentren für Senioren"	A. Antoniadis	05.05.2022	29
248	08.04.2022	D. Stiel	Vivant	"Unseriöse Bewerbungen von Arbeitssuchenden"	I. Weykmans	11.05.2022	29
249	12.04.2022	D. Stiel	Vivant	"Fachkräftemangel – mentale Gesundheit"	A. Antoniadis	16.05.2022	29
250	19.04.2022	M. Balter	Vivant	"Stellenausschreibungen des Ministeriums im Jahr 2022"	O. Paasch	20.05.2022	29
251	20.04.2022	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 186 zum Thema endokrine Disruptoren	A. Antoniadis	25.05.2022	29
252	21.04.2022	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 205 "Mangelernährung der Bewohner der WPZs und deren Versorgung mit Vitaminen und Nährstoffen"	A. Antoniadis	25.05.2022	29
253	27.04.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zu unseren schriftlichen Fragen Nr. 187 zu den Wartelisten der WPZs und Nr. 238 zur Aushilfe des Militärs im Seniorenheim	A. Antoniadis	31.05.2022	31
254	29.04.2022	D. Stiel	Vivant	Gesundheitsumfrage 2018	A. Antoniadis	03.06.2022	31
255	03.05.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage SF 159 zum Dolmetscherdienst TRADUKO	A. Antoniadis	03.06.2022	31
256	04.05.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur SF 237 vom 1. März 2022 zum Thema Drogenkonsum in der DG	A. Antoniadis	14.06.2022	31
257	05.05.2022	M. Balter	Vivant	Nachfrage zu unserer schriftlichen Frage Nr. 236 "demografischer Wandel in der DG"	A. Antoniadis	14.06.2022	31
258	06.05.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zum Thema Armut	A. Antoniadis	14.06.2022	31
259	09.05.2022	D. Stiel	Vivant	"Positive Covid19-Tests in Seniorenheimen der DG" (ursprünglich als mündliche Frage eingereicht°)	A. Antoniadis	14.06.2022	31
260	13.05.2022	M. Balter	Vivant	"Nachfrage zu unsere schriftlichen Frage Nr. 211 zum Thema Regionalwährung"	O. Paasch	22.06.2022	31
261	20.05.2022	D. Stiel	Vivant	"Werbung für Glücksspiele soll eingeschränkt werden"	A. Antoniadis		31
262	20.05.2022	D. Stiel	Vivant	"Pflegekräfte ziehen Berufswechsel in Betracht"	A. Antoniadis		31
263	07.06.2022	S. Piront	PFF	Attraktivität der Handwerksberufe bei Frauen	I. Weykmans		31
264	14.06.2022	D. Stiel	Vivant	Knappe Blutkonserven	A. Antoniadis		31
265	16.06.2022	D. Stiel	Vivant	Mangelernährung als Unterrichtsinhalt in der Ausbildung der Pflegeberufe	L. Klinkenberg		31
266	16.06.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 166 von der CSP zu den Kosten für Altersheimaufenthalte	A. Antoniadis		31
267	23.06.2022	J. Grommes	ProDG	Nationalpark Hohes Venn	I. Weykmans		
268	24.06.2022	D. Stiel	Vivant	Impfzentren Eupen und Sankt Vith	A. Antoniadis		
269	01.07.2022 ²	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zu unserer schriftlichen Frage Nr. 254 zum Thema "Nationale Gesundheitsumfrage 2018"	A. Antoniadis		32
270	07.07.2022	D. Stiel	Vivant	Futurum Malmédy	I. Weykmans	09.08.2022	32
271	25.07.2022	D. Stiel	Vivant	Kostenanstieg in den WPZ	A. Antoniadis		32
272	27.07.2022	R. Nelles	CSP	Statistik zum Umfang des Lehrpersonals in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	L. Klinkenberg		32
273	28.07.2022	D. Stiel	Vivant	Nachfrage zu Frage 1031: Personalsorgen im Triangel	I. Weykmans		32
274	28.07.2022	D. Stiel	Vivant	FORSA-Umfrage zur Corona-Krise	O. Paasch		32
275	28.07.2022	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage Nr. 19 vom 19. Oktober 2019 an Ministerpräsidenten Paasch zu den Beamtenpensionen	O. Paasch		32

276	02.08.2022	D. Stiel	Vivant	Mitfahrbänke (Nachfrage zur Frage Nr. 91)	A. Antoniadis	32
277	02.08.2022	M. Balter	Vivant	Kirchenfabriken und Nachfrage zu den mündlichen Fragen Nr. 128 und 980	O. Paasch	32
278	04.08.2022	G. Freches	PFF	EU-Schulprogramm "Obst, Gemüse und Milch in der Schule"	L. Klinkenberg	32
279	12.08.2022	G. Freches	PFF	Energiefahrplan	O. Paasch	32
280	16.08.2022	D. Stiel	Vivant	Doomscrolling	A. Antoniadis	32
281	22.08.2022	R. Nelles	CSP	Staatlichen Beihilfen – Kommission genehmigt Fördergebietskarte 2022-2027 für Belgien	O. Paasch	
282	05.09.2022	A. Mertes	Vivant	Elterneinsprächen bei Sitzenbleiben	L. Klinkenberg	
283	05.09.2022	A. Mertes	Vivant	Ankauf von weiteren Masken und Antigen-Selbsttests zum Schulstart	L. Klinkenberg	

INTERPELLATIONEN 2020-2021

	Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF
20	04.11.2021	G. Freches	PFF	E-Learning und Ausbau der digitalen Unterstützung im Bildungswesen	L. Klinkenberg	AIII	24
21	10.11.2021	D. Stiel	Vivant	Corona-Impfung für Kinder	A. Antoniadis	AIV	24
22	02.12.2021	A. Mertes	Vivant	Diskriminierung von Ungeimpften durch Kaleido Ostbelgien	L. Klinkenberg	AIII	25
23	14.03.2022	P.Creutz-Vilvoye	CSP	Plan für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit der EU und mögliche Änderung der Finanzierung	O. Paasch	AI	28
24	15.03.2022	R.Nelles	CSP	Arbeitsmarktreform der Föderalregierung und ihr Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	I. Weykmans	AIII	28
25	07.06.2022	G. Freches	PFF	Förderung der Medienkompetenzen	I. Weykmans	AII	31
26	07.09.2022	J. Huppertz	CSP	Impfung gegen den Papillomavirus	A. Antoniadis	AIV	32
27	07.09.2022	J. Grommes	ProDG	Entwicklung in den Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – „In Würde und respektvoll altern“	A. Antoniadis	AIV	32





Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00
F +32 (0)87/31 84 01
info@pdg.be
www.pdg.be